

Armut in Nordrhein-Westfalen

Umfang und Struktur des Armutspotentials

Projektleitung:

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier

Bearbeiter:

Karsten Hank, Volker Kersting und Georg Langenhoff

unter Mitarbeit von

Jennifer Neubauer, Claudia Pejas und Tom Steinseifer

Ruhr-Universität Bochum

Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR)

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung: Sozial- und Armutsberichterstattung mit Mikrodaten der amtlichen Statistik	6
2 Methodisches Vorgehen	8
2.1 Konzepte und Probleme der Armutsmessung	8
2.2 Datenbasis.....	11
2.2.1 Das Sozio-oekonomische Panel.....	11
2.2.2 Der Mikrozensus	13
2.2.3 Die Sozialhilfestatistik	15
2.2.3.1 Bedeutung und Inhalt der Sozialhilfestatistik.....	15
2.2.3.2 Erfassungsprobleme	17
3 Umfang der Armut in Nordrhein-Westfalen – Stand und Entwicklung.....	20
3.1 Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung in Nordrhein-Westfalen 1991 – 1997	20
3.2 Entwicklung des Sozialhilfebezuges (HLU) in NRW	25
4 Sozialstrukturelle Differenzierung der Armutspopulation	29
4.1 Basiszahlen zur Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen.....	29
4.2 Gesamtübersicht der Verteilung von Armut in der Bevölkerung.....	32
4.3 Armutspotentiale in ausgewählten Risikogruppen.....	52
4.3.1 Armutspotentiale der älteren Menschen	52
4.3.2 Armutspotentiale von Familien mit Kindern	54
4.3.3 Armutspotentiale der Alleinerziehenden	61
4.3.4 Armutspotentiale der kinderreichen Familien	68
4.3.5 Armutspotentiale in der ausländischen Bevölkerung.....	73
5 Regionalanalysen zur Armut	81
5.1 Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich.....	81
5.2 Regionale Disparitäten innerhalb Nordrhein-Westfalens	86
6 Zusammenfassung und Ausblick.....	94
Literatur.....	97

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 2.1:	Sozialhilfe 1997 in Nordrhein-Westfalen.....	19
Tabelle 3.1:	Durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen und Äquivalenzeinkommen in westdeutschen Privathaushalten 1991 – 1997	20
Tabelle 3.2:	Betroffenheit von Einkommensarmut in Nordrhein- Westfalen 1991 – 1997	21
Tabelle 3.3:	Einkommensungleichheit in Nordrhein-Westfalen 1995 – 1997	22
Tabelle 4.1:	Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in Privathaushalten NRW 1995.....	29
Tabelle 4.2:	Armutquoten nach Alter und Geschlecht in NRW 1995	39
Tabelle 4.4a:	Familien nach Anzahl der Kinder unter 18 Jahren und Haushalte ohne Kinder in NRW 1995	55
Tabelle 4.4b:	Bevölkerung nach Haushalts- und Familientypen in NRW 1995	56
Tabelle 4.5:	Definition der Familienphasen nach Eggen	57
Tabelle 4.5.1:	Sozio-demographische Merkmale nach Familienphasen in NRW 1995	58
Tabelle 4.6:	Armutquoten nach Familienphasen in NRW 1995	58
Tabelle 4.7:	Armutquoten nach Familien- und Haushaltstypen in NRW 1995	69

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 3.1:	Armutquoten in Nordrhein-Westfalen 1991-1997: Mittelwert und Median im Vergleich (50%-Grenze).....	22
Abbildung 3.2:	Lorenzkurve der Einkommensverteilung.....	23
Abbildung 3.3:	Kumulierte Einkommensverteilung - NRW 1995.....	24
Abbildung 3.4:	Kumulierte Einkommensverteilung im Niedrigeinkommensbereich NRW 1995.....	24
Abbildung 3.5:	Betroffenheit von Armut im Längsschnitt NRW 1991- 1995.....	25
Abbildung 3.6:	Sozialhilfebeziehende insgesamt und Veränderung zum Vorjahr N R W	26
Abbildung 3.7:	Sozialhilfebeziehende: Entwicklung 1980-1997 N R W	26
Abbildung 3.8:	Sozialhilfebeziehende: Entwicklung 1990-1997 N R W	27
Abbildung 3.9:	Sozialhilfebeziehende: Entwicklung 1990-1997 N R W	28

Abbildung 4.1:	Einkommenschichtung nach Äquivalenzgewichtung in Privathaushalten	33
Abbildung 4.2:	Altersstruktur der personen in Haushalten unterhalb der 40%- und 50%-Armutsgrenze.....	34
Abbildung 4.3:	Altersstruktur nach der 200%-Einkommensgrenze	35
Abbildung 4.4:	Armutsqoten in NRW 1995	36
Abbildung 4.5:	Bevölkerung insgesamt und unterhalb der 50%-Armutsgrenze in NRW 1995	38
Abbildung 4.6:	Sozialhilfebeziehende nach Altersjahren und Geschlecht in NRW 1997.....	43
Abbildung 4.7:	Sozialhilfedichte nach Altersjahren und Geschlecht in NRW 1997	44
Abbildung 4.8:	Sozialhilfedichten Deutscher und Nichtdeutscher nach Altersjahren in NRW 1997	45
Abbildung 4.9:	Sozialhilfedichten der Deutschen nach Altersjahren in NRW 1997	46
Abbildung 4.10:	Sozialhilfedichten der Nichtdeutschen nach Altersjahren in NRW 1997	46
Abbildung 4.11:	Sozialhilfe 1997 - Bedarfsgemeinschaften (HLU a.v.E)	48
Abbildung 4.12:	Sozialhilfe 1997 - Hilfebeziehende (HLU a.v.E)	49
Abbildung 4.13:	Sozialhilfebeziehende 1997 - männliche Haushaltsvorstände a.v.E. in NRW.....	50
Abbildung 4.14:	Sozialhilfebeziehende 1997 - weibliche Haushaltsvorstände a.v.E. in NRW	51
Abbildung 4.15:	Armutsqoten der älteren Menschen in NRW 1995 nach Geschlecht und Haushaltssituation	53
Abbildung 4.16:	Erwerbsquoten nach Familienphase und Geschlecht.....	60
Abbildung 4.17:	Armutsqoten der Alleinerziehenden-Haushalte nach Haushaltsgrößen in NRW 1995	62
Abbildung 4.18:	Haushalte insgesamt und Alleinerziehenden-Haushalte unterhalb der Armutsgrenze nach Anzahl der Kinder unter 18 Jahren im Haushalt	63
Abbildung 4.19:	Armutsqoten in Alleinerziehenden-Haushalten nach Haushaltsgröße in NRW 1995	64
Abbildung 4.20:	Armutsqoten der Ein-Eltern- und Ein-Kind-Familien nach Alter des Kindes in NRW.....	65
Abbildung 4.21:	Armutsriskien der Frauen nach Altersgruppen und Familientypen in NRW 1995	66
Abbildung 4.22:	Sozialhilfebeziehende in NRW 1997 - weibliche Haushaltsvorstände mit einem Kind unter 18 Jahren	67
Abbildung 4.23:	Armutsqoten von Haushalten nach Alter und Anzahl der Kinder unter 18 Jahren in NRW 1995.....	71
Abbildung 4.24:	Haushaltsgröße nach Staatsbürgerschaft in NRW 1995.....	74

Abbildung 4.25: Äquivalenzeinkommen - deutsch / nichtdeutsch in NRW 1995	75
Abbildung 4.26: Ausländische Bevölkerung insgesamt und unterhalb der 50%-Armutsgrenze in NRW 1995.....	76
Abbildung 4.27: Armutsquoten nach Staatsbürgerschaften in NRW 1995.....	78
Abbildung 5.1: Armutsquoten der westdeutschen Bundesländer 1995	81
Abbildung 5.2: Sozialhilfebeziehende nach Bundesländern am 31.12.1997- Absolut.....	82
Abbildung 5.3: Sozialhilfebeziehende nach Bundesländern am 31.12.1997 - in %.....	83
Abbildung 5.4: Sozialhilfebeziehende je 100 Einwohner/-innen am 31.12.1997	84
Abbildung 5.5: Anteil der nichtdeutschen Sozialhilfebeziehenden am Hilfebezug insgesamt am 31.12.1997.....	85
Abbildung 5.6: Sozialhilfebeziehende je 100 Einwohner/-innen am 31.12.1997 - Nichtdeutsche	86
Abbildung 5.6.1: Armutsquoten nach regionalen Anpassungsschichten in NRW 1997	88
Abbildung 5.7: Sozialhilfedichten der Bevölkerung 1993 - HLU a.v.E. am Jahresende	90
Abbildung 5.8: Sozialhilfedichten der Altersklassen 0 bis unter 7 Jahre 1993 - HLU a.v.E. am Jahresende.....	92
Abbildung 5.9: Bevölkerungsanteile und Sozialhilfedichte von Personen unter 7 Jahren 1993 - HLU a.v.E. am Jahresende	93

1 Einleitung: Sozial- und Armutsberichterstattung mit Mikrodaten der amtlichen Statistik

In der Sozialforschung und Sozialberichterstattung (einschließlich der Armutsberichterstattung) in Deutschland haben seit Anfang der achtziger Jahre die repräsentativen Großstichproben und Mehrthemenumfragedatensätze verschiedener sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute, allen voran das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des DIW, aber auch die Wohlfahrtsurveys oder die ALLBUS-Datensätze, zunehmend Verbreitung und Anwendung als repräsentative und effiziente Informationsquellen gefunden. Charakteristisch ist auf der anderen Seite die „Unternutzung“ von Quellen der amtlichen Statistik in der sozialwissenschaftlichen Forschung und in der Politikberatung gewesen.

Untersuchungen zu Fragen, die Minderheiten in der Bevölkerung betreffen, oder sozialstrukturell und regional differenzierte Analysen anhand von Daten aus der Umfrageforschung stoßen jedoch selbst bei großen Datensätzen schnell auf Beschränkungen zu kleiner Fallzahlen. Eine Studie von Erler (1998) mit dem SOEP macht z.B. Aussagen über die Sozialhilfeempfänger in Bremen anhand eines einzigen Falls.

Die amtliche Statistik hat gegenüber sozialwissenschaftlichen Surveys die Vorteile der „Repräsentativität“ (im Sinne größerer Fallzahlen für Regionalvergleiche und kleinerer Stichprobenfehler) und großer zeitlicher Aktualität der Daten. Ein Nachteil liegt zweifellos in der eingeschränkten Breite und Tiefenschärfe der erhobenen Daten, ein weiterer in den für sozialwissenschaftliche Analysen nicht immer brauchbaren Auswertungsroutinen und Tabellierungsprogrammen der statistischen Ämter.

Neuerdings stehen die Individualdatensätze des Mikrozensus, der Sozialhilfestatistik und der Arbeitslosenstatistik in anonymisierter Form für die Forschung zur Verfügung. Moderne Computertechnik ermöglicht inzwischen die Auswertung so großer Datenmengen auch außerhalb der Rechenanlagen der Landesstatistiker. In diesem Bericht wird der Versuch unternommen, den Mikrozensus und die Sozialhilfestatistik zusammen mit dem SOEP als Datenmaterial für eine lebenslageorientierte repräsentative Armuts- und Sozialberichterstattung in Nordrhein-Westfalen zu nutzen. Damit ist für die empirische Sozialforschung und für die Sozialberichterstattung Neuland beschritten worden.

Die Individualdaten der Sozialhilfestatistik sowie Individualdaten des Mikrozensus (die „gemeindescharf“ bzw. nach regionalen „Anpassungsschichten“ disaggregiert vorliegen) wurden von uns zusammen mit dem Sozio-oekonomischen Panel erstmals für die Sozialberichterstattung eines Bundeslandes ausgewertet. Mit den in diesem Zusammenhang erstellten Datenbeständen wurde zugleich der Grundstock für eine repräsentative und anders als das SOEP auch für Regionalvergleiche brauchbare Sozialberichterstattung in Längsschnittperspektive gelegt. Unsere Erfahrungen zeigen, daß es künftig möglich sein wird, sozialpolitisch relevante Informationen in größtmöglicher zeitlicher Aktualität und in relativ kleinräumiger regionaler Gliederung aus den Individualdaten der amtlichen Statistik zu

gewinnen. Damit ist ein überaus effizientes Instrumentarium verfügbar, das künftig im Prinzip sowohl für Zwecke der politischen Problemdiagnose als auch im Sinne einer Wirkungskontrolle politischer Intervention eingesetzt werden kann.

Voraussetzung ist allerdings, daß notwendige Maßnahmen zur Qualitätssicherung ergriffen werden. Das betrifft vor allem die Sozialhilfestatistik, die in den Gemeinden im Verwaltungsvollzug erzeugt und lediglich an das LDS weitergemeldet wird. Bisläng führen administrative Routinen und Selektivitäten der kommunalen „Datenproduzenten“, auf die wir im Zusammenhang mit der vorliegenden Studie bei Qualitätskontrollen der veröffentlichten Sozialhilfestatistik gestoßen sind, unerkannt zu Fehlinterpretationen. Hier wären mit überschaubaren Forschungsinvestitionen in Zusammenarbeit mit den Kommunen in absehbarer Zeit erhebliche Verbesserungen möglich.

2 Methodisches Vorgehen

2.1 Konzepte und Probleme der Armutsmessung¹

Das Problem einer begrifflich präzisen Bestimmung von Armut und die Probleme der empirischen Armutsmessung haben wir 1998 in einer „Machbarkeitsstudie für den Armutsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen“ (Kersting / Langenhoff 1998) in ausführlicher Weise dargelegt. Die **wichtigsten Argumente und Ergebnisse** sollen deshalb hier nur zusammengefaßt wiedergegeben werden:

Zum Armutsbegriff

Thematisierung, Beschreibung und Erklärung von Armut erfolgen immer im Kontext spezifischer, sich historisch wandelnder sozialer, politischer und ökonomischer Gegebenheiten. Der **Armutsbegriff** selbst ist alles andere als eindeutig. In der aktuellen politischen und wissenschaftlichen Diskussion wird deutlich, daß es **keine einheitliche und anerkannte Definition** von Armut in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Was es gibt sind unterschiedliche Konzepte und Modelle zur Beschreibung und Erklärung sozialer Benachteiligung und sozialer Ungleichheit. Welches Maß an Benachteiligung und Ungleichheit als „Armut“ zu bewerten ist, ist sowohl in Politik und Gesellschaft als auch in der Wissenschaft prinzipiell durchaus kontrovers. Der Armutsbegriff ist keine Frage objektiver Definitionen, sondern Ergebnis wertender Entscheidungen und von konventionell geteilten Definitionen

Armut ist immer eine Folge mangelnder Ressourcen. In der Armutsforschung wird zwischen **materiellen, monetären und nicht-monetären Ressourcen** unterschieden, die je nach Gesellschafts- und Wirtschaftsform unterschiedliche Gewichtungen erlangen. In der marktwirtschaftlichen Ökonomie nehmen monetäre Ressourcen eine Schlüsselrolle ein. Sie können indirekt über verfügbare Einkünfte (Lohn/Gehalt, Schulden, Vermögen und weitere Einnahmen) oder direkt (Einkommensverwendungen, Ausgaben und Haushaltsausstattung) gemessen werden.

Armut und Einkommensarmut

Für die bundesdeutsche Armutsforschung stellt das Einkommen nach wie vor die wichtigste Meßgröße dar. „Nicht bestritten wird, daß **Einkommensarmut die zentrale Dimension des Armutproblems** darstellt, da sich in der bundesdeutschen Marktökonomie der Zugang zu Lebenschancen und Lebensperspektiven primär über die Verfügbarkeit von Einkommen (und Vermögen) reguliert“ (Hanesch u.a. 1994:24). Die Armutserichterstattung hat zur Aufgabe Ursachen, Zusammenhänge und Entwicklungen von Einkommensarmut zu klären. Diese Fragen sind vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheiten (Bildung, Wohnen, soziale Integration) zu analysieren.

¹ Für eine detailliertere Darstellung und Diskussion, vgl. Kersting / Langenhoff 1997.

In den unteren Einkommensklassen spielt Privatvermögen kaum eine Rolle. Deshalb eignen sich Einkommensverteilungen zur **Beschreibung von Armut** (vgl. Schломann 1990, Steiner u.a. 1994). Anders sieht es jedoch aus, soll die gesamte **Wohlstandsverteilung in der Gesellschaft** analysiert werden. Hier spielt neben dem Einkommen das Vermögen eine wichtige Rolle. Reichtum kann ohne Berücksichtigung der Vermögensverteilung nicht beschrieben werden. Die „relative Einkommensarmut“ z.B. in Gestalt der 50%-Prozentschwelle ist zur Messung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtentwicklungen unzureichend (vgl. Heuser 1997). **Gleichwohl eignet sich das Maß der relativen Einkommensarmut zur Identifizierung von Armutsquoten und -potentialen.**

Üblicherweise werden Armutsquoten und -potentiale daher über **relative Einkommensarmut** identifiziert. Hierzu wird i.d.R. das monatliche Haushaltsnettoeinkommen² verwandt, was nicht nur dem Umstand Rechnung trägt, daß Armut auch bei nur temporärer Betroffenheit vorliegt, sondern auch eine exakte Anpassung an bestehende Haushaltsstrukturen ermöglicht. Das Haushaltseinkommen wird dann in bedarfsgewichtete **Äquivalenzeinkommen** umgerechnet:

„Das individuelle Haushaltsäquivalenzeinkommen ergibt sich dadurch, daß das jeweilige Haushaltseinkommen nicht durch die Zahl der Personen im Haushalt (das ergäbe das Pro-Kopf-Einkommen), sondern durch die Summe der Personengewichte dividiert wird, die den Regelsatzproportionen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG entnommen sind [Sozialhilfe-Skala]. Die Regelsatzabstufungen nach BSHG sehen für den Haushaltsvorstand den Wert 1,0 vor, für jede weitere Person über 18 Jahre 0,8, 15-18 Jahre 0,9, 8-14 Jahre 0,65, bis 7 Jahre 0,5 und im Eineltern-Haushalt bis 7 Jahre 0,55. Das in der Armutforschung gängige Konzept des Äquivalenzeinkommens wird verwendet, um Haushalte verschiedener Größe und Zusammensetzung miteinander vergleichen zu können. Durch die Umrechnung des jeweiligen Haushaltseinkommens in ein Äquivalenzeinkommen wird dieses in ein Einkommen umgerechnet, das desto niedriger (höher) ist, je höhere (niedrigere) Bedarfe im Haushalt vorhanden sind, die wiederum durch Zahl und Alter der Personen und deren Stellung im Haushalt bestimmt sind. So ergibt z.B. ein Haushaltsnettoeinkommen von 4.000 DM bei zwei Erwachsenen im Haushalt ein Äquivalenzeinkommen von 2.222 DM (4.000 dividiert durch 1,8), dagegen bei zwei Erwachsenen und einem Kind unter 7 nur noch ein Äquivalenzeinkommen von 1.739 DM (4.000 dividiert durch 2,3). Je niedriger das Äquivalenzeinkommen ist, desto weniger Einkommen verbleibt dem einzelnen Haushaltsmitglied für seine Bedarfsdeckung. Durch Vergleich des Äquivalenzeinkommens des einzelnen Haushalts mit dem durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen aller Haushalte läßt sich die relative Einkommensdisposition des Haushaltes bestimmen: Liegt das Äquivalenzeinkommen des einzelnen Haushalts unter dem vorgegebenen Schwellenwert (in Prozent des Durchschnitts), ist für diesen Haushalt eine Armuts- bzw. Niedrigeinkommensdisposition gegeben ...“ (MAGS 1998: S. 202f)

Alle **Äquivalenzskalenzkonzeptionen** basieren auf einer Reihe von gleichen Annahmen³. Sie unterscheiden sich jedoch teilweise erheblich hinsichtlich der Methode ihrer Ermitt-

² In der us-amerikanischen Forschung wird meist das Jahreseinkommen zur Bestimmung des Armutsumfanges herangezogen. Hierbei kann es im Vergleich zu Berechnungen auf Basis von Monatseinkommen zu Abweichungen kommen, da sich z.B. einmalige Sonderzahlungen (13. und 14. Gehälter) ungleich auf die verschiedenen Einkommensgruppen verteilen. Diese Problematik soll an dieser Stelle jedoch nicht weiter diskutiert werden.

³ Zu nennen sind hier u.a. die Annahmen, daß das Einkommen aller Haushaltsmitglieder in einem „Pool“ zusammengefaßt ist, daß die haushaltsinterne Ressourcenverteilung keine individuellen Ungleichheiten im Wohlfahrtsniveau generiert oder daß Veränderungen der Haushaltsstruktur sich nur auf das Niveau, nicht aber auf die Art des Bedarfes auswirken.

lung⁴, ohne daß es hierfür objektive Kriterien gäbe (vgl. EUROSTAT 1995). Die Wahl der Sozialhilfe-Skala zur Berechnung der Äquivalenzskalenwerte läßt sich dahingehend kritisieren, daß sie auf Grund der konzeptionellen Vernachlässigung der Unterkunftskosten (die pro Kopf typischerweise mit wachsender Haushaltsgröße abnehmen) zu überhöhten Gewichtungen für weitere Haushaltsmitglieder führt. Daraus folgt ein niedrigeres Äquivalenzeinkommen, als z.B. bei der Verwendung der alten OECD-Skala (zu alternativen Äquivalenzskalen vgl. Faik 1997). Eigene Simulationen mit dem Mikrozensus zeigen jedoch, daß auch bei der Verwendung unterschiedlicher Skalen die Schnittmenge der Armutspopulationen bei etwa 90% liegt. Da in der bundesdeutschen Armutsforschung überwiegend die Sozialhilfe-Skala verwendet wird, erfolgt auch hier die Berechnung der Äquivalenzeinkommen auf Grundlage der aus dem BSHG abgeleiteten Proportionen.

Im weiteren stellt sich die Frage nach dem Schwellenwert, ab dem ein Haushalt bzw. eine Person als arm gelten soll. Laut **EU-Definition** „sind verarmte Personen Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (vgl. EUROSTAT 1995). I.d.R. werden Armutsschwellen in Höhe von **40, 50 und 60 Prozent** des äquivalenzgewichteten durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens zugrunde gelegt. Dabei wird die 40-Prozent-Schwelle als „strenge Armut“, die 50-Prozent-Schwelle als „Armut“ und die 60-Prozent-Schwelle als „armutsnaher Niedrigeinkommensbereich“ bezeichnet (vgl. Hauser u.a. 1981).

Zur Bestimmung des Durchschnittseinkommens können der Median⁵ oder das arithmetische Mittel verwendet werden. Obwohl methodisch einige Gründe für die Verwendung des Medians (als gegenüber „Ausbrechern“ robusteres Mittelmaß) sprechen, wird in dieser Studie hauptsächlich das arithmetische Mittel zur Berechnung der Armutsschwelle verwendet, da es das in Europa üblichere Maß für Verteilungsanalysen ist (vgl. EUROSTAT 1995)⁶. Eine Gegenüberstellung der mit dem arithmetischen Mittel und dem Median berechneten Armutquoten für Nordrhein-Westfalen zeigt, daß Armutquoten, die auf der Grundlage der Hälfte des Medianeinkommens berechnet werden, i.d.R. zwischen den Werten liegen, die sich bei der Verwendung der 40%- und 50%-Armutsgrenze auf Basis des arithmetischen Mittels ergeben (vgl. Abb. 3.1a).

Die Bestimmung des Armutsumfanges über den **Sozialhilfebezug** als populären Armutskindikator und **„quasi-offizielle Armutsgrenze in der Bundesrepublik“** (vgl. Hauser /

⁴ Hier kann idealtypischerweise zwischen expertenbasierten, subjektiven und verbrauchsorientierten Äquivalenzskalenverfahren unterschieden werden.

⁵ Der Median stellt den Wert einer der Größe nach geordneten Reihe von Daten dar, über bzw. unter dem die Hälfte aller Fälle liegen (Zentralwert).

⁶ Die Verwendung des Medians ist insbesondere in den USA verbreitet (vgl. Krause 1993, Strengmann-Kuhn 1998).

Neumann 1992), ist aus methodischer Sicht nicht unproblematisch. Die Sozialhilfesätze sollten sich zwar an den Lebensbedarfen orientieren, werden aber durch politisch-administrative Entscheidungen festgelegt und sind somit letztlich willkürlich. Eine Herabsetzung der Einkommensgrenze, ab der eine Person sozialhilfeberechtigt ist, würde z.B. automatisch zu einer Verringerung der Armutspopulation führen, obwohl keine reale Verbesserung der Lebenslage der Betroffenen stattgefunden hat. Hinzu kommt, daß erhebliche Abweichungen zwischen den Angaben in der amtlichen Sozialhilfestatistik, die vom Statistischen Bundesamt und den Landesämtern veröffentlicht wird, und den von den Trägern intern, z.B. für Kennzahlenvergleiche oder die kommunale Sozialberichterstattung, ermittelten Zahlen bestehen. Unsere Stichproben und Umfragen geben Anlaß zur Vermutung, daß die Zahlen der amtlichen Statistik in der Regel um 15 bis 20 % zu niedrig sind.

Ferner muß bedacht werden, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl sozialhilfeberechtigter Personen ihren Anspruch nicht wahrnimmt. Versuche, diese **Dunkelziffer** mittels anderer Datenquellen zu schätzen, werfen massive methodische Probleme auf und sind deshalb kritisch zu betrachten. Neumann und Hertz (1998) berechnen zwar (verdeckte) Armut auf Basis des SOEP und geschätzter Sozialhilfeansprüche, wobei sie allerdings Haushalte und Bedarfsgemeinschaften gleichsetzen. Eine Analyse der faktisch anonymisierten Sozialhilfedaten für Nordrhein-Westfalen zeigt jedoch, daß 1997 in 25% der Mehrpersonenhaushalte mit mindestens einem Bezieher von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt die Zahl der Haushaltsmitglieder größer war, als die der Mitglieder der entsprechenden Bedarfsgemeinschaft⁷.

2.2 Datenbasis

2.2.1 Das Sozio-oekonomische Panel

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte repräsentative **Längsschnittuntersuchung** privater Haushalte in Deutschland. Innerhalb der ausgewählten Haushalte werden alle Personen im Alter ab 16 Jahren direkt befragt. Haushaltsbezogene Fragen sowie Informationen über Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren werden im Rahmen eines Haushaltsfragebogens erhoben (vgl. Projektgruppe Panel 1995).

Neben der westdeutschen Wohnbevölkerung und ausländischen Privathaushalten mit Haushaltsvorständen aus den ehemaligen Hauptzuwandererländern (Griechenland, Italien, ehem. Jugoslawien, Spanien, Türkei), werden seit 1990 auch ostdeutsche Haushalte im Panel erfaßt. Um die seit 1984 erfolgte Zuwanderung in die Bundesrepublik adäquat be-

⁷ Auch für die Analyse von Haushalten mit tatsächlichem Sozialhilfebezug sind andere Datenquellen nur bedingt geeignet. So werden z.B. im SOEP insbesondere bei Auswertungen auf Landesebene die Fallzahlen schnell zu gering, als daß sie noch seriös interpretiert werden könnten. Dennoch berechnet Erler (1998) den Anteil der Bremer Sozialhilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung auf der Grundlage eines einzigen Falls!

rücksichtigen zu können, wurde das SOEP 1994/95 um eine Zuwanderer-Stichprobe ergänzt (vgl. Schupp / Wagner 1995), so daß 1997 insgesamt ca. 7.000 Haushalte mit ca. 17.500 Personen im Panel vertreten waren. Für die Sozialberichterstattung Nordrhein-Westfalen können ca. 1.300 Haushalte (ca. 3.400 Personen) analysiert werden. Auswertungen über die Armutspopulation sind wegen der relativ geringen **Fallzahlen** allerdings nur bis zu einem bestimmten Differenzierungsgrad möglich.

Im Gegensatz zu anderen Datenbasen ermöglicht das SOEP **zeitnahe Analysen objektiver und subjektiver Aspekte der Lebensbedingungen** der Bevölkerung auch im Längsschnitt. Neben der Untersuchung der Struktur und Einkommensdisposition von Haushalten, bietet das Panel eine Reihe lebenslagenorientierter Auswertungsmöglichkeiten auf Individualebene, die es somit zu einer der bislang wichtigsten und in der Bundesrepublik gebräuchlichsten Datenquellen der Armutberichterstattung machen (vgl. Krause 1992, 1993, 1995, Hauser / Hübing 1993, Hanesch 1994, Andreß 1996, Statistisches Bundesamt 1997).

Bezogen auf die Analyse von Armutsumfang und –potential ergeben sich jedoch auch eine Reihe **methodischer Probleme** bei der Verwendung des SOEP⁸.

Zwar wird die Anstaltsbevölkerung und ein Teil der Wohnungsnotfälle im Rahmen des Weiterverfolgungskonzeptes⁹ im Grundsatz erfaßt, es ist jedoch von einer deutlichen **Untererfassung** dieser besonders von Armut bedrohten Bevölkerungsgruppen auszugehen. Personen, die ohne jegliche Unterkunft sind oder ohne festen Wohnsitz leben, sind praktisch gar nicht im Panel vertreten. Dies gilt insbesondere auch für Zuwanderer in Sammelunterkünften oder Übergangwohnheimen.

Häufig diskutiert wird, ob untere Einkommensschichten über die Zeit hinreichend repräsentativ im SOEP abgebildet werden (für eine Diskussion um den sog. „**Mittelstandsbias**“ vgl. Esser u.a. 1989, Hartmann / Schimpl-Neimanns 1992, Projektgruppe Panel 1993). Krause (1993) weist zwar auf Abweichungen der Einkommen im Panel von der amtlichen Statistik hin, bestreitet aber eine systematische Verzerrung (ebenso: Bedau 1988). Ausfälle sollen durch **Gewichtungsverfahren** ausgeglichen werden, wobei davon ausgegangen wird, daß „der wesentliche Punkt ... die Kontrollierbarkeit des Selektionsprozesses und nicht die Variation in den Auswahlwahrscheinlichkeiten“ ist (Rendtel 1995). Gleichwohl gibt es Hinweise, daß in der aktuellen Welle des SOEP die verwendeten Hochrechnungsfaktoren nicht mehr zu einer adäquaten Abbildung der tatsächlichen Einkommensverteilung

⁸ Hierbei handelt es sich jedoch z.T. um grundsätzliche erhebungstechnische Schwierigkeiten, die auch in anderen Datensätzen (ALLBUS, EVS, etc.) auftauchen.

⁹ Haushaltsmitglieder, die den Haushalt verlassen und innerhalb der Bundesrepublik in einen anderen Haushalt gezogen sind oder einen neuen Haushalt gegründet haben, werden weiterverfolgt und mit allen neuen Haushaltsmitgliedern befragt.

lung führen. Deshalb sollten die in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse für das Jahr 1997 als **vorläufig** betrachtet werden¹⁰.

2.2.2 Der Mikrozensus

Die Mikrozensushebung wurde erstmals im Jahre 1957 durchgeführt und besteht nun über 40 Jahre. Mit einer Zufallsauswahl von 1% der Bevölkerung und über 820.000 Personen ist der Mikrozensus die **größte jährlich durchgeführte Repräsentativbefragung** in der Bundesrepublik Deutschland. Vielfältige Daten über Haushalts- und Familienzusammenhänge, Bildungs- und Erwerbsbeteiligung sowie Quellen des Lebensunterhaltes und der Einkommenssituationen von Personen und Haushalten werden im **Querschnitt** erfaßt (vgl. Riede 1997). Der Mikrozensus unterliegt verbindlichen Rechtsvorschriften. So ist die Teilnahme verpflichtend¹¹. Alle Bevölkerungsgruppen¹² sind „repräsentativ“ in der Erhebung vertreten.

Der Mikrozensus enthält nicht nur Pflichtfragen, sondern auch Fragen, die freiwillig beantwortet werden können. Doch auch hier liefert der Mikrozensus ein relativ vollständiges Informationsbild, da der Anteil der Antwortverweigerer selten über 10% liegt. Der Mikrozensus wird vielfach als Referenzstatistik genutzt.

Die Weitergabe der Individualdaten des Mikrozensus für die Wissenschaft wurde erstmals im Herbst 1997 verwirklicht. In Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) wurde ein **Mikrofile** mit einer Zufallsauswahl von ca. 70% der Mikrozensusfälle von 1995 erstellt (vgl. Greiner / Schimpl-Neimanns 1997). Zahlreiche sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschungsprojekte arbeiten mittlerweile mit den Individualdaten des Mikrozensus. Auch die bis vor kurzer Zeit nur geringe Zahl von Forschungsarbeiten der Themen Soziale Ungleichheit und Armut, die auf dem Mikrozensus basierten (vgl. Kersting / Langenhoff 1997), hat sich merklich ausgeweitet. Die Weitergabe der Mikrozensusdaten 1995 an die Wissenschaft hat sich bewährt, so daß weitere Datensätze nachfolgender und zurückliegender Jahre mittlerweile in Vorbereitung sind¹³.

Für das Land Nordrhein-Westfalen stellt der Mikrofile 1995 mit Angaben über mehr als 100.000 Personen in fast 50.000 Haushalten sowie ca. 1.000 Personen in Gemeinschaftsunterkünften die umfangreichste Quelle sozio-ökonomischer Einzeldaten dar. Als Problem

¹⁰ Zu dieser Problematik wurden im Dezember 1998 Expertengespräche mit der Panelgruppe am DIW geführt.

¹¹ Der Netto-Ausschöpfungsgrad liegt bei über 97%!

¹² Für die ausländische Bevölkerung wird der Mikrozensusfragebogen in insgesamt 13 verschiedenen Sprachen übersetzt.

¹³ Vgl. Schwarz, Norbert / Schimpl-Neimanns (1998).

für die Armutsberichterstattung könnte sich die hohe Zahl der **Haushalte ohne Einkommensangaben** erweisen: In 14% der Fälle liegen keine Angaben vor. In rund zwei Drittel der Fälle ist die fehlende Angabe auf Antwortverweigerung zurückzuführen. Der Rest ergibt sich dadurch, daß Einkommen mithelfender Familienangehöriger und selbständiger Landwirte wegen mangelnder Vergleichbarkeit mit anderen Erwerbs- und Haushaltseinkünften nicht erfaßt werden. In bemerkenswerter Weise verteilen sich die fehlenden Angaben zum Haushaltseinkommen jedoch nahezu gleichmäßig über alle Bevölkerungsgruppen. Es ist deshalb anzunehmen, daß eine systematisch bedingte Verzerrung nur im relativ geringen Maße zu erwarten ist (vgl. Tabelle 4.1).

Die **Datenqualität**, der **umfangreiche inhaltliche Merkmalskatalog** und die **hohen Fallzahlen** des Mikrozensus stellen für die Sozialberichterstattung ein bedeutungsvolles Potential dar. Zusammenhänge zwischen Armutsrisiken, Haushalts- und Familienkonstellationen sowie den Erwerbssituationen (Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen und unsichere Beschäftigungsverhältnisse) können mit den Daten des Mikrozensus aufgedeckt werden. Mit seinen hohen Fallzahlen können detaillierte Analysen über die **Ziel- und Risikogruppen der Landesozialberichterstattung** durchgeführt werden und neue Aufschlüsse über das Bild der Armut geliefert werden.

Die **Armutsquote** mit dem Mikrozensus zu bestimmen, erweist sich jedoch als problematisch, da das **Einkommen nur in Klassen** abgefragt wird. Es liegen keine Angaben in Form metrischer Werte vor, mit denen z.B. das genaue Durchschnittseinkommen berechnet werden könnte¹⁴. Häufig werden für die Einkommensklassen stellvertretende Werte (i.d.R. die Klassenmitten) gewählt. Simulationen, die wir durchgeführt haben, haben gezeigt, daß je nach Modellwahl die Armutsquote - aufgrund der relativ breiten Einkommensklassen im Mikrozensus - recht unterschiedlich ausfallen kann¹⁵.

Eine weitere zentrale Frage in der Methodendiskussion ist, ob die Einkommensangaben im Mikrozensus plausibel sind (vgl. Hauser 1989:158, Hanesch / Bäcker 1993). Es läßt sich für jedes Erhebungsjahr feststellen, daß im SOEP deutlich weniger Haushalte in **den unteren Einkommensbereichen** vertreten sind. Unsere Berechnungen für das Land Nordrhein-Westfalen zeigen, daß die Einkommensverteilungen unterhalb eines Haushaltsnettoeinkommens von 3.000 DM zwischen SOEP und Mikrozensus sehr unterschiedlich verlaufen, während die Verteilungen oberhalb dieser Grenze relativ ähnlich sind. Es ist anzunehmen, daß das intensivere Abfragen einzelner (auch kleinerer) Einkommensquellen im SOEP zu

¹⁴ In den wenigen Studien, die bisher mit dem Mikrozensus arbeiten konnten, wurde i.d.R. mit Hilfe der Einkommensklassenmitten gearbeitet (vgl. Landeshauptstadt Hannover 1994, Landeshauptstadt München 1996, Becker u.a. 1996, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit 1997, Eggen 1998). Strengmann-Kuhn (1998) geht einen anderen Weg, der die Schwankungsbreiten der Armutsquoten zwar reduziert, sie jedoch nicht beseitigen kann.

¹⁵ Das jeweilige durchschnittliche Äquivalenzeinkommen in NRW 1995 würde nach unseren Modellrechnungen (unter Verwendung der BSHG-Gewichtung) zwischen 1.653 DM und 1.971 DM liegen. Dieses führt zu Abweichungen von fast zwei Prozentpunkten in den Armutsquoten.

höheren Einkommenswerten führt¹⁶. Diese Differenz macht sich in den mittleren und oberen Einkommensklassen nicht mehr bemerkbar, da sie hier - bezogen auf die Einkommenshöhe - vergleichsweise gering ist.

Um die genannten Probleme (Angaben in Einkommensklassen, möglicherweise zu niedrige Einkommensangaben in den unteren Klassen) zu umgehen, werden die Armutsquoten in dieser Studie nicht auf Basis des Mikrozensus, sondern auf Grundlage des SOEP berechnet. Die im SOEP ermittelte Quote bestimmt das Armutspotential für Nordrhein-Westfalen: Nach der Definition der relativen Einkommensarmut ist es der Bevölkerungsteil mit dem niedrigsten Äquivalenzeinkommen in Nordrhein-Westfalen. Dieser **einkommensärmste Bevölkerungsteil** findet sich aber auch im Mikrozensus wieder¹⁷.

Mit der Identifizierung der von Armut betroffenen Bevölkerung im Mikrozensus können detaillierte **Analysen über Armutsrisiken und Armutspotentiale** durchgeführt werden. Derartige Analysen sind aufgrund der hohen Fallzahlen nur mit dem Mikrozensus möglich.

2.2.3 Die Sozialhilfestatistik

2.2.3.1 Bedeutung und Inhalt der Sozialhilfestatistik

Im Rahmen der Armutsberichterstattung hat die amtliche **Sozialhilfestatistik** aus zwei Gründen eine **zentrale Bedeutung**. Zum einen ist ihr eine erhebliche gesellschaftliche Bedeutung beizumessen, da die Sozialhilfeschwelle als **quasi offizielle Armutsgrenze** zu bewerten ist.

Zum anderen ist der Bezug von Sozialhilfe **Ausdruck einer sozialen Notlage**, in der Regel aber auch Ausdruck **eines sozialen Abstiegs** (vgl. Leibfried / Leisering u.a. 1995: 16). Offen ist derzeit, ob Armut mittlerweile gar zum Generationenproblem geworden ist und damit auch eine Verstetigung erfährt.

"Von einer Vielzahl von amtlichen und wissenschaftlichen Datenquellen ist die Sozialhilfestatistik bisher trotz ihrer Mängel eine der wichtigsten Informationsquellen für alle, die Interesse an der Beobachtung und Erklärung sozialer Probleme haben: Betroffene, Praktiker aus Sozialverwaltungen und -verbänden, Sozialplaner, Sozialwissenschaftler und vor allem Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker... sie (ist) die einzige Erhebung, die **kontinuierlich und flächendeckend** organisiert Auskunft über die Entwicklung der Sozialhilfe gibt" (Hoffmann / Beck, 1994: 117).

Die Sozialhilfestatistik, die seit der Einführung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) im Jahre 1963 geführt wird, ist eine gesetzlich angeordnete **Bundesstatistik**. Sie liefert periodisch Daten über den Kreis der Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe (wobei

¹⁷ Die Bevölkerung kann unter Berücksichtigung der Äquivalenzgewichte und der Einkommensklassen ordinal angeordnet werden. Der einkommensärmste Bevölkerungsteil stellt die Armutspopulation dar.

nach laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, HLU, und Hilfe in besonderen Lebenslagen, HibL, differenziert wird) sowie über die Ausgaben und Einnahmen. Die Statistik stützt sich dabei auf die Angaben der örtlichen und überörtlichen Träger der Sozialhilfe (vgl. Deininger 1997).

Der seit Jahren zu verzeichnende Anstieg der Zahl Sozialhilfe beziehender Personen ist ein Indikator dafür, daß diese Hilfeart einen Bedeutungswandel erfahren hat: Diese Form wirtschaftlicher Hilfe war ursprünglich als Hilfe im Einzelfall und für vorübergehende soziale Notlagen konzipiert. Mittlerweile hat sie die Bedeutung einer Grundversorgung für eine immer größer werdende Zahl von Einkommensarmen. Sie dient der Existenzsicherung.

Wegen der Kritik an den nicht mehr zeitgemäßen Inhalten der Sozialhilfestatistik und dem seit über 30 Jahren geltenden Erhebungsverfahren kam es zu einer umfassenden Veränderung der inhaltlichen und methodischen Verfahren der Erhebung. Die Verbesserungen sind seit dem 1. Januar 1994 wirksam. Sie zogen einschneidende Veränderungen der Teilerhebungen und Erhebungsinhalte nach sich. Die neuen Inhalte und Verfahren sind in Abschnitt 13, §§ 127 bis 134 BSHG detailliert geregelt (vgl. Hoffmann / Beck 1994).

Im Zentrum der Statistikreform stand vor allem die Verbesserung der Informationen über die Bezieherinnen und Bezieher von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (die sogenannte 'Sozialhilfe im engeren Sinne'), also jener Gruppe, die auch im Mittelpunkt der 'Armutsdiskussion' und folglich auch der folgenden Erörterungen steht.

Mit der Erweiterung der Erhebungsmerkmale wurde versucht, die sich abzeichnenden Veränderungen des Personenkreises sowie der Ursachen der Hilfebedürftigkeit zu erfassen. Die **Erweiterungen der Informationen** über die Bezieherinnen und Bezieher von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt umfassen u.a.

- die differenziertere Erfassung des Ausländerstatus,
- Art, Höhe und Dauer des Leistungsbezuges,
- die Art der schulischen und beruflichen Qualifikation der Hilfebeziehenden,
- die Art der Erwerbstätigkeit und die Einkommenssituation, einschließlich Arbeitslosigkeit,
- die besonderen sozialen Problemsituationen der Leistungsbeziehenden und
- die quantitative Erfassung der Vorleistungsfunktion der Sozialhilfe.

Somit wurden die Voraussetzungen geschaffen für detaillierte Analysen

- der Einkommenssituationen - auch im Hinblick auf unterschiedliche Einkommensressourcen (wie Wohngeld, Kindergeld, Lohnersatzleistungen, Rente)
- von Lebenslagendimensionen und der
- Dynamik von Armut (da nunmehr die Dauer des Sozialhilfebezuges erfaßt wird).

Grundlage der hier vorgelegten Querschnittsuntersuchung waren in erster Linie die Datensätze der Empfängerinnen und Empfänger sowie der Bedarfsgemeinschaften von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen am Ende des Jahres **1997**.

Das Datenmaterial wurde uns im Oktober 1998 zur Verfügung gestellt und wurde - unabhängig von den Überprüfungen durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik - eigenen Plausibilitätskontrollen unterzogen. Dabei wurden erhebliche qualitative Mängel festgestellt, wonach dringend zu einer präzisen, tiefergehenden Untersuchung der Probleme und zur Erarbeitung von Maßnahmen der Qualitätssicherung geraten werden muß.

2.2.3.2 Erfassungsprobleme

Die Zahlen der Sozialhilfeempfänger/innen, die die amtliche Statistik in Nordrhein-Westfalen ausweist, stimmen nicht mit den von den kommunalen Verwaltungen erfaßten Empfängerzahlen überein. Deutliche Hinweise auf diese Problematik zeigten sich bereits bei unserem Vergleich der Daten des Kienbaum-Benchmarkings mit den Veröffentlichungen des LDS.

Die Ursachen für die Abweichungen sind vielfältiger Art, müßten aber noch genauer untersucht werden. Aufgrund unserer Recherchen bei den Sozialhilfeträgern können wir folgende Gründe für die Abweichungen benennen:

- Die Berichtsstichtage weichen von der Vorgabe der amtlichen Statistik ab. Die dem LDS übermittelten Daten werden zwar im Dezember, jedoch bereits vor dem 31.12. mittels automatisierter Verfahren zu unterschiedlichen Zeitpunkten generiert.
- Verfahrensbedingt gibt es bisweilen auch Probleme mit einer korrekten monatlichen Zuordnung der Personen.
- Die Vorgaben statistischer Erfassung werden nicht eingehalten oder – dies ist zu prüfen – sind nicht präzise genug.
- Es gibt organisatorische Schwierigkeiten bei der Umstellung auf automatisierte Verfahren, was Auswirkungen auf die Zahl der erfaßten Personen haben kann.

Unplausible bzw. mit Einschränkungen verwertbare Ergebnisse

Die Ergebnisse wesentlicher Merkmale sind mitunter unplausibel oder nur teilweise verwertbar. Auch hierfür gibt es unterschiedliche Gründe, wovon hier einige benannt seien:

- Nicht immer erfolgt die Signierung korrekt.
- Zum Teil wird die Datenaktualisierung nur unzureichend vorgenommen.
- Die Plausibilitätskontrollen sind unzureichend.
- Nicht immer werden die EDV-Programme gepflegt.

- Die gewählten Organisations- oder Technikverfahren wirken sich auf Inhalte aus.

Den Kommunen, dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW und dem Statistischen Bundesamt waren die genannten Probleme zumindest in dem von uns festgestellten Ausmaß bislang nicht bekannt. Dies liegt u.a. daran, daß bisher keine intensiven Auseinandersetzungen mit den Quelldaten der offiziellen Sozialhilfestatistik stattfanden und darauf aufbauend keine Regionalvergleiche in der von uns praktizierten Form vorgenommen wurden.

Soweit Auswertungen methodisch vertretbar waren, werden im weiteren erste Ergebnisse der Analysen zum Sozialhilfebezug auf Landesebene dargestellt. Der Analyse lagen i.d.R. die Informationen über die Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, der sog. 'Sozialhilfe im engeren Sinne',¹⁸ zugrunde. Die Zahl der Bezieher/innen innerhalb von Einrichtungen kann an dieser Stelle vernachlässigt werden, sie liegt unter einem Prozent (vgl. Tabelle 2.1).

Für **Regionalauswertungen** mußte auf eine Studie mit Daten des Jahres 1993 zurückgegriffen werden, da aufgrund der z.Z. noch bestehenden methodischen Bedenken, Analysen auf der Grundlage des Datensatzes für 1997 nicht vertretbar waren und für ggf. erforderliche wie mögliche Korrekturen die zur Verfügung stehende Zeit nicht ausreichte. Die Auswertungen dieser Untersuchung für 1993 werden im Kapitel 5 kurz skizziert, da ansonsten keine Hinweise auf die erheblichen strukturellen räumlichen Disparitäten innerhalb Nordrhein-Westfalens möglich wären. Die Ergebnisse verdeutlichen, daß vertiefende regionale Analysen sozialpolitisch von großer Bedeutung sind.

¹⁹ Ab 1995 einschließlich Zuwanderer seit 1984.

Tabelle 2.1:

Sozialhilfe 1997 in Nordrhein-Westfalen				
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wird gewährt:				
		Art des Trägers		Gesamt
		örtlich	überörtlich	
Außerhalb von Einrichtungen	Anzahl	694.940	176	695.116
	% von Lfd. HLU wird gewährt ...	100,0	0,0	100,0
	% von Art des Trägers	99,4	36,3	99,4
	% der Gesamtzahl	99,4	0,0	99,4
in Einrichtungen	Anzahl	3.959	309	4.268
	% von Lfd. HLU wird gewährt ...	92,8	7,2	100,0
	% von Art des Trägers	0,6	63,7	0,6
	% der Gesamtzahl	0,6	0,0	0,6
Gesamt	Anzahl	698.899	485	699.384
	% von Lfd. HLU wird gewährt ...	99,9	0,1	100,0
	% von Art des Trägers	100,0	100,0	100,0
	% der Gesamtzahl	99,9	0,1	100,0

ZEFIR Ruhr-Universität Bochum

3 Umfang der Armut in Nordrhein-Westfalen – Stand und Entwicklung

3.1 Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung in Nordrhein-Westfalen 1991 – 1997

In der Zeit von 1991 bis 1997 stieg das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen westdeutscher Privathaushalte nominal von 3.716 DM auf 4.381 DM an (vgl. Tabelle 3.1). Gleichzeitig nahm der Anteil der Bevölkerung unterhalb der 50%-Armutsschwelle bis Mitte der 90er Jahre zu, von 8,3% im Jahre 1991 auf 11,5% in 1995. Seit 1996 zeigt sich jedoch ein rückläufiger Trend, so daß sich die Armutsquote 1997 mit 8,4% wieder in der Größenordnung von Anfang der 90er Jahre, aber immer noch auf relativ hohem Niveau befand (vgl. Tabelle 3.2). Eine Analyse der Einkommensverteilung in den Jahren 1995 bis 1997 weist ebenfalls auf eine abnehmende Ungleichheit in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung hin (vgl. Tabelle 3.3). Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen und zunehmender Sozialhilfebedürftigkeit überraschen diese auf Basis des SOEP berechneten Ergebnisse und sind deshalb nur mit Vorsicht zu interpretieren.

Es kann angenommen werden, daß die Erhöhung des Kindergeldes sowie die steuerliche Freisetzung des Existenzminimums im Jahre 1996 zu einer Verringerung der Armutsquote um etwa einen Prozentpunkt geführt hat. Damit läßt sich aber nur ein Teil der Veränderung

Tabelle 3.1:

Durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen und Äquivalenzeinkommen in westdeutschen Privathaushalten 1991 – 1997 (in DM pro Monat)		
Jahr ¹⁹	Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen ²⁰	Durchschnittliches Äquivalenzeinkommen ²¹
1991	3.716	1.634
1992	3.936	1.714
1993	4.050	1.806
1994	4.104	1.839
1995	4.255	1.874
1996	4.320	1.903
1997*	4.381	1.917

Quelle: SOEP 1991-1997 und eigene Berechnungen
Ruhr-Universität Bochum - ZEFIR

* Vorläufiges Ergebnis.

in den berechneten Werten erklären. Da nicht auszuschließen ist, daß bei den jüngsten Ergebnissen des SOEP Verzerrungen vorliegen (vgl. 2.2.1), beziehen sich alle weiteren Auswertungen in diesem Kapitel ausschließlich auf die Zeit bis 1995²².

²⁰ Durchschnittliches Nettoeinkommen der Haushalte nach Angaben der Auskunftsperson im Haushalt für alle Haushaltsmitglieder.

²¹ Äquivalenzgewichtung nach der BSHG-Regelung seit 1990 (vgl. Kapitel 2.1).

²² Dies ist auch das Erhebungsjahr der in dieser Studie verwendeten Mikrozensusdaten.

Ein durchschnittliches Äquivalenzeinkommen von 1.874 DM bedeutet für ein Ehepaar ohne Kinder, daß es 1995 mindestens über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von $1,8 * (0,5 * 1.874 \text{ DM}) = \underline{1.687 \text{ DM}}$ verfügen mußte, um oberhalb der (50%-)Armutsgrenze zu liegen. Ein Ehepaar mit zwei Kindern (im Alter unter 7 Jahren und von 8 bis unter 15 Jahren) ist demzufolge arm, wenn das monatliche Nettoeinkommen des Haushalts geringer als $2,95 * (0,5 * 1.874 \text{ DM}) = \underline{2.764 \text{ DM}}$ ist. Eine Alleinerziehende mit einem Kind bis 7 Jahre benötigte 1995 mindestens ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von $1,55 * (0,5 * 1.874 \text{ DM}) = \underline{1.452 \text{ DM}}$. Ein Ein-Personen-Haushalt fiel unter die Armutsgrenze, wenn das monatliche Nettoeinkommen unter $1 * (0,5 * 1.874 \text{ DM}) = \underline{937 \text{ DM}}$ lag.

Tabelle 3.2:

Betroffenheit von Einkommensarmut in Nordrhein-Westfalen 1991 – 1997			
(in%) ²³			
Jahr	40%-Grenze	50%-Grenze	60%-Grenze
1991	3,6	8,3	17,9
1992	2,7	8,8	19,4
1993	3,8	10,4	22,4
1994	3,6	10,7	21,5
1995	5,3	11,5	20,5
1996	3,4	10,0	19,4
1997*	2,7	8,4	18,0

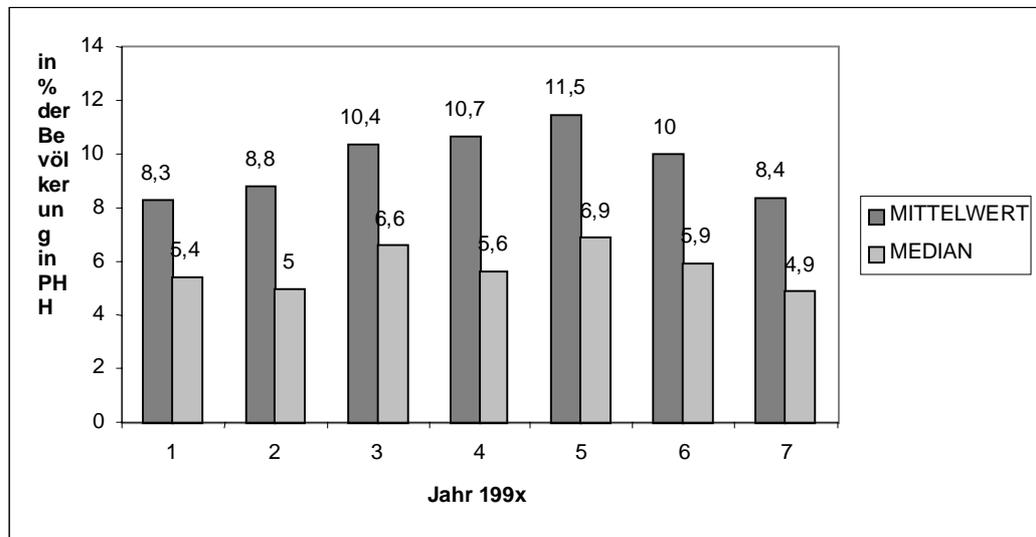
Quelle: SOEP 1991-1997 und eigene Berechnungen
Ruhr-Universität Bochum - ZEFIR

* Vorläufiges Ergebnis.

²³ Armutsschwellenwerte bezogen auf das westdeutsche Durchschnittsniveau (vgl. Tabelle 3.1).

Abbildung 3.1:

Armutsquoten in Nordrhein-Westfalen 1991-1997: Mittelwert und Median im Vergleich (50%-Grenze)



Quelle: SOEP 1991-1997 und eigene Berechnungen
Ruhr-Universität Bochum - ZEFIR

* Vorläufiges Ergebnis.

Tabelle 3.3:

Einkommensungleichheit in Nordrhein-Westfalen 1995 – 1997			
	1995	1996	1997*
Gini-Koeffizient ²⁴	.283	.273	.261
Dezil-Ratio ²⁵			
90 : 10	3,37	3,31	3,08
90 : 50	1,85	1,88	1,81
50 : 10	1,82	1,76	1,70

Quelle: SOEP 1991-1997 und eigene Berechnungen
Ruhr-Universität Bochum - ZEFIR

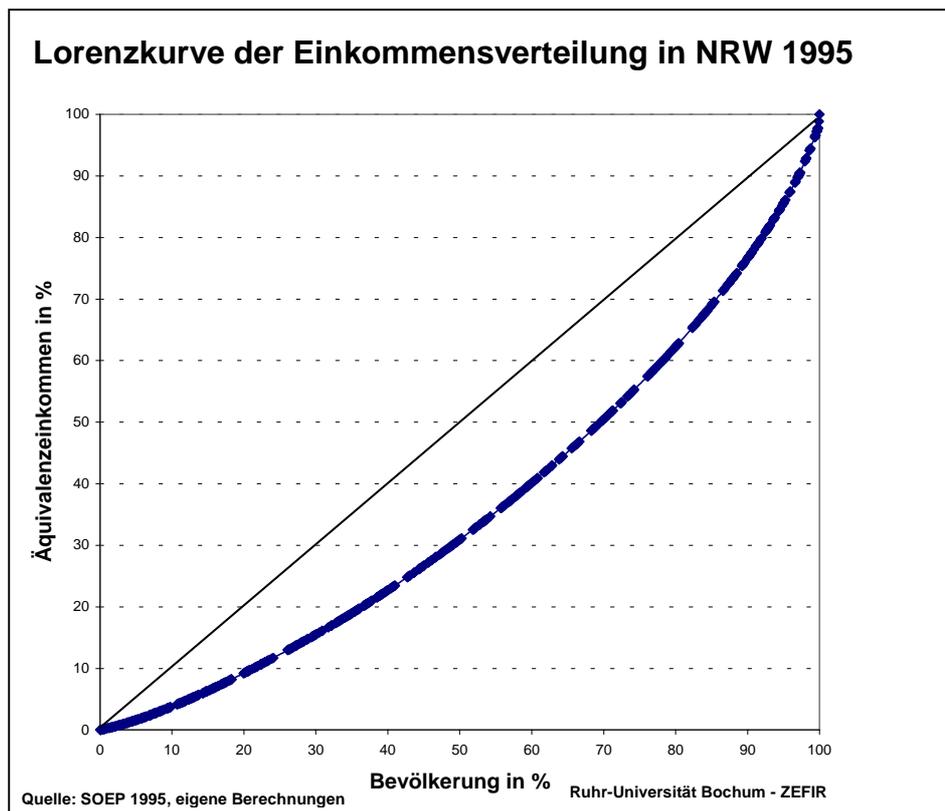
*Vorläufiges Ergebnis.

²⁴ Der Gini-Koeffizient beträgt bei völliger Gleichverteilung Null und nimmt bei totaler Ungleichverteilung den Wert Eins an.

²⁵ Die Dezil-Ratio gibt das Verhältnis von höheren zu niedrigeren Einkommensschwelen an. Eine Einkommensschwelle von 90 grenzt die reichsten 10% der Bevölkerung ab, ein Wert von 50 (Median) trennt die Hälfte der Bevölkerung mit höheren Einkommen von der Hälfte der niedrigeren Einkommen; ein Wert von 10 grenzt die ärmsten 10% der Bevölkerung ab.

Der **Gini-Koeffizient** betrug 1995 in Nordrhein-Westfalen .28 (vgl. hierzu auch die Darstellung der entsprechenden **Lorenzkurve** in Abbildung 3.1). Die **Dezil-Ratios** zeigen, daß die Einkommenschwelle des oberen Zehntels der Einkommensverteilung im Jahr 1995 fast 3,4 mal so hoch lag, wie die des ärmsten Zehntels. Das Medianeinkommen lag um das 1,8-fache über (unter) der Einkommenschwelle der ärmsten (reichsten) 10% der nordrhein-westfälischen Bevölkerung.

Abbildung 3.2:



Betrachtet man die kumulierte Einkommensverteilung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1995, läßt sich ein steiler Anstieg insbesondere im Einkommensbereich unterhalb des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens von 1.874 DM beobachten (vgl. Abbildung 3.2). Die **kumulierte Einkommensverteilung im Niedrigeinkommensbereich** (unterhalb der 60%-Armutsgrenze), verdeutlicht, daß bereits relativ geringe Einkommensunterschiede zum Über- oder Unterschreiten einer bestimmten Armutsgrenze führen können (vgl. Abbildung 3.3). Eine Analyse der sozio-demographischen Merkmale der jeweiligen Armutspopulation zeigt jedoch, daß die Bevölkerung unterhalb der 40%- und der 50%-Armutsgrenze sehr ähnliche Strukturen aufweisen (vgl. Abschnitt 4.2).

Abbildung 3.3:

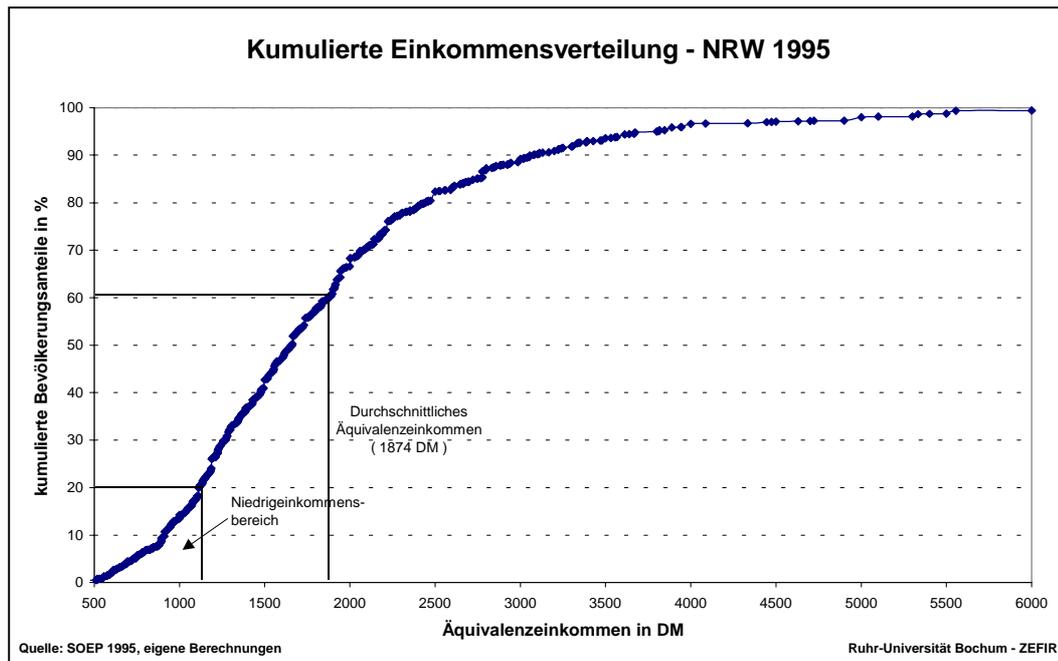
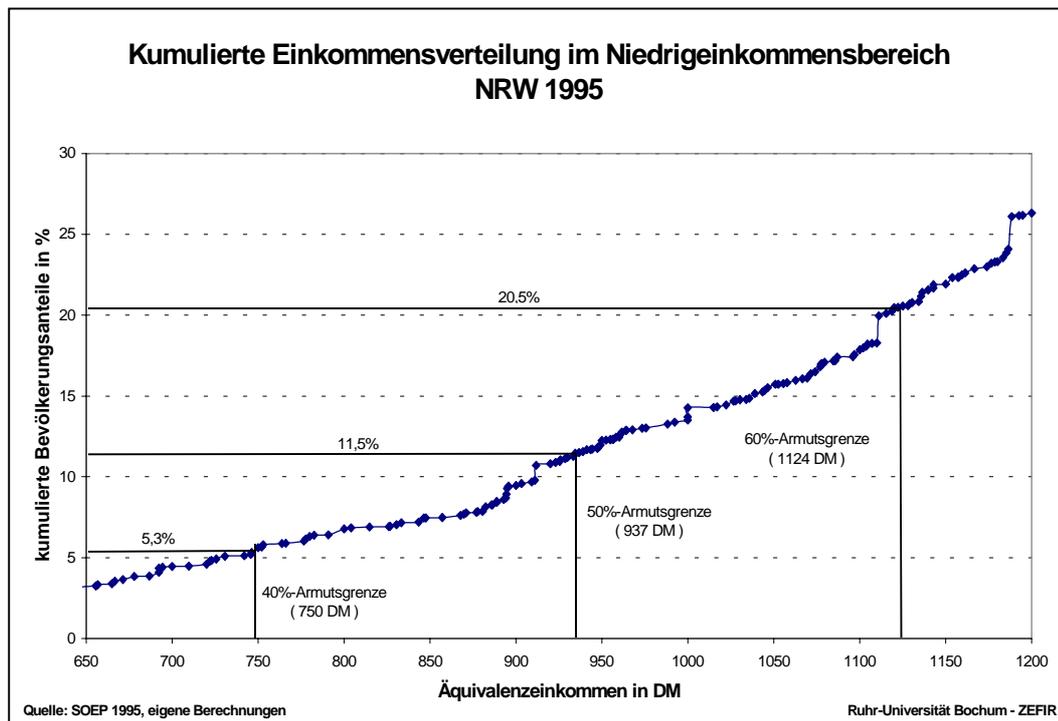


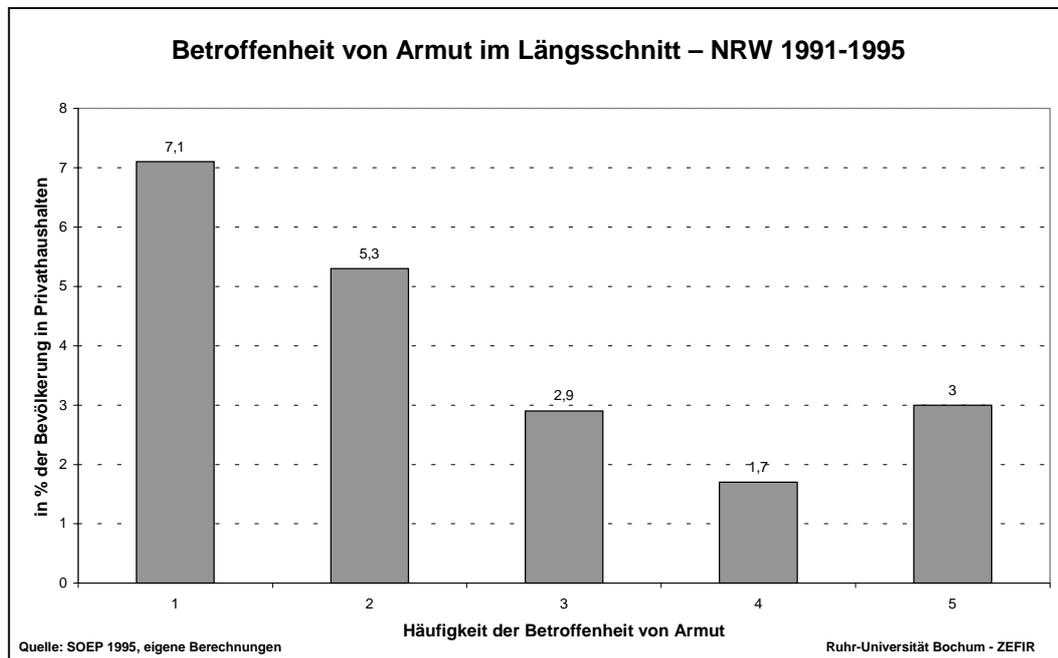
Abbildung 3.4:



Betrachtet man die Betroffenheit von Armut in Nordrhein-Westfalen im **Längsschnitt**, zeigt sich, daß sich im Zeitraum von 1991 bis 1995 20% der Bevölkerung mindestens einmal in einer Armutslage befunden haben, d.h. über ein Äquivalenzeinkommen von weniger als der Hälfte des Durchschnitts verfügten (vgl. Abbildung 3.4). Bei 7% der Bevölkerung in Privathaushalten beschränkte sich die Betroffenheit von Armut auf ein Erhebungsjahr,

8% befanden sich zwei- bis dreimal in Armut und immerhin noch 5% lagen öfter als dreimal unterhalb der Armutsgrenze²⁶.

Abbildung 3.5:



Aussagen über das Ausmaß und die Folgen dauerhafter Armutsperioden lassen sich insbesondere auf Grund dieses relativ kleinen Längsschnitts nicht treffen. Festzuhalten bleibt jedoch, daß Armut **kein Randgruppenphänomen** ist, sondern vielmehr für einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung (ein Fünftel!) eine zumindest temporäre Realität darstellt²⁷.

3.2 Entwicklung des Sozialhilfebezuges (HLU) in NRW

Ende der neunziger Jahren erreichten die Zahlen der Sozialhilfebeziehenden in Nordrhein-Westfalen ihre vorläufigen Höchststände. Damit setzte sich der bereits in den achtziger Jahren zu beobachtende drastische Anstieg fort (vgl. Abbildung 3.5).

²⁶ Hierbei handelt es sich um die Häufigkeit der Betroffenheit von Armut im jeweiligen Befragungsmonat des Beobachtungszeitraums.

²⁷ Krause (1994) weist zudem darauf hin, daß einmal von Armut betroffene Personen eine höherer Wahrscheinlichkeit aufweisen, wieder in eine Armutslage zu geraten.

Abbildung 3.6:

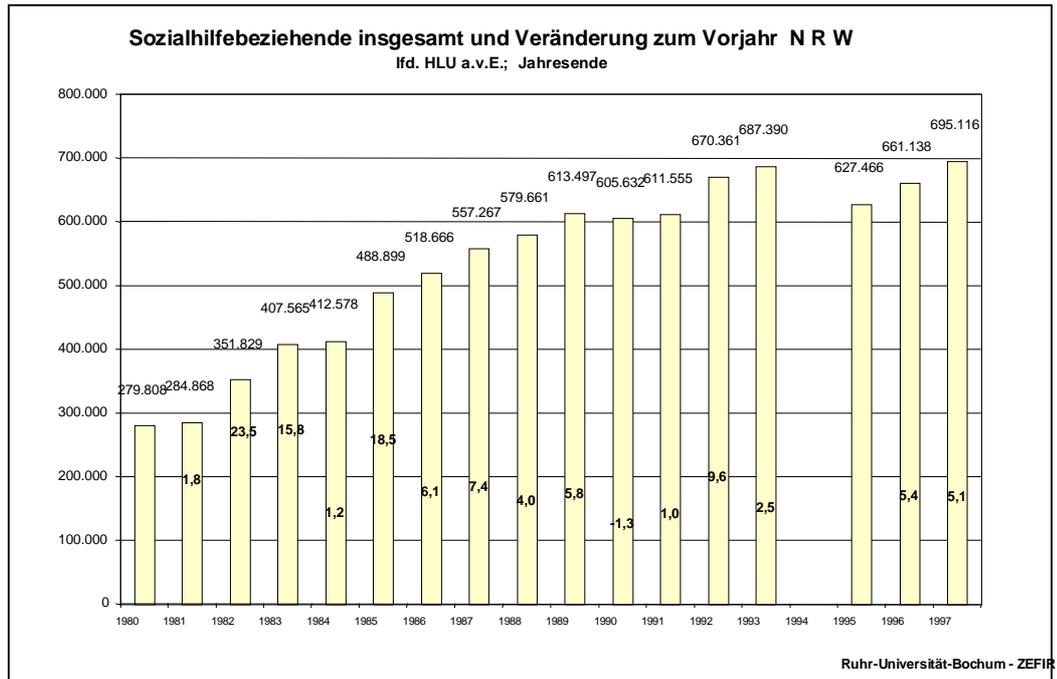
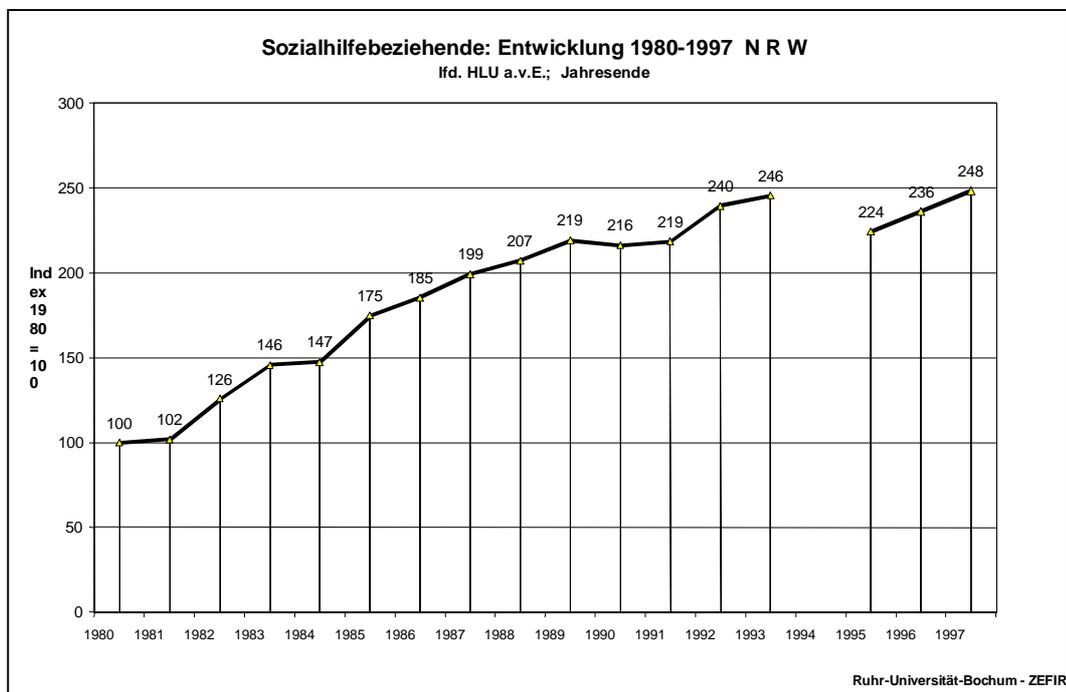


Abbildung 3.7:

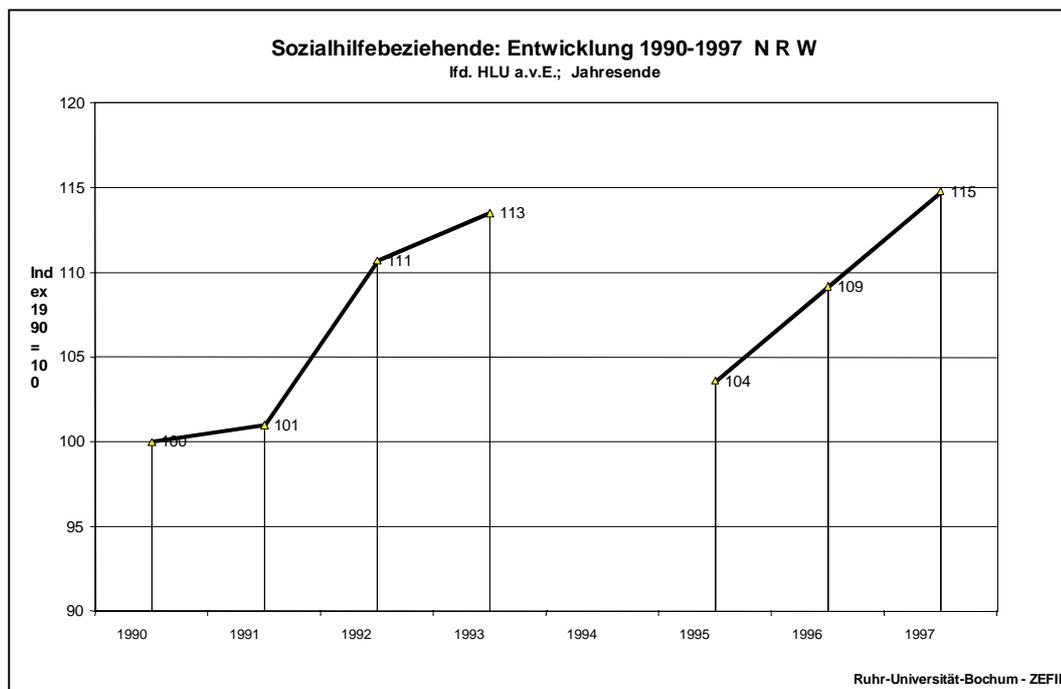


Ende des Jahres 1997 zählte die amtliche Statistik in Nordrhein-Westfalen insgesamt 695.116 Personen, die laufende Hilfe außerhalb von Einrichtungen erhalten haben – so viele wie nie zuvor. Damit leben in NRW mittlerweile etwa zweieinhalbmal so viele Personen von der Sozialhilfe wie Anfang der achtziger Jahre (vgl. Abbildung 3.6).

Als Effekt der Wiedervereinigung war Anfang der neunziger Jahre der Prozeß des kontinuierlichen Anstiegs der Empfängerzahlen kurzfristig ins Stocken geraten, setzte sich dann aber unvermindert fort bis zum Zeitpunkt der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Jahre 1994²⁸. Trotz der erheblichen Verringerung des in der Sozialhilfe erfaßten Personenkreises durch die Herausnahme der Asylbewerber, die nunmehr in der Asylbewerberleistungsstatistik erfaßt werden, lag die Zahl der registrierten Personen 1997 um ca. 15% über dem Wert von 1990. In den letzten beiden Jahren kam es jeweils zu Anstiegen gegenüber dem Vorjahr um mehr als 5% (vgl. Abbildung 3.7).

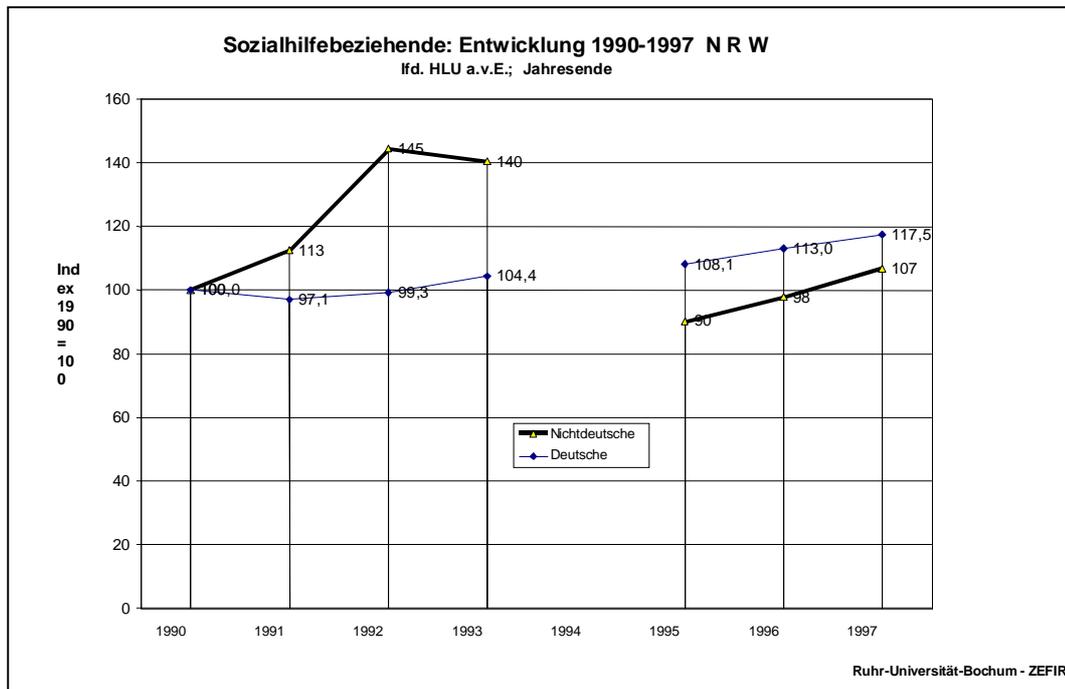
Erhebliche Zunahmen sind dabei sowohl für die Gruppe der deutschen wie auch der ausländischen Bezieher festzustellen. Die Berechnungen auf der Grundlage der von uns vorgenommenen Korrekturen der in der Landesstatistik ausgewiesenen Werte ergeben für den Zeitraum 1990-1997 bei den deutschen Sozialhilfeempfängern eine Zunahme von etwa 18% und bei den ausländischen von ca. 7% (vgl. Abbildung 3.8).

Abbildung 3.8:



²⁸ Bei der zeitlichen Betrachtung muß u.a. bedacht werden, daß durch das Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes im November 1993 Asylbewerber ab dem Berichtsjahr 1994 nicht mehr in der Sozialhilfestatistik erfaßt werden. Hierdurch trat ein erheblicher Rückgang der Empfängerzahlen ein. Die damit verbundene Reduzierung kann für 1994 jedoch nicht exakt dargestellt werden, weil das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik auf der Grundlage der reformierten Sozialhilfestatistik Daten erst ab 1995 vorgelegt hat.

Abbildung 3.9:



Bei Bewertung des vergleichsweise geringen Anstiegs der Zahl der Nichtdeutschen ist die Einführung der o.g. Asylbewerberleistungsstatistik zu berücksichtigen: Bis 1993 ist die Gruppe der Asylbewerber in der Sozialhilfestatistik mit erfaßt und läßt sich auch nicht herausrechnen. Hinzu kommt, daß für die Jahre 1995-1997 bisweilen in einigen Städten (Dortmund, Bochum, Herne) die Zuordnung deutscher und nichtdeutscher Sozialhilfeempfängern fehlerhaft war, was einen unmittelbaren Vergleich der Entwicklung beider Gruppen verbietet. Soweit dies methodisch zu vertreten war, haben wir rechnerische Korrekturen vorgenommen.

4 Sozialstrukturelle Differenzierung der Armutspopulation

Das Kapitel beginnt mit einer Übersicht von sozio-demographischen Basiszahlen für Nordrhein-Westfalen (4.1). Hiermit wird ein Überblick über die Bevölkerungsstruktur des Landes gegeben, aus der sich erste Hinweise auf potentielle soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft ableiten lassen. Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1995, dem Erhebungsjahr des in dieser Studie verwendeten Mikrofile des Mikrozensus. Anschließend wird den Basiszahlen die Struktur der Armutspopulation gegenübergestellt (4.2), die dann nach den Zielgruppen der bisherigen Landessozialberichte weiter differenziert und detailliert analysiert wird (4.3).

4.1 Basiszahlen zur Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen ist mit fast 18 Millionen gemeldeten Einwohnern²⁹ das bevölkerungsstärkste Bundesland. Mehr als ein Fünftel der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland (21,8%) lebt in Nordrhein-Westfalen. Die Bevölkerungsdichte liegt bei 527 Einwohnern je qkm. Sie ist damit höher als in den Niederlanden (460 Einwohner je qkm), dem dichtesten besiedelten Staat der Europäischen Gemeinschaft.

Seit Mitte der 70er Jahre übersteigt die Zahl der gestorbenen Bevölkerung die Zahl der Geburten. Bis Anfang der achtziger Jahre konnte der sogenannte Sterbefallüberschuß durch Zuzüge von ausländischen Personen ausgeglichen werden. In den achtziger Jahren kam es dann zu absoluten Rückgängen in den Bevölkerungszahlen. Seit Anfang der neunziger Jahren steigen die Bevölkerungszahlen wieder. Ein großer Teil der Zuzüge stammt aus Kriegsgebieten und wirtschaftlichen Krisenregionen, insbesondere aus Osteuropa. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung lag nach Angaben des Mikrozensus 1995 bei 10,8%.

Tabelle 4.1:

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in Privathaushalten NRW 1995				
	Bevölkerung insgesamt		Bevölkerung mit Haushaltseinkommensangaben im MZ 1995	
	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %
Insgesamt	17.679,3	100,0%	15.189,1	100,0%
Nach Geschlecht				
Frauen	9.122,4	51,6%	7.850,4	51,7%
Männer	8.556,9	48,4%	7.338,6	48,3%
Nach Staatsbürgerschaft		0,0%		
Deutsche	15.765,8	89,2%	13.506,9	88,9%
Ausländer/-innen	1.913,5	10,8%	1.682,1	11,1%
(wird fortgesetzt)				

²⁹ Darunter 143.000 Personen mit Zweitwohnsitz in Nordrhein-Westfalen.

(Fortsetzung)	Bevölkerung insgesamt		Bevölkerung mit Haushaltseinkommensangaben im MZ 1995	
	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %
Nach Altersgruppen				
unter 15 Jahren	2.842,0	16,1%	2.490,0	16,4%
15 bis unter 25 Jahren	1.954,7	11,1%	1.660,9	10,9%
25 bis unter 35 Jahren	2.819,9	16,0%	2.465,5	16,2%
35 bis unter 45 Jahren	2.539,8	14,4%	2.203,7	14,5%
45 bis unter 55 Jahren	2.263,3	12,8%	1.932,2	12,7%
55 bis unter 65 Jahren	2.368,4	13,4%	1.992,1	13,1%
65 und mehr Jahre	2.891,2	16,4%	2.444,6	16,1%
Nach Familienstand				
Ledig	6.598,5	37,3%	5.697,2	37,5%
Verheiratet	8.969,5	50,7%	7.670,9	50,5%
Verwitwet	1.417,5	8,0%	1.203,4	7,9%
Geschieden	693,8	3,9%	617,6	4,1%
Nach Familientyp				
Ehepartner ohne Kinder im HH	3.958,3	22,4%	3.424,2	22,5%
Ehepartner und Kindern im HH	8.677,0	49,1%	7.383,5	48,6%
Personen in Alleinerziehenden-HH	1.231,6	7,0%	1.054,5	6,9%
Alleinstehende	2.723,6	15,4%	2.418,7	15,9%
Nichtehel. Lebensgem. ohne Kinder	726,8	4,1%	629,7	4,1%
Sonstige	362,0	2,0%	278,4	1,8%
Nach überwieg. Lebensunterhalt				
Erwerbstätigkeit	6.868,9	38,9%	5.888,3	38,8%
Angehörige	6.472,5	36,6%	5.650,5	37,2%
Rente, Pension	3.473,7	19,6%	2.938,9	19,3%
Arbeitslosengeld/-hilfe	396,4	2,2%	337,7	2,2%
Sozialhilfe	317,8	1,8%	251,9	1,7%
Sonstiges	202,6	1,1%	121,7	0,8%
Nach dem Schulabschluß				
Haupt-(Volks)schulabschluß	8.230,7	46,6%	7.016,8	46,2%
Realschul- o. gleichw. Abschluß	2.655,0	15,0%	2.330,0	15,3%
Fachhoch-/Hochschulreife	2.618,0	14,8%	2.213,9	14,6%
Keine Angabe	4.175,6	23,6%	3.628,4	23,9%
Nach berufl. Ausbildungsabschluß				
Lehr-/Anlernausbildung	7.805,9	44,2%	6.758,1	44,5%
Meister-/Technikerabschluß	789,5	4,5%	662,7	4,4%
Fachhoch-/Hochschulabschluß	1.357,4	7,7%	1.090,9	7,2%
Ohne Ausbildungsabschluß	4.437,0	25,1%	3.830,7	25,2%
Keine Angabe	3.289,5	18,6%	2.846,7	18,7%
nach HH-Größe				
1 Person-HH	2.723,6	15,4%	2.418,7	15,9%
2 Personen-HH	5.258,2	29,7%	4.551,4	30,0%
3 Personen-HH	3.662,0	20,7%	3.074,7	20,2%
4 Personen-HH	3.788,5	21,4%	3.263,1	21,5%
5+ Personen-HH	2.246,9	12,7%	1.881,2	12,4%
nach Gemeindegrößenklasse				
unter 20 000 Einwohner	2.328,2	13,2%	1.942,1	12,8%
20 000 bis unter 100 000 Einwohner	7.011,7	39,7%	5.985,0	39,4%
100 000 bis unter 500 000 Einwohner	5.084,8	28,8%	4.426,2	29,1%
500 000 und mehr Einwohner	3.254,6	18,4%	2.835,8	18,7%

Die Mehrheit der Bevölkerung ist weiblich. In Nordrhein-Westfalen lag 1995 der Frauenanteil bei 51,6%. Während die Lebenserwartung bei den Männern ca. 74 Jahre beträgt, ist sie bei den Frauen rund 6 Jahre höher. Mit der Lebenserwartung sind die Bevölkerungsanteile der Personen im Rentenalter in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen. Mittlerweile ist mehr als jeder sechste Einwohner in Nordrhein-Westfalen über 65 Jahre alt. Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur führt dazu, daß immer mehr Menschen verwitwet sind. So lag der Anteil der verwitweten Personen an der Gesamtbevölkerung 1995 bei 8,0%.

Auch der Anteil der Alleinlebenden ist in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen. Nach Angaben des Mikrozensus wohnte 1995 fast ein Sechstel der Bevölkerung alleine (15,4%); mehr als ein Drittel aller Haushalte sind mittlerweile Einpersonenhaushalte. Die ebenfalls zunehmende Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften sowie steigende Scheidungsraten sind weitere Indikatoren für den Rückgang klassischer Familienformen (Ehepaar mit Kind/ern). Insgesamt ein Viertel der Bevölkerung im Alter zwischen 30 und 64 Jahren ist entweder ledig oder geschieden.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen lag 1995 bei rund 7,3 Millionen Personen. Davon hatten zum 30. Juni 1995 ca. 5,8 Millionen Personen ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Der Frauenanteil lag hier bei 41%.

Teilzeitarbeitsplätze sind vorwiegend durch Frauen und nur zu etwa 5% von Männern besetzt. Der Anteil der Teilzeitarbeitsplätze an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen betrug 11,4%.

Die geschlechtsspezifische Teilung des Arbeitsmarktes zeigt sich deutlich bei den Erwerbsquoten³⁰. Die Erwerbsquote der Männern im erwerbsfähigen Alter lag mit 78,7% um gut 25 Prozentpunkte höher als die der Frauen (53,1%).

Im Jahresdurchschnitt 1995 waren 780.000 Personen in Nordrhein-Westfalen arbeitslos gemeldet, darunter waren 328.000 Frauen (42%). Rund 30.000 Personen befanden sich 1995 in Kurzarbeit, 23.000 in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und 88.000 Personen in beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen.

Für die Gruppe der Personen in Gemeinschaftsunterkünften, bei der ein überdurchschnittliches Armutsrisiko zu vermuten ist, sind Analysen zur Einkommensarmut mit dem Mikrozensus nicht möglich, da deren Haushaltseinkommen nicht erfragt wird. Deshalb soll an dieser Stelle kurz auf die Zusammensetzung dieser Bevölkerungsgruppe eingegangen werden.

Etwa 145.000 Personen lebten nach Angaben des Mikrozensus 1995 in Gemeinschaftsunterkünften. Fast 60% der Heimbewohner befanden sich im Rentenalter, wobei die Hochalt-

³⁰ Anteil der Erwerbspersonen und Erwerbslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

rigen (80 Jahre und älter) mit einem Gesamtanteil von etwa 40% die größte Gruppe darstellten. Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren sind mit einem Anteil von 4,2% vergleichsweise selten in Gemeinschaftsunterkünften vertreten. Rund ein Sechstel der minderjährigen Personen sind ausländische Kinder von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen. Für viele der anderen Kinder und Jugendlichen stehen hinter der Heimunterbringung familiäre, soziale und/oder ökonomische Problemlagen. In mehr als der Hälfte dieser Fälle wird der Lebensunterhalt über die Sozialhilfe bestritten. Ein Sechstel der Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, sind Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge.

Der Anteil der Frauen an den Heimbewohnern im Alter zwischen 18 und 64 Jahren liegt bei 40%. Er ist hier über alle Altersgruppen nahezu gleich verteilt. 40% der 18 bis 64-jährigen Heimbewohner (weiblich und männlich) lebt von der Sozialhilfe. Ein weiteres Viertel der Personen lebt vorwiegend von anderen staatliche Transferleistungen, wie z.B. der Früh- oder Erwerbsunfähigkeitsrente. Zahlungen vom Partner oder durch Familienangehörigen als vorwiegende Quellen des Lebensunterhaltes geben 15% an. Einer Erwerbstätigkeit geht rund ein Fünftel der Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren nach.

Die Tabelle 4.1 zeigt neben der Gesamtübersicht über die Bevölkerungsstruktur in Nordrhein-Westfalen³¹ auch eine strukturelle Übersicht über diejenigen Personen und Haushalte im Mikrozensus, deren Haushaltseinkommensangaben ausgewiesen sind. Die Analysen zur Bestimmung und Beschreibung von Armut müssen sich auf den Personenkreis mit Angaben zum Haushaltseinkommen beschränken (vgl. auch Abschnitt 2.2.2). Die Tabelle 4.1 zeigt, daß nur geringfügige Differenzen zwischen den Bevölkerungsstrukturen mit und ohne Einkommensangaben auftreten. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Zahlen repräsentativ für die gesamte Bevölkerung³² in Nordrhein-Westfalen sind.

4.2 Gesamtübersicht der Verteilung von Armut in der Bevölkerung

Die Berechnungen auf Grundlage des SOEP ergaben für das Land Nordrhein-Westfalen eine Armutsquote von 11,5% im Jahr 1995 (vgl. Abschnitt 3.1). In absoluten Zahlen bedeutet dies, daß 2,033 Millionen Menschen in Privathaushalten unterhalb der Armutsgrenze von 937 DM (50% des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens) 1995 lebten. Fast die Hälfte davon (5,3%) mußte sogar mit einem Haushaltsäquivalenzeinkommens unterhalb der 40%-Armutsgrenze auskommen. Andererseits hatten 1995 5,8% der Bevölkerung ein Äquivalenzeinkommen von mehr als dem Doppelten des Durchschnittseinkommens (200%-Grenze). Diese Grenze wird mitunter zur Beschreibung und Messung von (Einkommens-)Reichtum genutzt³³. Der 'reiche' Bevölkerungsteil wird auf

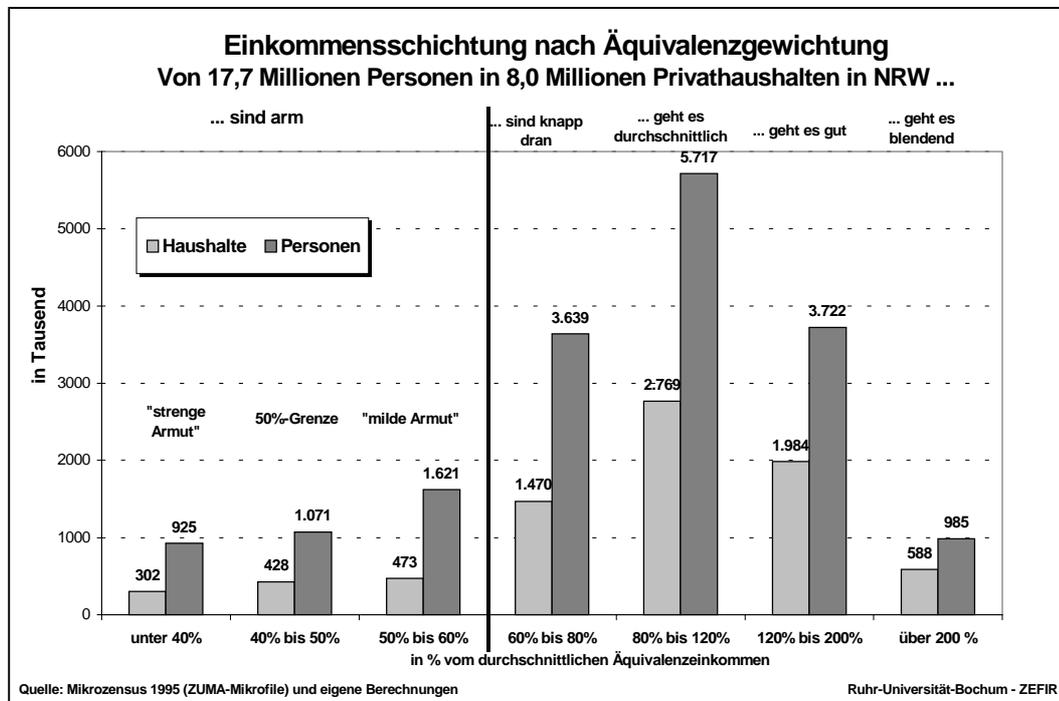
³¹ Diese, auf Grundlage des Mikrofile des Mikrozensus berechneten Werte, kann geringfügig von der Einwohnermeldestatistik abweichen.

³² Bevölkerung in Privathaushalten

³³ Vgl. u.a. Huster (1993).

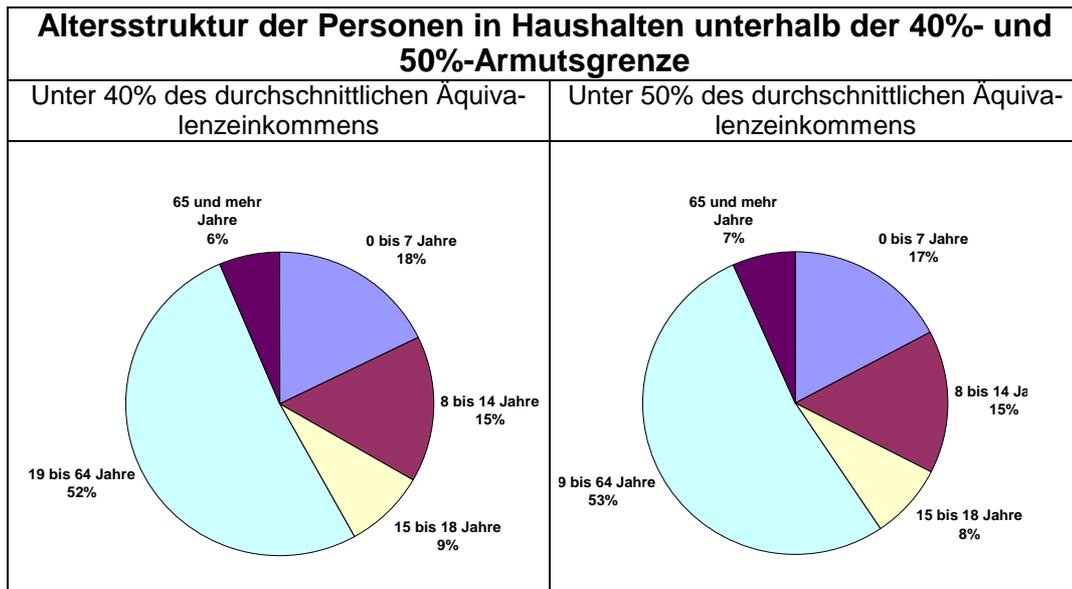
diesem Wege jedoch nur unzureichend erfaßt, da in der Messung von Reichtum das Vermögen eine wichtige Rolle spielt. Die 200%-Grenze erscheint uns aber als geeignet, erste Annäherungen über die wohlhabende Bevölkerung (hier: der oberen Einkommensbereiche) zu bekommen (vgl. zur Einkommensverteilung auch Abschnitt 3.1).

Abbildung 4.1:



Die Wahl des geeignetsten Grenzwertes (40%, 50%, 60% oder Median) zur Messung von Armut ist ein in der Armutsforschung vielfach diskutiertes Thema. In den Diskussionen wird vielfach übergangen, daß sich hinter den jeweiligen Armutspopulationen meist sehr ähnliche sozio-demographische Strukturen verbergen. So zeigt eine Gegenüberstellung der Altersverteilungen der Armutspopulationen, die mit Hilfe der 40%- und 50%-Armutsgrenze bestimmt wurden, nahezu keine Unterschiede (vgl. Abbildung 4.2).

Abbildung 4.2:



Quelle: Mikrozensus 1995 (ZUMA-Mikrofile) und eigene Berechnungen

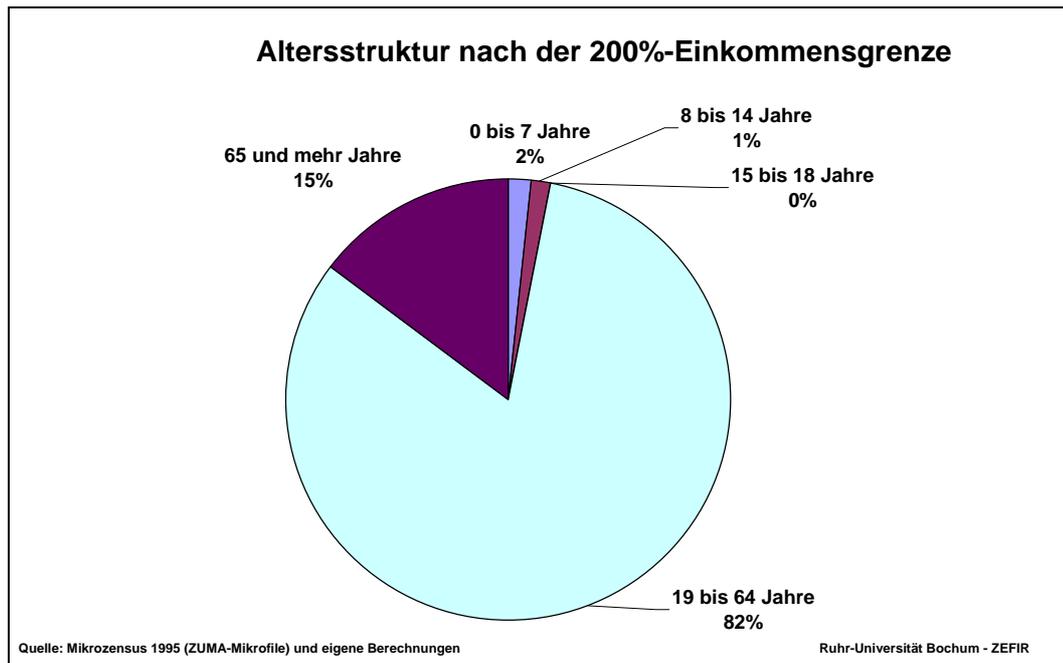
Ruhr-Universität-Bochum - ZEFIR

Die Gegenüberstellung der 40% und 50%-Armutsgrenze verdeutlicht, daß es in den Armutspopulationen relativ feste sozio-demographische Strukturen gibt. Somit können – unabhängig von der Wahl der Armutsgrenze – bestimmte Risikogruppen identifiziert werden.

Das Beispiel der Altersverteilung deutet schon an dieser Stelle auf das hohe Armutsrisiko der jungen Bevölkerung hin. Während die Anteile der erwachsenen Bevölkerung in der Armutspopulationen unterproportional³⁴ sind, sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren überdurchschnittlich vertreten. Stellt man die Altersverteilung der Armutspopulation der Altersverteilung der Bevölkerung mit einem Haushaltsäquivalenzeinkommen von 200% und mehr des Durchschnitts gegenübergestellt (vgl. Abbildung 4.3), so treten sehr große Unterschiede auf. In diesen wohlhabenden Haushalten finden sich fast nur noch Erwachsene und kaum noch Kinder und Jugendliche wieder.

³⁴ Vgl. Tabelle 4.1 und Abbildung 4.2.

Abbildung 4.3:



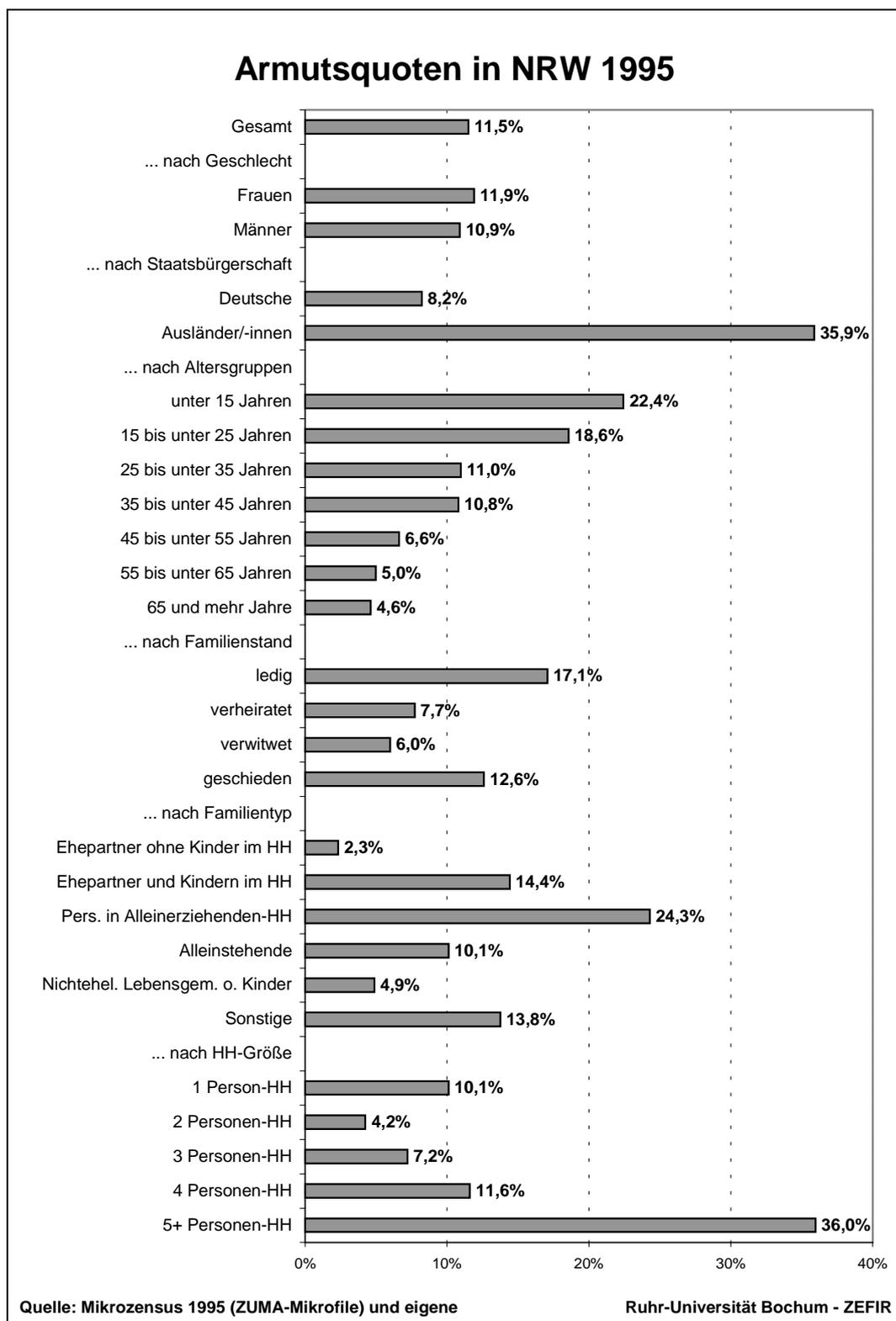
Für die weiteren Analysen zur Armut in Nordrhein-Westfalen ist die 50%-Armutsgrenze gewählt worden, da sie nicht nur am gebräuchlichsten ist, sondern den Autoren aufgrund der dahinter stehenden Nettobeträge auch als plausibelste Grenze für das sozio-kulturelle Existenzminimum in Deutschland erscheint³⁵.

Von den 2 Millionen Armen in Nordrhein-Westfalen sind 53,4% Frauen, was einem leicht überproportionalen Anteil im Vergleich zur Gesamtbevölkerung entspricht. Ein hohes Armutsrisiko tragen Kinder und Jugendliche, wie Abbildung 4.2 zeigt. Nahezu jede dritte Person unterhalb der 50%-Armutsschwelle (32,6%) ist unter 15 Jahre alt. Eine weitere von Armut betroffene Bevölkerungsgruppe sind die Ausländer. Mehr als jeder Dritte (35,2%) in der Armutspopulation hat eine nichtdeutsche Nationalität. Ein überdurchschnittlicher Anteil der Ausländer lebt in großen Haushalten. Mit der Haushaltsgröße andererseits steigt das Armutsrisiko. Nahezu 4 von 10 Armen in Nordrhein-Westfalen (39,5%) leben in Haushalten von 5 und mehr Personen. Eine weitere von Armut besonders betroffene Gruppe sind Alleinerziehende und ihre Kinder. So leben 14,9% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze in Alleinerziehenden-Haushalten.

Die im weiteren folgenden Analysen beziehen sich auf die sogenannte **Armutsquoten**. Hiermit werden in standardisierter Form - für die verschiedenen sozio-demographisch definierten Gruppen - die Bevölkerungsanteile mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze ausgewiesen.

³⁵ In diesem Zusammenhang soll noch einmal erwähnt werden, daß die 40%-Grenze die sogenannte „strenge Armut“ und die 60%-Grenze die „milde Armut“ mißt.

Abbildung 4.4:



Die gruppenspezifischen Armutsquoten zeigen deutlich die unterschiedlichen Armutsrisiken in der Bevölkerung. So haben 36% der Bevölkerung, die in Haushalten mit 5 und mehr Personen leben, ein Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze, während dieser Anteil für Personen, die in Zwei-Personen-Haushalten leben, lediglich 4,2% beträgt. Dabei sind es vor allem verheiratete Paare ohne Kinder, die mit 2,3% eine besonders niedrige

Armutsquote aufweisen. Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder haben mit 4,9% eine unterdurchschnittliche Armutsquote und auch Drei-Personen-Haushalte³⁶ weisen mit einer Armutsquote von 7,2% einen unterdurchschnittlichen Wert auf.

Eine besonders hohe Armutsquote hat mit 35,9% die ausländische Bevölkerung, d.h. mehr als ein Drittel der in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländer hat ein Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze. Das hohe Armutsrisiko bedarf einer genaueren Analyse (vgl. Abschnitt 4.3.5)

Das Armutsrisiko fällt mit den Altersklassen sehr unterschiedlich aus. Kinder (22,4%), Jugendliche und junge Erwachsene (18,6%) haben doppelt so hohe Armutsquoten wie Erwachsene im mittleren Alter und ein fast vierfach höheres Risiko als ältere Menschen. Hierin dokumentieren sich die unterschiedlichen Risikostrukturen der Haushalte und Familien, in denen die Kinder und Jugendlichen aufwachsen. Niedrige Erwerbslöhne, Arbeitslosigkeit oder wegen Kinderbetreuung bedingte Erwerbslosigkeit führen dazu, daß in den Familien mit der Anzahl der Kinder das Armutsrisiko überproportional steigt. Große Haushalte mit fünf und mehr Personen (36,0%) und Alleinerziehenden-Haushalte (24,3%) fallen deshalb mit besonders hohen Armutsquoten auf.

Einen ersten Eindruck über die Armutsrisiken in den verschiedenen **Lebensphasen** vermittelt der sogenannte Altersbaum. Die Zweige des Altersbaums zeigen - getrennt nach Geschlechtern - die Bevölkerungsstärken der einzelnen Jahrgänge. Die inneren Verästelungen stellen denjenigen Teil der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen dar, der unterhalb der Armutsgrenze lebt.

³⁶ Zu zwei Drittel sind dieses Eltern mit einem Kind (vgl. Tabelle 4.4).

Abbildung 4.5:

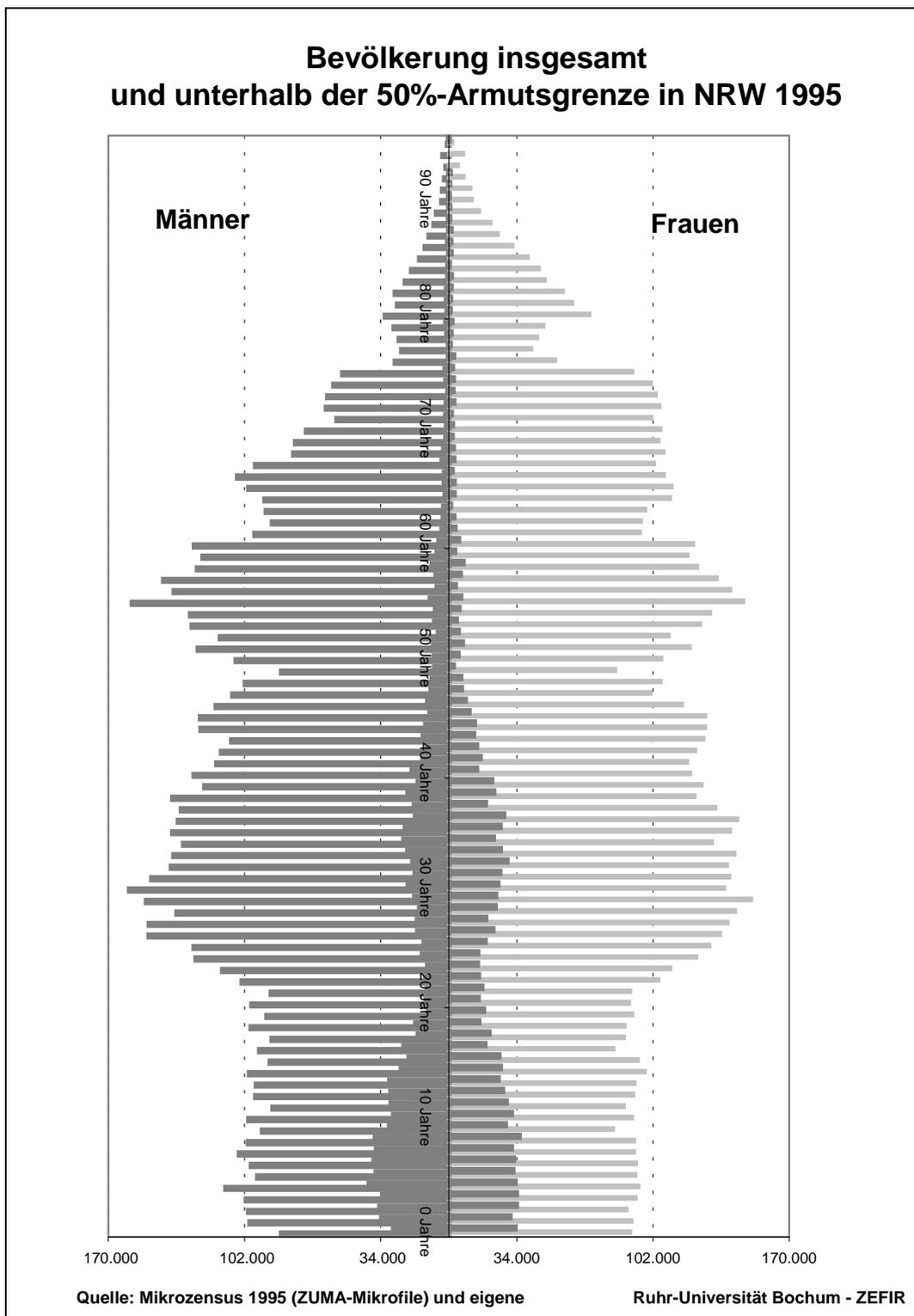


Tabelle 4.2:

Armutsquoten nach Alter und Geschlecht in NRW 1995		
	Weiblich	männlich
0 - 4 Jahre	22,5	21,9
5 - 9 Jahre	22,9	22,0
10 - 14 Jahre	23,7	21,7
15 - 19 Jahre	23,1	19,7
20 - 24 Jahre	17,5	14,8
25 - 29 Jahre	12,0	10,6
30 - 34 Jahre	11,8	9,4
35 - 39 Jahre	13,6	9,4
40 - 44 Jahre	10,7	9,3
45 - 49 Jahre	6,5	7,9
50 - 54 Jahre	5,3	6,8
55 - 59 Jahre	5,1	5,9
60 - 64 Jahre	4,5	3,9
65 - 69 Jahre	3,7	3,1
70 - 74 Jahre	4,7	2,2
75 - 79 Jahre	6,1	2,8
80 - 84 Jahre	7,8	4,0
85 - 89 Jahre	9,0	4,4
90 Jahre und älter	12,4	5,5
Gesamt	11,9	10,9

Quelle: Mikrozensus 1995 und eigene Berechnungen
Ruhr-Universität Bochum – ZEFIR

Während die Armutsrisiken zwischen Jungen und Mädchen unter 10 Jahren noch gleich verteilt sind, gehen danach die Risiken zwischen den Geschlechtern mit zunehmendem Alter auseinander. So haben Mädchen im Alter zwischen 10 und 14 Jahren eine um 2 Prozentpunkte höhere Armutsquote als gleichaltrige Jungen. Bei den jugendlichen Mädchen und jungen weiblichen Erwachsenen liegen die Armutsquoten im Vergleich zu den gleichaltrigen Jungen schon um 3,5 Prozentpunkte höher.

So sind 23,7% der 15- bis 19-jährigen Mädchen von Armut betroffen, während der Anteil bei den Jungen bei 21,1% liegt. In der Altersgruppe zwischen 20 und 24 Jahren gehen zwar die Quoten jeweils um ca. 6 Prozentpunkte zurück (Frauen: 17,5%; Männer: 14,8%), jedoch bleibt der **Abstand zwischen den Geschlechtern** bestehen.

Die soziale Benachteiligung der Frauen, wie sie hier in den Armutsrisiken ausgedrückt wird, bleibt bis in die mittleren Altersjahre (bis 45 Jahre) bestehen. Alleinstehende und vor allem alleinerziehende Frauen sind unzureichend oder gar nicht durch Erwerbseinkommen abgesichert und auf staatliche Transferhilfen, insbesondere die Sozialhilfe, angewiesen. Dabei sind es Frauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren, die mit 13,6% die höchsten Armutsquoten aufweisen. Die Differenz beträgt hier zu den altersgleichen Männern 4,2 Prozentpunkten.

Mit den weiteren Altersjahren nehmen die Armutsanteile sowohl in der weiblichen als auch in der männlichen Bevölkerung ab. Der Rückgang verläuft dabei in der weiblichen Bevölkerung schneller, so daß in den Altersjahrgängen zwischen 45 und 59 Jahren das Armutsrisiko der Frauen unter dem der Männern liegt³⁷. Dieses Ergebnis mag auf dem ersten Blick erstaunlich sein. Das niedrigere Armutsrisiko der Frauen hängt jedoch direkt mit dem Altersabstand der Ehepaare und mit der Anzahl der Kinder im Haushalt zusammen. Da der durchschnittliche Altersabstand von Ehepaaren in den mittleren Altersjahrgängen ca. 3 Jahre beträgt, finden sich mehrheitlich die Ehemänner nicht in der selben, sondern in der nächst höheren Altersklasse. Ein zusammenlebendes Ehepaar, das faktisch dasselbe Armutsrisiko trägt, findet sich in der Statistik in zwei **unterschiedlichen Altersklassen** wieder.

Mit zunehmendem Alter der Eltern verkleinern sich andererseits die Haushalte, da erwachsene Kinder ausziehen. Mit der sinkenden Haushaltsgröße steigt i.d.R. das Äquivalenzeinkommen. Ein Teil der zuvor armen Haushalte erreicht mit dem Auszug der/des Kinder/es ein Einkommen oberhalb der Armutsgrenze³⁸. Da die (Ehe-)Männer im Durchschnitt älter sind, tritt der Effekt erst in den höheren Altersklassen auf. So beträgt die durchschnittliche Zahl der Kinder im Haushalt in der Altersgruppe der 45 bis 49-Jährigen bei den Männern 1,21, während sie bei den Frauen nur bei 1,07 Kindern liegt.

An diesem Punkt wird deutlich, daß eine alleinige Betrachtung der geschlechtsspezifischen Armutsrisiken nach Altersjahren – hier ohne Berücksichtigung der Altersabstände zwischen Ehepaaren und der Haushaltsgrößen in den Altersgruppierungen – schnell zu Fehlinterpretationen führen kann. Diese Kritik trifft insbesondere auf die häufig anzutreffenden Standardtabellen mit ein oder zweidimensionalen Auswertungen, die oftmals Hintergründe und Zusammenhänge im Verborgenen lassen.

Aus der Tabelle 4.2 wird ersichtlich, daß bei den Männern das Armutsrisiko bis zum 80. Lebensjahr fällt, während es bei den Frauen im Alter von 65 Jahren und älter wieder steigt. Schon in der Altersgruppe der 60 bis 64-Jährigen liegt die Armutsquote der Frauen wieder höher als bei den Männern. Diese ersten Ergebnisse deuten darauf hin, daß nach wie vor Armut im Alter ein ernst zu nehmendes Problem ist, von dem insbesondere Frauen betroffen sind. Dem Thema ist ein eigener Abschnitt (4.3.1) gewidmet.

³⁷ Die Differenz der geschlechtsspezifischen Armutsquoten beträgt je nach Altersjahrgang bis zu 1,5 Prozentpunkte.

³⁸ Die Abbildung 4.4 zeigt deutlich, wie stark das Armutsrisiko von der Haushaltsgröße abhängt.

Sozialhilfe

Wird **Armut** nicht über relative Einkommensgrenzen, wie dies oben geschehen ist, **definiert**, sondern **über den Sozialhilfebezug**, so läßt sich die Zahl der betroffenen Personen und Haushalte unmittelbar aus der amtlichen Statistik entnehmen.

Ein direkter Vergleich mit relativen Einkommensmaßen ist aus methodischen Gründen nicht möglich:

'Relative Armut' kann bestehen, obwohl Haushalte oder Personen keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben, nämlich dann, wenn die Sozialhilfeschwelle niedriger als die relative Einkommensschwelle liegt oder 'Vermögen' vorhanden ist, welches bei der Berechnung der relativen Einkommensschwelle keine Beachtung findet, wohl aber bei der Anspruchsprüfung für Sozialhilfe. Andererseits kann die Sozialhilfeschwelle die relative Einkommensgrenze übersteigen, wenn etwa unter Einrechnung aller Sozialhilfeleistungen (Regelsätze, Mehrbedarfzuschläge, Kosten der Unterkunft) und der Einbeziehung des anrechnungsfreien Pflegegeldes der Sozialhilfebedarf über dem 'relativen' Betrag liegt (vgl. MAGS 1997: S. 288).

Ferner wird bei der Berechnung relativer Armutsschwellen der Kreis der in 'verdeckter Armut' lebenden Personen berücksichtigt. Ein weiterer Einflußfaktor ist die mögliche Untererfassung von Sozialhilfebeziehenden in der amtlichen Statistik.

Vor dem Hintergrund der genannten Faktoren sind die differierenden Angaben zum Umfang der in Armut lebenden Bevölkerung kein Widerspruch, sondern aufgrund der unterschiedlichen Konzepte zu erwarten.

Nachfolgend wird die **sozio-demographische Struktur der Sozialhilfe Beziehenden** in Nordrhein-Westfalen **sowie die spezifischen Hilfedichten** unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen analysiert, wobei zunächst die Personen-, anschließend die Haushaltsstrukturen in den Blick genommen werden. Ausführlicher erfolgt eine Betrachtung der Haushaltsstrukturen in den Abschnitten über die Zielgruppen der Landessozialberichterstattung (s. Abschnitt 4.3).

Sozialhilfe, in Form laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, bezogen in Nordrhein-Westfalen zum Ende des Jahres 1997 nahezu 700.000 Personen. Die Sozialhilfedichte³⁹, d. h. der Anteil der Hilfebeziehenden an der Gesamtbevölkerung lag bei 3,9%.

³⁹ Der Begriff der 'Sozialhilfedichte oder -quote' gibt den Anteil aller Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger oder spezifischer Empfängergruppen (z.B. Kinder, Ausländer, Frauen, Bewohner bestimmter Regionen) an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe an. Der Indikator mißt somit das Ausmaß der Betroffenheit und dient als Risikoindikator.

Die zuvor ermittelte überproportionale Armutsbetroffenheit von Frauen, Kindern und Jugendlichen sowie von Ausländern spiegelt sich auch in der Sozialhilfestatistik wider.

Die **geschlechtsspezifische Betrachtung** zeigt, daß 1997 58% der Sozialhilfe Beziehenden weiblichen Geschlechts waren, aber nur 51% der Bevölkerung. Die überproportionale Betroffenheit des weiblichen Geschlechts drückt sich auch in der deutlich höheren Sozialhilfedichte der weiblichen Bevölkerung von 4,4% aus. Die Sozialhilfeempfängerquote der männlichen Einwohner lag bei 3,4% und damit immerhin einen ganzen Prozentpunkt niedriger.

Unterschiedlich sind auch die Sozialhilferisiken der **Deutschen und Nichtdeutschen**: Bei der ausländischen Bevölkerung zeigt sich ein weitaus höheres Risiko, von Sozialhilfe abhängig zu werden. So lag der Anteil der Ausländer an den von der Sozialhilfe unterstützten Personen bei 24%. Die Sozialhilfedichte lag bei 7,9%. Die Quote der Deutschen war mit 3,2% weniger als halb so hoch.⁴⁰ Ebenso wie bei den Deutschen, trug bei den Ausländern der weibliche Bevölkerungsteil ein deutlich höheres Sozialhilferisiko (8,7%) als der männliche (7,1%).

Bisher lagen kaum Informationen über die **Nationalitäten** der Sozialhilfebeziehenden vor. Auch die neue Statistik bietet nur eine grobe Klassifizierung. Demnach lassen sich folgende Personengruppen mit ihren jeweiligen Anteilen identifizieren: Die Hilfebeziehenden waren zu 76,5% Deutsche; 2,5% kamen aus Ländern der EG, 2,4% waren Asylberechtigte, 0,6% Bürgerkriegsflüchtlinge und 17,9% waren sonstigen Ausländergruppen zuzurechnen.

Um eine größere Differenzierung zu ermöglichen, wurde auf der Grundlage des Mikrozensus 1995 eine stärker differenzierte Struktur der nationalen Zusammensetzung ermittelt. Nach diesen Berechnungen hatten an den ausländischen Hilfebeziehern Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei (jeweils ca. 20%), den GUS-Staaten (ca. 10%), sonstigen Staaten des Nahen Ostens (ca. 15%) und aus dem Iran (ca. 6%) den größten Anteil. Weitere relevante identifizierbare Gruppen waren Italiener (ca. 4%), Polen (ca. 2%) und Griechen (ca. 2%).

Die Analyse der **Altersstruktur** ergibt folgendes Bild:

Die meisten Sozialhilfebeziehenden fanden sich in der Gruppe der Kinder und Jugendlichen sowie der Erwachsenen im mittleren Alter. So waren von allen Sozialhilfebeziehenden 262.000 bzw. 38%, noch keine 18 Jahre alt! 51% waren zwischen 18 und 59 Jahre alt, 60 Jahre oder älter waren 76.000 Personen, knapp 11%, 65 Jahre oder älter waren 7%. Fast

⁴⁰ Für Dortmund ließ sich die falsche Klassifizierung deutscher und ausländischer Sozialhilfebeziehender nicht korrigieren. Die Berechnungen der Sozialhilfedichten und weiterer Werte zum Sozialhilfebezug wurden, sofern sich die Analysen auf Ausländer und Deutsche beziehen, ohne Dortmund durchgeführt. Fazit ist jedoch, daß die bisher für NRW veröffentlichten Angaben der amtlichen Statistik die Zahl ausländischer Hilfebezieher weit überschätzt (so auch: Statistisches Bundesamt: 1998: Arbeitsunterlage), weil im Falle von Dortmund bis auf eine Person alle Hilfebeziehenden als Ausländer signiert wurden. Damit gehen über 30.000 Ausländer zuviel in die Statistik ein.

die Hälfte aller Empfänger von Sozialhilfe war somit entweder noch nicht volljährig oder bereits im Rentenalter.

Derartige grobe Klassifizierungen sind zwar für einen Überblick sinnvoll, aber immer auch mit Informationsverlusten verbunden. Um einen genaueren Einblick zu erhalten, wurden daher die Daten nach Altersjahren und Geschlecht ausgewertet (vgl. Abbildung 4.6 und Abbildung 4.7).

Abbildung 4.6:

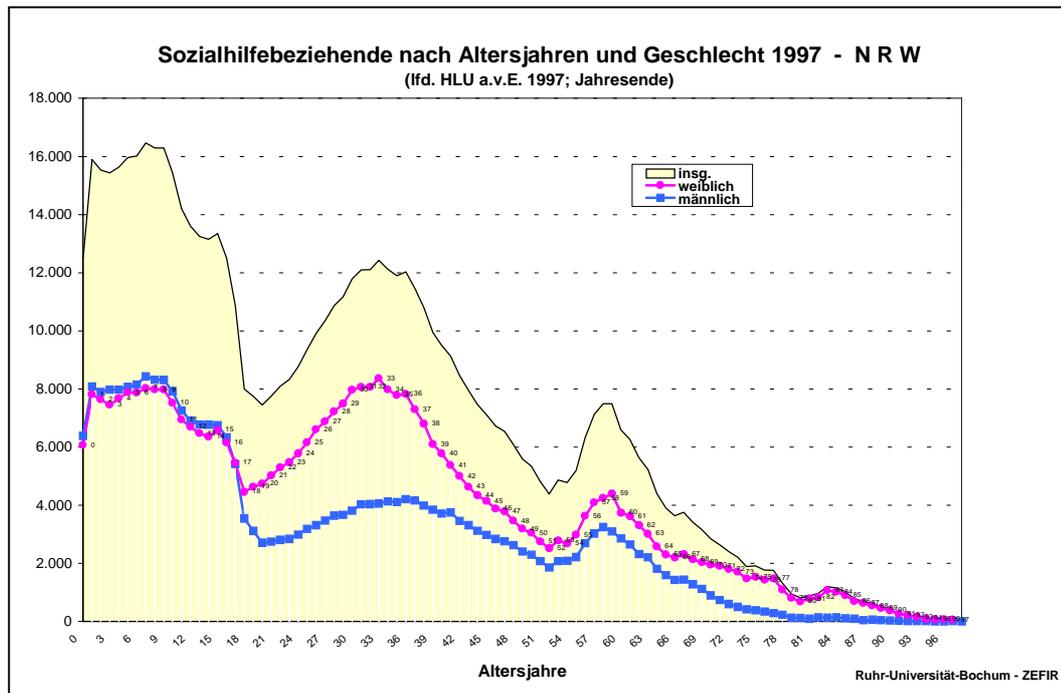
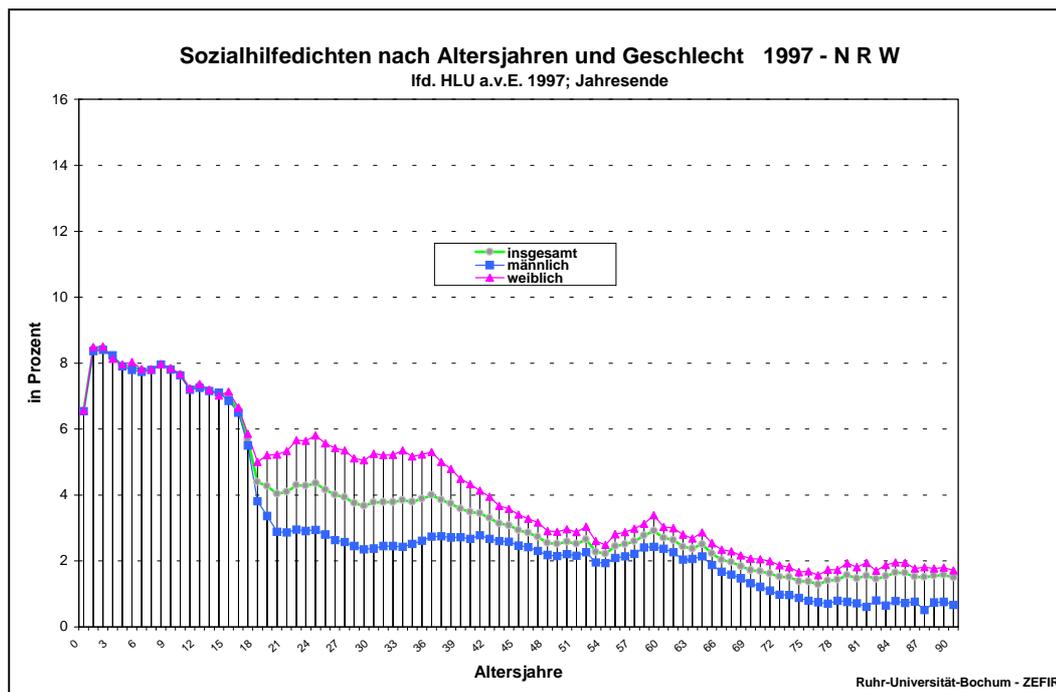


Abbildung 4.7:



Dann zeigt sich deutlich, daß die Jüngsten unserer Gesellschaft am stärksten in der Sozialhilfe vertreten sind. Pro Altersjahrgang waren bei den bis zu 10-jährigen Kindern jeweils ca. 16.000 Mädchen und Jungen sozialhilfeabhängig.⁴¹

Auf die jeweils altersgleiche Bevölkerung bezogen, ergaben sich für diese Gruppe Sozialhilfedichten von um die 8%, d. h., etwa jedes zwölfte Kind dieser Altersgruppe war von Sozialhilfe abhängig. Den höchsten Wert ermittelten wir bei den 2-Jährigen mit 8,5%.

Ab dem 10. Lebensjahr sanken die Zahlen und die altersspezifischen Quoten bis zum Alter von 20 Jahren. Dabei war der Rückgang des Sozialhilferisikos beim männlichen Geschlecht sehr viel ausgeprägter und setzte sich auch noch bei den über 20-Jährigen fort. Für Frauen zwischen 20 bis 40 Jahren stieg das Sozialhilferisiko hingegen wieder auf über 5%. Somit war in dieser Altersgruppe pro Altersjahr mehr als jede 20. Frau von Sozialhilfe abhängig. Bei den Männern entsprechenden Alters war das Risiko der Hilfebedürftigkeit im Durchschnitt nur halb so hoch.

Absolut waren die meisten erwachsenen Hilfeempfänger in den Altersjahrgängen von Anfang bis Mitte dreißig zu verzeichnen. Dies gilt für beide Geschlechter, wobei die Zahlen der Frauen doppelt so hoch wie die der Männer waren.

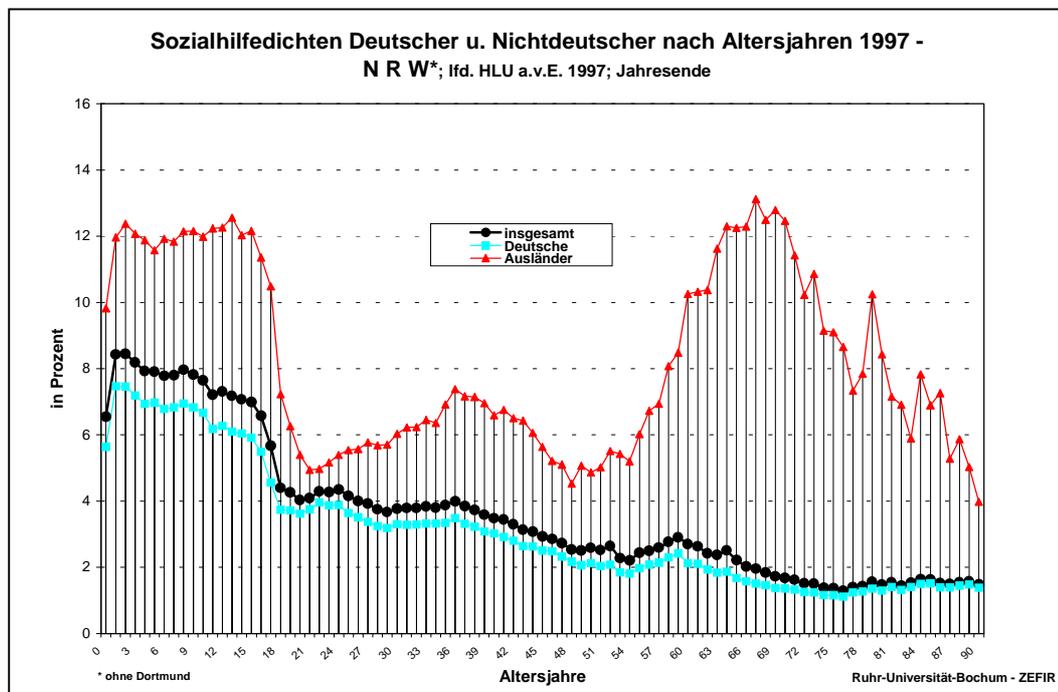
⁴¹ Die geringere Zahl der Kinder unter einem Jahr beruht vor allem darauf, daß in der Statistik vergleichsweise wenige Säuglinge im Alter von bis unter 2 Monaten erfaßt sind. Die Auswertungen spezifischer Sozialhilfedauern bieten Hinweise darauf, daß diese Säuglinge zu einem großen Teil aus Haushalten stammen, die zum Zeitpunkt der Geburt bereits längerfristig Sozialhilfe bezogen.

Danach sanken mit zunehmendem Alter die Sozialhilfezahlen und -quoten, um erst wieder im Alter des Übergangs in den Ruhestand anzusteigen. Ab Mitte Sechzig sanken Zahlen und Quoten erneut.

Bei differenzierter Betrachtung der **Alterstruktur deutscher und nichtdeutscher Hilfeempfänger** treten deutliche Unterschiede zutage:

Vor dem Hintergrund eines in allen Altersjahren merklich höheren Sozialhilferisikos der Ausländer ist besonders auf die Unterschiede bei den Kindern und Jugendlichen und den 60- bis 70-Jährigen aufmerksam zu machen. Mit Quoten von 12% wiesen junge und alte Ausländer ein gleich hohes Verarmungsrisiko auf. (vgl. Abbildung 4.8). Die entsprechenden Werte bei den deutschen Kindern und Jugendlichen lagen zwischen 6% und 8%. Von den betagten Deutschen waren etwa 2% auf Sozialhilfe angewiesen.

Abbildung 4.8:



Die hohe Abhängigkeit der Gruppe älterer Ausländer ist ein bisher wenig beachtetes Phänomen.

In allen Altersgruppen waren ausländische Frauen, wie auch ihre deutschen Geschlechtsgenossinnen, durchweg stärker als Männer auf Sozialhilfe angewiesen. Neben den älteren Ausländerinnen waren besonders Frauen zwischen 30 und 40 Jahren von der Unterstützung durch das Sozialamt abhängig; unter den deutschen Frauen waren die Mitte-Zwanzigjährigen am stärksten auf Hilfen angewiesen (vgl. Abbildung 4.9 und Abbildung 4.10).

Abbildung 4.9:

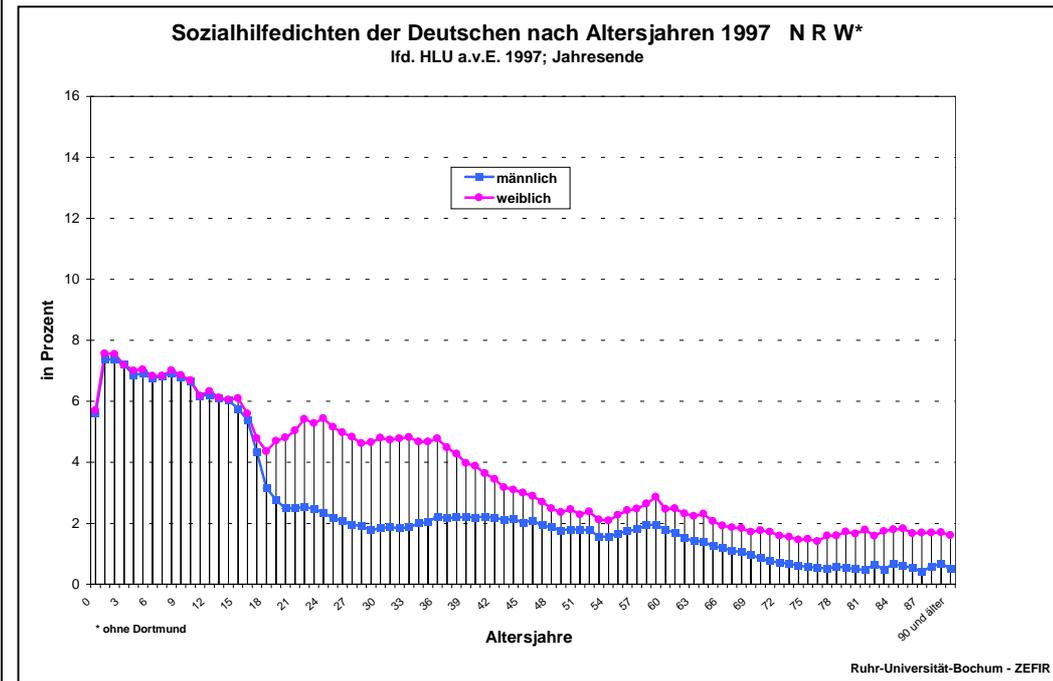
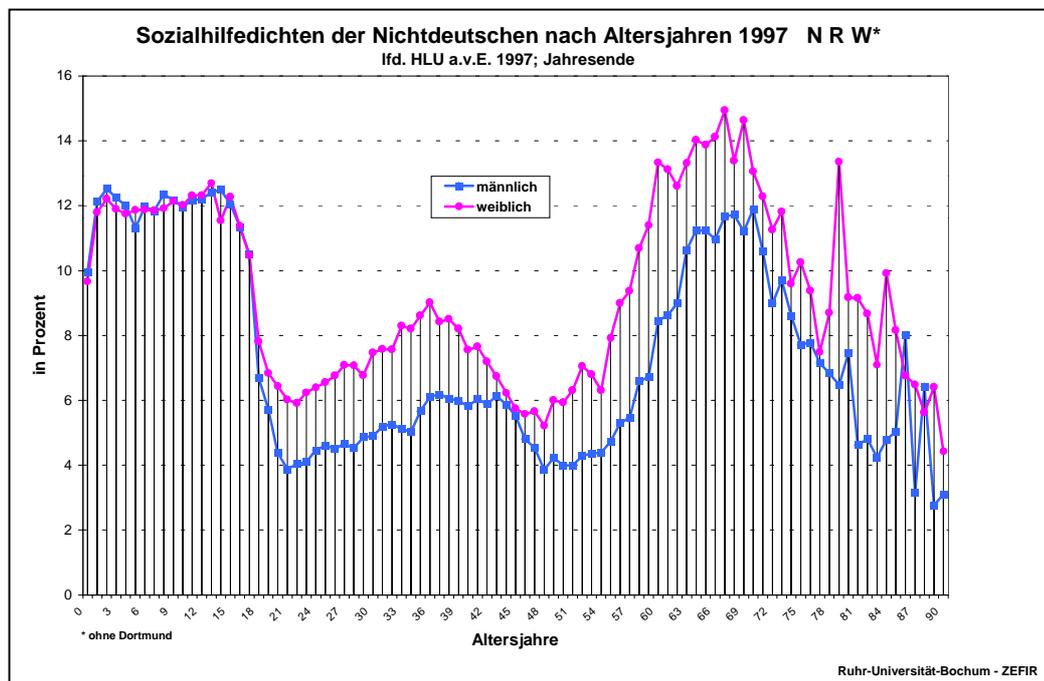


Abbildung 4.10:



Nachfolgend wird die sozio-demographische Struktur der Sozialhilfe beziehenden **Bedarfsgemeinschaften** und Haushalte analysiert.

Vorab sind allerdings einige **Begrifflichkeiten** zu klären. Wer sich nämlich etwas eingehender mit der Sozialhilfestatistik beschäftigt, sieht sich alsbald mit einer terminologischen

Konfusion konfrontiert. Kommunale Sozialberichte bedienen sich oft des Begriffes des sogenannten 'Falles', wobei häufig offen bleibt, was einen solchen Fall eigentlich ausmacht.

Amtliche Veröffentlichungen arbeiten mit wechselnder, jedoch oft auch nicht eindeutiger Terminologie. So ist mitunter von 'Haushalten' die Rede, wo eigentlich von 'Bedarfsgemeinschaft' gesprochen werden müßte. Haushaltsmitglieder sind in diesem Falle genau genommen keine solchen, sondern 'Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft'. Haushaltsmitglieder können Teile von Bedarfsgemeinschaften sein, müssen es aber nicht und - so die Ergebnisse unserer Auswertungen - sind es häufig auch nicht.

Komplizierter wird es, führt man zusätzlich noch die in den Datensätzen der Sozialhilfe enthaltene Variable der 'Zahl der HLU-Empfänger im Haushalt' ein.

Grundlage unserer Analysen ist die Struktur der Daten(sätze) der Sozialhilfestatistik. Diese weisen folgende Variablen aus:

- Anzahl der Personen in der Bedarfsgemeinschaft
- Zahl der Haushaltsmitglieder
- Zahl aller HLU-Empfänger im Haushalt
- Stellung zum Haushaltsvorstand.

In der Armutsforschung und Sozialberichterstattung ist es üblich, das Risiko der Sozialhilfeabhängigkeit mit eindimensionalen demographischen Personenmerkmalen (Alter, Geschlecht, Ausländer) zu beschreiben. Unberücksichtigt bleibt bei diesem Vorgehen in der Regel, daß die Gefahr, auf den Bezug von Sozialhilfe angewiesen zu sein, sehr stark mit der sozialen Konstellationen korrespondiert: Betroffen sind zwar die Individuen, die Ursachen für die Sozialhilfeabhängigkeit hängen jedoch eng mit den Haushalts-, Familien- und Lebensformen der Bezieher zusammen.

Um mehr über Sozialhilferisiken unterschiedlicher Typen von Bedarfsgemeinschaften zu erfahren, werden diese nachfolgend in Bezug auf ihre alters- und geschlechtsspezifische Zusammensetzung analysiert. Weitere Ausdifferenzierungen wären mit dem Datenmaterial möglich und sinnvoll, würden aber den Rahmen dieser Untersuchung sprengen.

Die Auswertung der Verteilung der Zahl der sozialhilfebeziehenden Personen auf die in der Statistik gebildeten 24 Formen⁴² von Bedarfsgemeinschaften zeigt, daß in NRW lediglich 5% der Hilfebeziehenden auf die Hälfte dieser Typen entfielen, weshalb diesen hier keine weitere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll (vgl. Abbildung 4.11 und Abbildung 4.12).

⁴² Die in den Darstellungen verwendeten Abkürzungen sind in Tabelle 4.3 erläutert.

Abbildung 4.11:

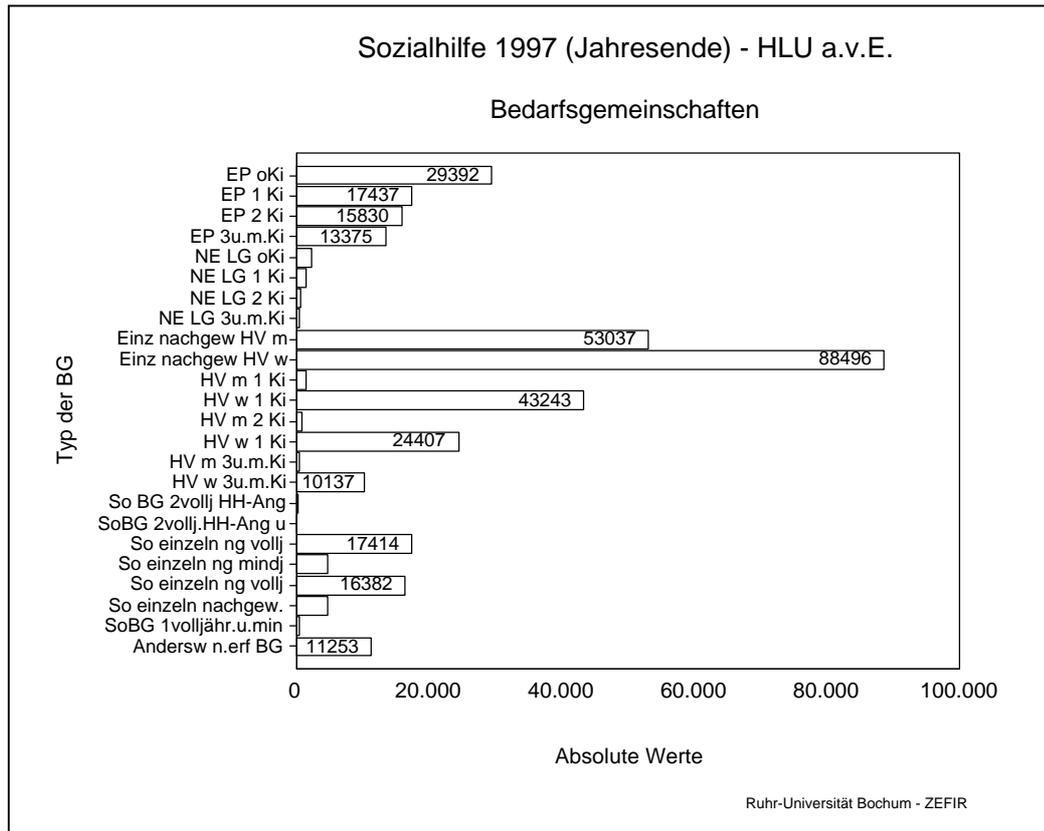
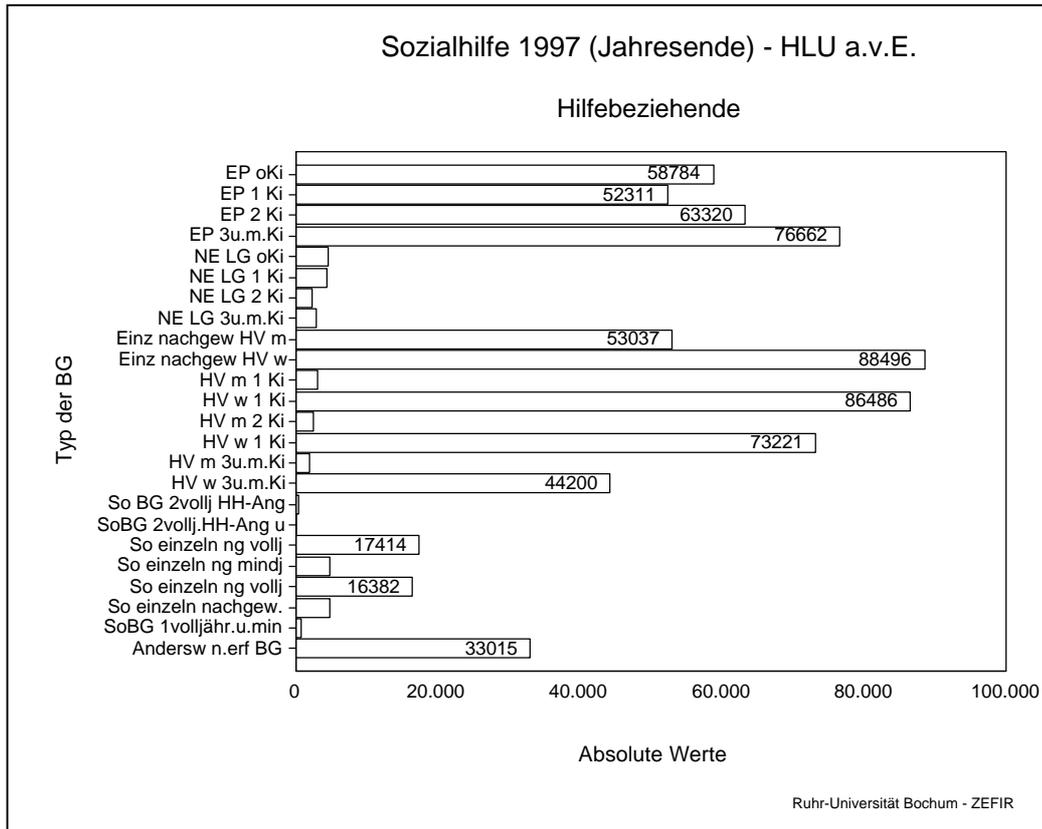


Abbildung 4.12:



Erläuterungen zum Legendentext: Typen von Bedarfsgemeinschaften		
	Kurztext	
1	EP oKi	Ehepaare ohne Kinder unter 18
2	EP 1 Ki	Ehepaare mit 1 Kind unter 18
3	EP 2 Ki	Ehepaare mit 2 Kindern unter 18
4	EP 3u.m.Ki	Ehepaare mit 3 u.m. Kindern unter 18
5	<i>(NE LG oKi)</i>	Nichtehel. Lebensgemeinschaft ohne Kinder unter 18
6	<i>(NE LG 1 Ki)</i>	Nichtehel. Lebensgemeinschaft mit 1 Kind unter 18
7	<i>(NE LG 2 Ki)</i>	Nichtehel. Lebensgemeinschaft mit 2 Kindern unter 18
8	<i>(NE LG 3u.m.Ki)</i>	Nichtehel. Lebensgemeinschaft mit 3 u.m. Kindern unter 18
9	Einz nachgew HV m	Einzeln nachgew. Haushaltsvorstand, männlich
10	Einz nachgew HV w	Einzeln nachgew. Haushaltsvorstand, weiblich
11	<i>(HV m 1 Ki)</i>	Haushaltsvorstand männl. mit 1 Kind unter 18
12	HV w 1 Ki	Haushaltsvorstand weibl. mit 1 Kind unter 18
13	<i>(HV m 2 Ki)</i>	Haushaltsvorstand männl. 2 Kindern unter 18
14	HV w 2 Ki	Haushaltsvorstand weibl. mit 2 Kindern unter 18
15	<i>(HV m 3u.m.Ki)</i>	Haushaltsvorstand männl. mit 3 u.m. Kindern unter 18
16	HV w 3u.m.Ki	Haushaltsvorstand weibl. mit 3 u.m. Kindern unter 18
17	<i>(So BG 2vollj.HH-Ang)</i>	Sonst. Bedarfsgemeinschaft mit 2 vollj. Haushalts-Angehörigen
18	<i>(SoBG 2vollj.HH-Ang u)</i>	Sonst. Bedarfsgemeinschaft mit 2 vollj. Haushalts-Ang.u.mind. 1 mindj. Haushalts-Ang.
19	So einzeln ng vollj	Sonst.einzeln nachgew. vollj. männl. Haushalts-Ang.
20	<i>(So einzeln ng mindj)</i>	Sonst.einzeln nachgew. minderj. männl. Haushalts-Ang.
21	So einzeln ng vollj	Sonst.einzeln nachgew. vollj.weibl. Haushalts-Ang.
22	<i>(So einzeln nachgew.)</i>	Sonst.einzeln nachgew. minderj. weibl. Haushalts-Ang.
23	<i>(SoBG 1vollj.ä.h.u.min)</i>	Sonst. Bedarfsgemeinschaft mit 1 vollj.ä.h.u.mind. 1 minderj. Haushalts-Ang.
24	Andersw n.erf BG	Andersweitig nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaft
(kursiv = Bedarfsgemeinschaft mit geringer quantitativer Bedeutung)		

Betrachtet man die Bedarfsgemeinschaften im Einzelnen, so dominierte klar der **Typus der 'alleinstehenden Erwachsenen'**, wobei alleinstehende Frauen erheblich stärker als Männer vertreten waren: Ein Viertel aller Bedarfsgemeinschaften waren solche von alleinstehenden Frauen. Die Mehrzahl der Frauen in diesen Haushalten war über 50 Jahre alt, davon allein ein Fünftel im Alter von 50 bis 60 Jahren. Junge Frauen waren relativ gering vertreten.

Die Gruppe der alleinstehenden Männer unterschied sich in der Altersstruktur deutlich von den Frauen. Bei ihnen war die Altersklasse der 30- bis 40-Jährigen am stärksten besetzt, gefolgt von den benachbarten Altersklassen. Alleinstehende ältere Männer waren hingegen vergleichsweise selten vertreten. Diese Verteilung deutet auf ein großes Potential männlicher Hilfeempfänger für Maßnahmen zur Eingliederung ins Erwerbsleben bzw. auf einen Mangel an geeigneten Maßnahmen auf seiten der Kommunen (vgl. Abbildung 4.13 und Abbildung 4.14).

Abbildung 4.13:

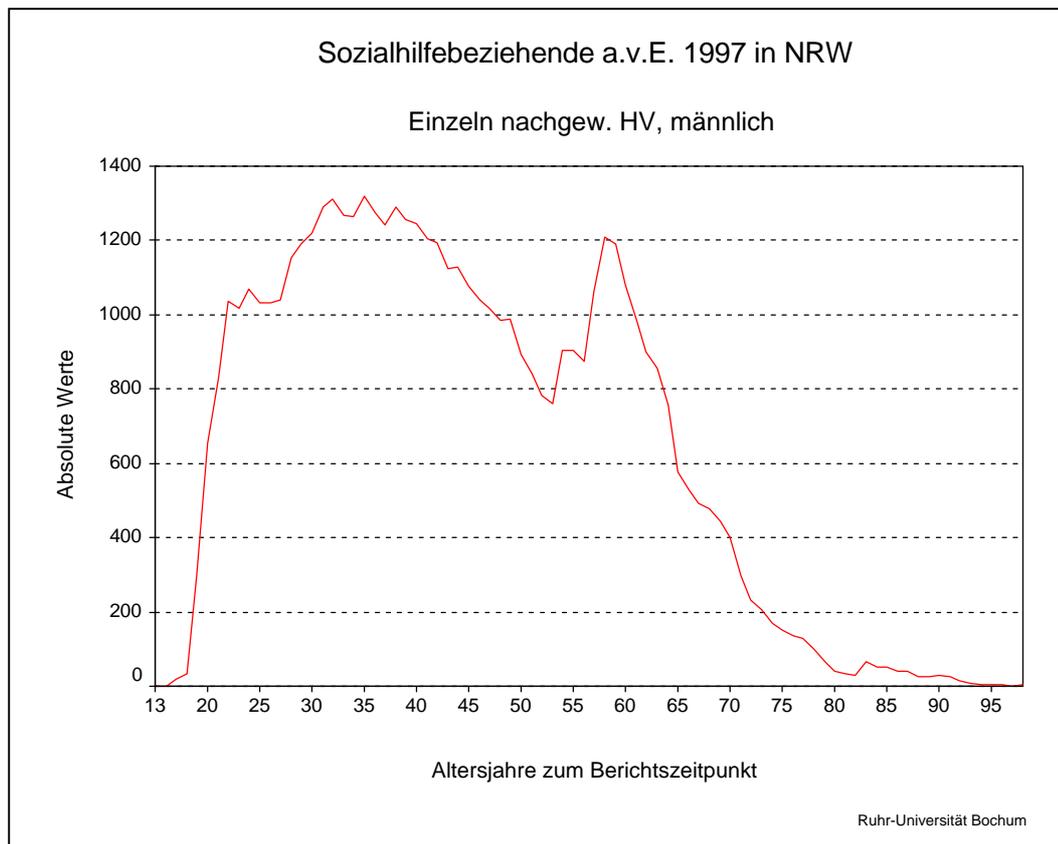
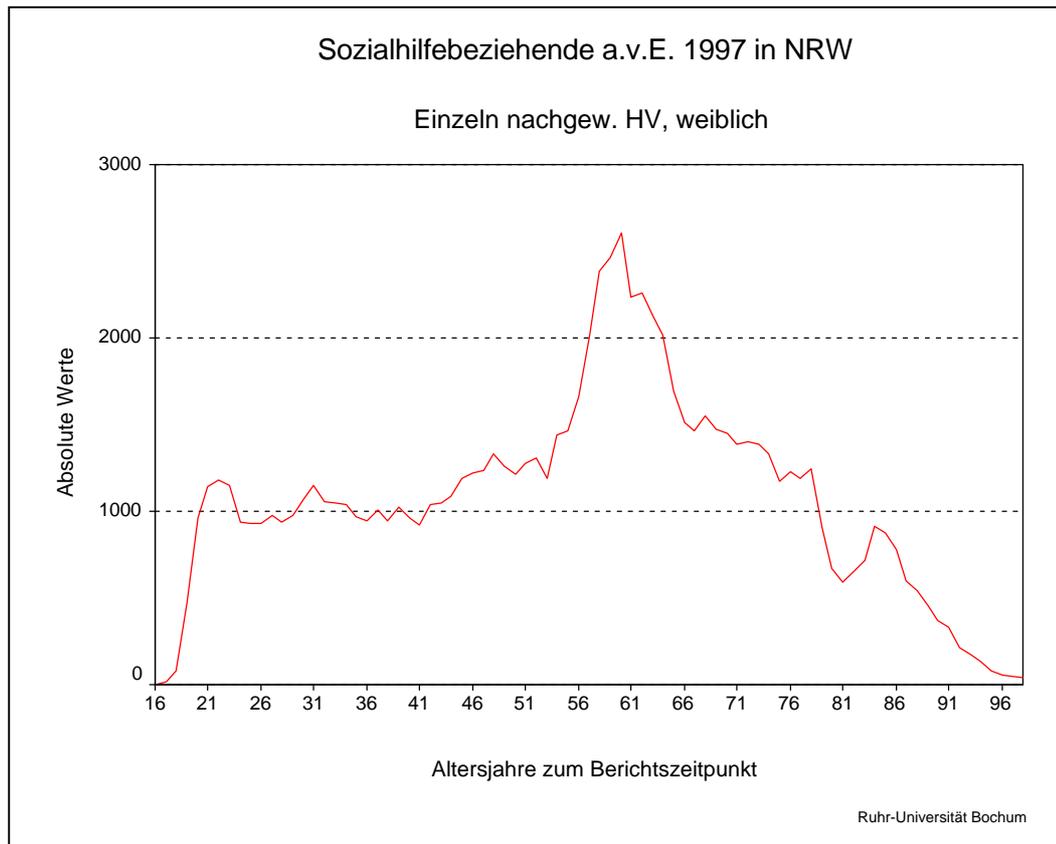


Abbildung 4.14:



Neben den Haushalten von alleinstehenden Erwachsenen prägte vor allem die Lebensform der **'alleinerziehenden Frau mit Kind(ern) unter 18 Jahren'** die Haushaltsstruktur. Bei mehr als einem Fünftel der Bedarfsgemeinschaft stand eine alleinerziehende Frau mit einem oder mehreren Kindern dem Haushalt vor. Alleinerziehende Männer waren mit einem Anteil von unter einem Prozent an allen Bedarfsgemeinschaften eine marginale Erscheinung. In der Regel handelte es sich um Mütter mit einem Kind.

Insgesamt lebten 30% aller sozialhilfebeziehenden Personen in Bedarfsgemeinschaften von alleinerziehenden Frauen. Vor allem ist jedoch bemerkenswert, daß die Hälfte (48%) aller Minderjährigen diesem Haushaltstyp zuzuordnen war.

Die Bedarfsgemeinschaften von **'Ehepaaren mit Kind(ern)'** hatten zwar - bezogen auf die Gesamtheit der Bedarfsgemeinschaften - keinen so großen Anteil (13%), sie waren aber aufgrund der diesem Haushaltstyp zuzurechnenden Personen gleichwohl von Bedeutung (28% aller Sozialhilfeempfänger). Häufigste Bedarfsgemeinschaft war dabei die mit einem Kind (5% aller Bedarfsgemeinschaften). Die meisten Personen vereinte innerhalb dieses Haushaltstyps die Gemeinschaft mit drei und mehr Kindern auf sich (11% aller HLU-Bezieher).

Eine quantitativ bedeutende Form der Bedarfsgemeinschaft stellte auch die der **'Ehepaare ohne Kind'** dar. Diese Lebensform umfaßte ungefähr 8% aller Bedarfsgemeinschaften und

Leistungsbezieher. Drei Viertel der Personen in diesen Haushalten waren zwischen 40 und 70 Jahre alt. Am stärksten vertreten waren dabei die 50- bis unter 60-Jährigen.

Die übrigen sogenannten 'sonstigen Typen' von Bedarfsgemeinschaften waren in ihrer Struktur sehr heterogen. Auffällig ist vor allem die Restkategorie der '**Anderweitig nicht erfaßten Bedarfsgemeinschaft**', unter die immerhin fast 5% aller Sozialhilfebeziehenden fallen. Bezogen auf die Stellung zum Haushaltsvorstand waren besonders 'Kinder' und 'sonstige' Minderjährige vertreten.

Es deutet einiges darauf hin, daß gerade bei der Signierung von 'anderweitigen' Bedarfsgemeinschaften bei den einzelnen örtlichen Trägern sehr unterschiedliche Verwaltungspraktiken vorliegen (vgl. Kersting / Strohmeier 1998).

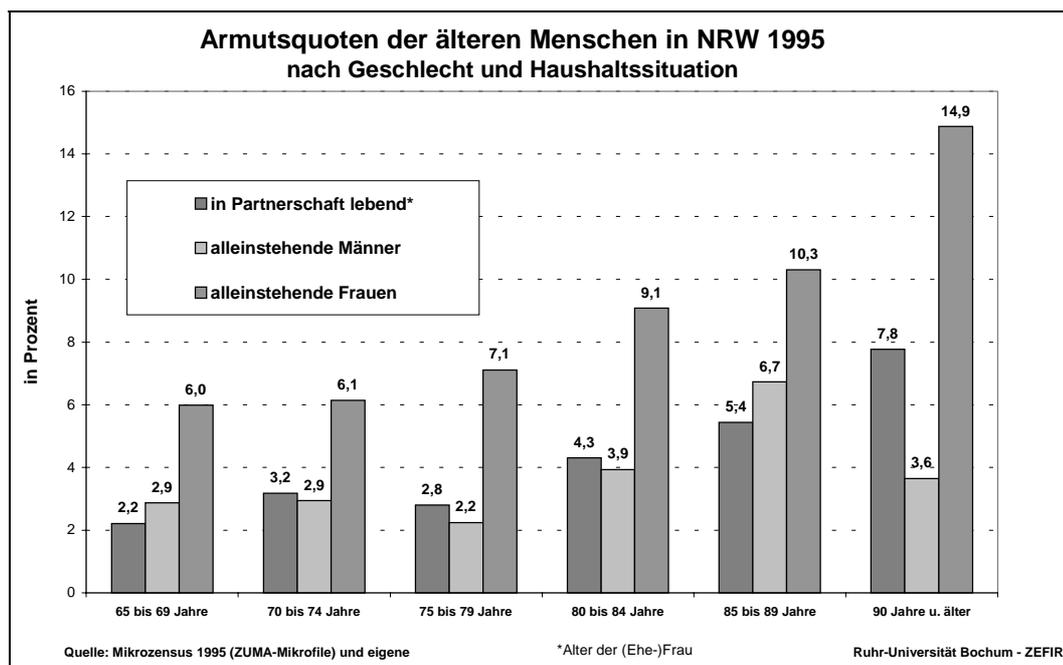
4.3 Armutspotentiale in ausgewählten Risikogruppen

4.3.1 Armutspotentiale der älteren Menschen

Aus Tabelle 4.2 wurde ersichtlich, daß im höheren Alter das Armutsrisiko wieder steigt und insbesondere ältere Frauen von Armut betroffen sind: Bei Frauen über 70 Jahre ist das Armutsrisiko doppelt so hoch wie bei den Männern. Eine Differenzierung nach Ein- und Zwei-Personen-Haushalten (Personen in Partnerschaften)⁴³ zeigt das besonders hohe Risiko **der älteren alleinstehenden Frauen**.

⁴³ Nur 10,5% der insgesamt 2,891 Millionen Einwohner über 65 Jahren in NRW lebt in Mehrfamilienhaushalte oder Mehrpersonenhaushalte mit weiteren verwandten Personen (z.B. die Kinder, Enkelkinder oder Geschwistern) oder mit nichtverwandten Personen. Die große Mehrheit wohnt alleine oder zu zweit in Partnerschaften.

Abbildung 4.15:



Das Armutsrisiko der älteren alleinstehenden Frauen ist fast durchgehend mehr als doppelt so hoch wie bei alleinstehenden Männern oder der in (Ehe-)Partnerschaft lebenden Personen. Die Armutsquoten der alleinstehenden Frauen steigen mit dem Alter von 6,0% (Altersgruppe der 65- bis 69-Jährigen) bis zu 14,9% (über 90 Jahre) an. Im Vergleich dazu liegen die Armutsquoten der alleinstehenden Männern merklich niedriger. Sie schwanken zwischen 2,2% und 6,7%. Die Armutsquoten der in (Ehe-)Partnerschaft lebenden älteren Menschen liegen in der Größenordnung der älteren alleinstehenden Männer.

Auch oberhalb der Armutsgrenze im **armutsnahen Bereich** lassen sich deutliche geschlechtsspezifische Differenzen feststellen. So haben nach Angaben des Mikrozensus 1995 mehr als die Hälfte der alleinstehenden älteren Frauen über 65 Jahren (52,7%) ein Haushalts-Nettoeinkommen unterhalb von DM 1.800. Bei den alleinstehenden Männern sind es dagegen nur halb so viele (24,6%), die auf ein Nettoeinkommen unterhalb von DM 1.800 angewiesen sind.

Obwohl der Anteil der Frauen mit **eigenen Rentenansprüchen** zunimmt, finden sich auch viele dieser Frauen im höheren Alter in Armut. Das klassische Bild der Altersarmut, das sich im wesentlichen auf Frauen mit einer zu geringen Witwenrente als Armutsursache stützte, ist mittlerweile so zu erweitern, daß auch ältere Frauen mit eigenen, aber geringen Erwerbsrenten kein ausreichendes Einkommen zum Lebensunterhalt haben. So gaben mehr als die Hälfte der älteren alleinstehenden Frauen (55,2%), die unterhalb der Armutsgrenze leben, an, daß sie auch eine persönliche Rente bezögen⁴⁴.

⁴⁴ 63,3% aller alleinstehenden Frauen im Rentenalter erhalten eine eigene Rente.

Oftmals wird die unzureichende Rente mit **Sozialhilfe** aufgestockt. Ein großer Teil der Frauen scheut jedoch den Gang zum Sozialamt. Die verdeckte Armut ist insbesondere bei älteren alleinstehenden Frauen nach wie vor von Bedeutung.

Sozialhilfe

Die Statistik wies für 1997 immerhin noch etwa 50.000 Personen im Alter von 65 oder mehr Jahren aus, die auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen waren. Davon waren drei Viertel Frauen.

Die Sozialhilfedichte der Älteren lag bei 1,5%. Geschlechtsspezifische Unterschiede traten dabei deutlich hervor. Das Risiko, von Sozialhilfe abhängig zu werden, war für Frauen doppelt so hoch wie für Männer.

Bei knapp drei Viertel der älteren Sozialhilfebeziehenden handelte es sich um Alleinstehende. Lediglich ein Viertel (27%) lebte in einer Ehe oder einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Das „Single-Dasein“ war nicht nur bei den Hochbetagten, sondern bereits bei den unter 70-Jährigen die beherrschende Lebensform. Dies mag ein Indiz dafür sein, daß mit dem Verlust des Partners durch Trennung, Scheidung oder Tod der Lebensunterhalt häufig nicht mehr gesichert ist. Beides, der Verlust des Partners wie auch knappe finanzielle Ressourcen, führen nicht selten in die soziale Isolation.

Hervorzuheben ist an dieser Stelle nochmals das hohe Armutsrisiko der Ausländerinnen und Ausländer: Zwar ist die Gruppe der auf Sozialhilfe angewiesenen älteren Ausländerinnen und Ausländer absolut noch nicht groß, ihre Sozialhilfequote ist mittlerweile jedoch rund sechsmal so hoch wie die der Deutschen.

4.3.2 Armutspotentiale von Familien mit Kindern

Nachdem bis in die 70er Jahre Armut vor allem als Altersarmut problematisiert worden war, wurde in den 80er Jahren unter dem Begriff „**Neue Armut**“ ein erweiterter Armutsbegriff diskutiert. Hintergrund war die **anhaltende Massenarbeitslosigkeit**, wodurch immer größere Teile der Erwerbsbevölkerung aus dem Arbeitsmarkt verdrängt wurden. Als Folge der zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit bei gleichzeitigen Kürzungen staatlicher Sozialleistungen stieg in den 90er Jahre die Sozialhilfebedürftigkeit in der Bevölkerung stark an. Dabei sind es häufig Familien, die infolge unzureichender oder auslaufender Einkünfte aus AFG-Leistungen, ihren Lebensunterhalt mit Sozialhilfe bestreiten müssen (vgl. Vollmer / Langenhoff 1996).

Immer mehr **Familien mit Kindern und Jugendlichen sind heute arm und auf Sozialhilfe angewiesen**. Seit 1980 sind die Sozialhilfeempfängerzahlen gerade der jüngsten Bevölkerungsgruppen dramatisch angestiegen (vgl. Strohmeier / Kersting 1998). Kinder und Jugendliche tragen heute unter allen Altersgruppen **das höchste Armutsrisiko**. Insgesamt 22,4% und damit mehr als jede fünfte Person unter 15 Jahren wächst in einem Haushalt mit

einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze in Nordrhein-Westfalen auf. Diese Quote ist doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Die Hälfte der gesamten Armutspopulation in NRW ist unter 25 Jahre alt. Das hohe Armutsrisiko und die hohe Anzahl der jungen Menschen in Armut (ca. 995.000 Personen) erfordern eine ausführliche Analyse der Risikostrukturen: Es stellt sich die Frage, welche **unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Lagen von Familien**, in denen die Kinder und Jugendlichen leben, sich hinter den Zahlen verbergen.

Nach Angaben des Mikrozensus lebten 1995 insgesamt 3,385 Millionen Personen unter 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen. Davon waren ca. 6.000 Kinder und Jugendliche in Heimen (0,2%) untergebracht. Die „übrigen“ ca. 3,379 Millionen Kinder und Jugendlichen verteilten sich auf rund 2,289 Millionen Privathaushalte. Vier Fünftel der Privathaushalte mit Kindern unter 18 Jahren (80,1%) zählen zur klassischen **Zwei-Generationen-Familie**⁴⁵. Haushalte von **Alleinerziehenden** und **nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern** haben einen Anteil von 13,7% an allen Privathaushalten mit Kindern. Schließlich wohnen 6,2% der Kinder unter 18 Jahren in Haushalten, in denen neben der Familie auch noch weitere Personen (z.B. die Großeltern) leben.

Tabelle 4.4a:

Familien nach Anzahl der Kinder unter 18 Jahren und Haushalte ohne Kinder in NRW 1995							
- Bevölkerung in Privathaushalten außerhalb von Einrichtungen -							
Zahl der Kinder unter 18 Jahren	Familien mit Kindern			Haushalte ohne Kinder			Gesamt
	Ehepaare mit Kindern*	Alleinerziehende und nicht ehel. Lebensgem.*	Sonstige HH mit Kindern*	Alleinstehende	Ehepaare ohne Kinder	Nicht-ehel. Lebensgem.	
	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.
0	609.990	228.004	175.255	2.723.617	1.979.126	364.035	6.080.027
1	792.025	188.355	76.355				1.056.735
2	660.389	77.150	31.348				768.887
3	190.263	19.705	6.908				216.876
4	40.775	2.869	3.475				47.119
5	13.738	1.146	784				15.668
6+	6.344	1.243	416				8.003
Gesamt	2.313.524	518.472	294.541	2.723.617	1.979.126	364.035	8.193.315

Quelle: Mikrozensus 1995 und eigene Berechnungen
Ruhr-Universität Bochum – ZEFIR

* Kinder insgesamt (auch über 18 Jahre).

⁴⁵ Ehepaare mit Kindern ohne weitere verwandte und nichtverwandte Personen

Tabelle 4.4b:

Bevölkerung nach Haushalts- und Familientypen in NRW 1995							
- Bevölkerung in Privathaushalten außerhalb von Einrichtungen -							
Zahl der Kinder unter 18 Jahren	Familien mit Kindern			Haushalte ohne Kinder			Gesamt
	Ehepaare mit Kindern*	Allein-erziehende und nicht-ehel. Lebensgem.*	Sonstig HH mit Kindern*	Allein-stehende	Ehepaare ohne Kinder	Nicht-ehel. Lebensgem.	
	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.
0	2.005.966	495.616	229.026	2.723.617	3.958.252	726.833	10.139.310
1	2.599.243	404.615	83.843				3.087.701
2	2.702.661	230.611	34.888				2.968.160
3	966.364	75.026	8.738				1.050.128
4	250.806	13.849	4.090				268.745
5	97.926	5.724	1.039				104.689
6+	53.990	6.133	416				60.539
Gesamt	8.676.956	1.231.574	362.040	2.723.617	3.958.252	726.833	17.679.272

Quelle: Mikrozensus 1995 und eigene Berechnungen
Ruhr-Universität Bochum – ZEFIR

* Kinder insgesamt (auch über 18 Jahre).

Nach Angaben des Mikrozensus waren 1995 unter allen Haushaltstypen die Ein-Personen-Haushalten mit 2,724 Millionen Einheiten am stärksten vertreten. Der Bevölkerungsanteil der sogenannten Alleinstehenden beträgt 15,4%. Mit einem Anteil von 22,4% sind Ehepaare ohne Kinder (3,958 Millionen Personen) deutlich stärker in der Bevölkerung vertreten. Die meisten Personen wohnen in Haushalten mit Kindern: 362 Tausend Personen leben in Mehrgenerationenhaushalten mit Kindern, 1,323 Millionen Personen in Alleinerziehenden-Haushalten und 8,677 Millionen Menschen in Haushalten von Ehepaaren mit Kindern (ohne weitere verwandte oder nichtverwandte Personen). Damit lebt der größte Teil der Bevölkerung (49,1%) in einer „klassischen Zwei-Eltern-Familie“. Insgesamt zählte der Mikrozensus nach obiger Definition 2,314 Millionen „klassischen Zwei-Eltern-Familie“ in Nordrhein-Westfalen. Im folgenden gehen wir deshalb besonders auf das Armutsrisiko der Familien ein. Es soll der Frage nachgegangen werden, wie sich das Armutsrisiko in den verschiedenen Phasen des **Familienzyklus** darstellt.

Die Familienforschung unterscheidet den Entwicklungsprozeß von Familien anhand des Modells des „Familienzyklus“. „Junge“ Familien mit (wenigen) kleinen Kindern haben ein anderes Armutsrisiko als „ältere“, „stabilisierte“ Familien mit älteren und mehr Kindern oder „alte Ehepaare“, deren Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben. Je nach Phase stellt sich die Ausgaben-, aber auch die Einkommenssituationen in den Familien sehr unterschiedlich dar. **Junge Familien** stehen beispielsweise durch die Geburt des Kindes – nicht nur vor größeren persönlichen Umstellungen, sondern auch vor starken ökonomischen Veränderungen. So fällt oftmals mit der Geburt des ersten (und weiterer) Kinder

mittel- bis langfristig ein Einkommen teilweise bis ganz aus. Auf der anderen Seite erhöhen sich mit den Familienzuwächsen die Haushaltsausgaben merklich.

Zur Analyse des Armutsrisikos wird das **Familienphasenmodell** der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg verwendet. Zu Beginn der neunziger Jahre hat die Familienwissenschaftliche Forschungsstelle das 6-Phasen-Modell der WHO weiterentwickelt (vgl. Stutzer u.a. 1992). Der Mikrozensus wird in diesem weiterentwickelten Modell als Basisdatensatz genutzt.

Das Familienphasenmodell ist wie folgt definiert (Eggen 1998)⁴⁶:

Tabelle 4.5:

Definition der Familienphasen nach Eggen				
		Ehepaare mit Kindern		Ehepaare o. Kinder
Familienphasen	Ehedauer	Alter des jüngsten Kindes	Alter des ältesten Kindes	Alter der Ehefrau
Gründungsphase	< 3 Jahre	-	< 3 Jahre	< 35 Jahre
Aufbauphase	3 – 9 Jahre	-	< 10 Jahre	< 40 Jahre
Stabilisierungsphase	10–17 Jahre	-	3-17 Jahre	< 50 Jahre
Konsolidierte Phase	18-27 Jahre	6+ Jahre		< 55 Jahre
Umorientierungsphase	28+ Jahre	15+ Jahre		< 65 Jahre
Ältere Ehepaare				65+ Jahre

Das Modell unterscheidet sechs Familienphasen. Für die praktische Zuordnung der Familien und Ehepaare im Mikrozensus zu diesen Phasen wurden insgesamt vier Indikatoren gewählt. Hauptindikator sowohl für Ehepaare mit als auch ohne Kinder im Haushalt ist die Dauer der Ehe. Für Ehepaare mit Kindern wird zur weiteren Abgrenzung das Alter des jüngsten bzw. das Alters des ältesten Kindes herangezogen. Für Ehepaare ohne Kinder wurde das Alter der Ehefrau als zweites Abgrenzungskriterium gewählt.

⁴⁶ Eine Operationalisierung für Alleinerziehen-Haushalte erweist sich mit dem Mikrozensus als problematisch. Die Analysen beschränken sich deshalb auf Ehepaare mit und ohne Kinder. In Abschnitt 4.3.3 gehen wir jedoch in ausführlichen Analysen auf die ökonomische und soziale Lage von Alleinerziehenden-Haushalten ein.

Tabelle 4.5.1:

Sozio-demographische Merkmale nach Familienphasen in NRW 1995					
	Ehepaare mit Kindern			Ehepaare ohne Kinder	
	Anzahl der Kinder im HH	Durchschnittsalter der Ehefrau	Durchschnittsalter des Ehemannes	Durchschnittsalter der Ehefrau	Durchschnittsalter des Ehemannes
Gründungsphase	1,04	26,7	29,6	26,6	29,9
Aufbauphase	1,59	30,0	32,9	30,1	33,1
Stabilisierungsphase	2,06	36,1	38,9	38,6	42,6
Konsolidierte Phase	1,84	44,4	47,7	45,9	49,1
Umorientierungsphase	1,28	56,4	59,2	57,0	59,8
Ältere Ehepaare		-----		71,0	72,7

Quelle: Mikrozensus 1995 (ZUMA-Mikrofile) und eigene Berechnungen ZEFIR

Eine Auswertung über das Durchschnittsalter zeigt, daß mit Ausnahme der älteren Ehepaare über alle Gruppen hinweg die Altersdifferenz zwischen Ehefrauen und Ehemännern bei ca. 3 Jahren liegt. Die Altersdifferenzen zwischen Ehepaaren mit und ohne Kinder sind mit Ausnahme der Stabilisierungsphase relativ gering. Das Modell bietet somit eine gute Grundlage zum Vergleich von gleichen Altersgruppen, die sich durch das Merkmal „Kinder im Haushalt“ unterscheiden.

Die durchschnittliche Kinderzahl steigt bei Ehepaaren mit Kindern von der Gründungsphase bis zur Stabilisierungsphase von 1,04 auf 2,06 Personen und sinkt bis zur Umorientierungsphase auf 1,28 Kinder im Haushalt ab. Diese Entwicklungen schlagen sich auch in den Armutsquoten nieder.

Tabelle 4.6:

Armutsquoten nach Familienphasen in NRW 1995							
	Ehepaare mit Kindern				Ehepaare ohne Kinder		
	Familien insges.	Personen insges.	Davon arm	Quote	Personen insges.	Davon arm	Quote
Gründungsphase	49.183	149.300	17.953	12,0%	186.220	5.594	3,0%
Aufbauphase	377.212	1.357.611	179.866	13,2%	222.480	3.574	1,6%
Stabilisierungsphase	443.101	1.799.195	314.490	17,5%	124.768	1.288	1,0%
Konsolidierte Phase	480.652	1.840.864	194.633	10,6%	236.306	3.672	1,6%
Umorientierungsphase	292.502	951.756	43.836	4,6%	1.255.140	29.662	2,4%
Ältere Ehepaare					1.024.830	25.924	2,5%
Gesamt	1.642.650	6.098.726	750.778	12,3%	3.049.744	69.714	2,3%

Quelle: Mikrozensus 1995 und eigene Berechnungen
Ruhr-Universität Bochum – ZEFIR

Die Armutsrisiken kinderloser Ehepaare fallen sehr niedrig aus. In keiner Familienphase liegt die Armutsquote über 3%. Den niedrigsten Wert finden wir mit 1% in der Stabilisie-

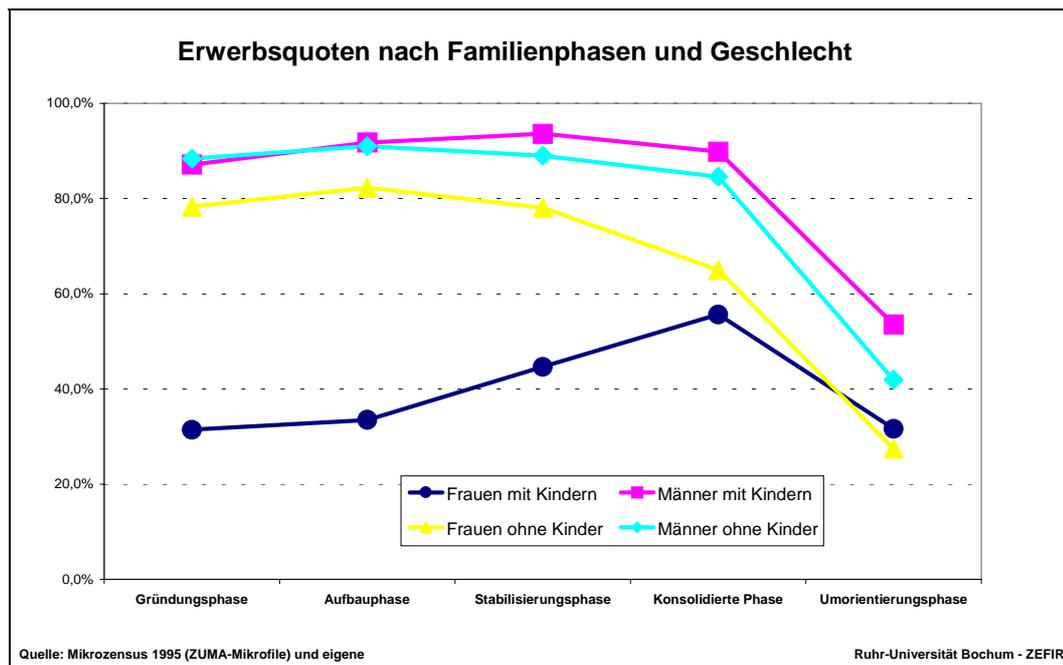
rungsphase, in der auch der Anteil der Doppelverdiener bei Ehepaaren ohne Kinder am höchsten ist. Die Armutsquoten der Ehepaare mit Kindern liegen mit Werten zwischen 4,8% (Umorientierungsphase) und 17,5% (Stabilisierungsphase) deutlich höher. Das Armutsrisiko ist bis zu 17 mal so hoch (Stabilisierungsphase).

Kinder machen arm. Ehepaare mit Kindern unterliegen über alle Familienphasen hinweg einem wesentlich höheren Armutsrisiko als kinderlose Paare. Die Armutsquoten der Familien sind aber nicht in der Gründungsphase, sondern in der **Stabilisierungsphase** am höchsten. Diese Entwicklung unterscheidet sich von der der Ehepaare ohne Kinder, die in der Stabilisierungsphase das niedrigste Armutsrisiko haben.

Längsschnittuntersuchungen des Wandels der Lebenslagen junger Familien in NRW (vgl. Buhr / Strack/ Strohmeier 1987) haben ergeben, daß erhebliche Einkommenseinbrüche bereits nach der Geburt des ersten Kindes durch den Wegfall des Erwerbseinkommens der Mütter festzustellen sind. Unsere aktuellen Analysen des Mikrozensus zeigen demgegenüber die höchsten Armutsquoten bei „älteren“ Familien in der Stabilisierungsphase. Wie ist dieses zu erklären? Welchen Einfluß hat die Erwerbsbeteiligung der Eltern und hier besonders die der Mütter auf das Armutsrisiko der Familien? Und in welchem Zusammenhang stehen die Armutsrisiken der Familien zu der Anzahl und dem Alter der Kinder im Haushalt?

In der Gründungs- und Aufbauphase sind 60% der Frauen mit Kindern „Nichterwerbspersonen“, also Hausfrauen. Bei den Ehemännern liegen die entsprechenden Anteile lediglich bei 2% bis 4%. Mit dem Alter der Kinder sinkt die Zahl der Hausfrauen und erreicht in der konsolidierten Phase mit einem Wert von 40,3% einen Tiefstand. In dieser Phase ist also die Erwerbsbeteiligung der Frauen mit Kindern am höchsten. In der Umorientierungsphase steigt mit dem Alter der Frauen und den schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt die „Hausfrauenquote“ wieder auf zwei Drittel.

Abbildung 4.16:



Familienphasenabhängige Unterschiede in den Erwerbsquoten (Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen) zwischen der Gründungs- und konsolidierten Phase gibt es nur bei den Frauen. Frauen mit Kindern weisen die niedrigsten Erwerbsquoten auf. Ehefrauen ohne Kinder im Haushalt haben demgegenüber deutlich höhere Erwerbsquoten⁴⁷. Die Erwerbsquoten der Frauen ohne Kinder bleiben aber durchgehend unterhalb der der Männern

Die hohe Armutsquote der Ehepaare mit Kindern in der Stabilisierungsphase ist nur auf den ersten Blick erstaunlich. Im Vergleich zur Gründungs- und Aufbauphase ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen mit Kindern hier ja merklich höher. Der entscheidende Faktor ist die Zahl der Kinder im Haushalt, die andererseits in der Stabilisierungsphase einen Höchstwert erreicht. Sie steigt von 1,04 Kindern pro Familie in der Gründungsphase, über 1,59 in der Aufbauphase auf 2,06 in der Stabilisierungsphase an und sinkt danach wieder auf 1,84 in der konsolidierten und 1,28 in der Umorientierungsphase. Damit ist in der Stabilisierungsphase die durchschnitt Zahl der Kinder in den Familien nahezu doppelt so hoch wie in der Gründungsphase. **Mögliche Einkommensverbesserungen durch gesteigerte Erwerbsbeteiligung beider Eltern in der Stabilisierungsphase werden durch die größere Kinderzahl faktisch aufgebraucht.**

Die Armut der sogenannten „vollständigen“ Familien ist einerseits Ergebnis eines unzureichenden Familienlastenausgleichs, andererseits Ausdruck einer besonders für Frauen nach

⁴⁷ Bemerkenswert ist, daß sich die Erwerbsquoten der Ehepaare mit und ohne Kinder in Nordrhein-Westfalen kaum von anderen Bundesländern bzw. von Westdeutschland unterscheiden (vgl. Eggen 1998, Sozialministerium Baden-Württemberg 1998, Dathe 1998). Auch die Indizes Durchschnittsalter, Anzahl der Kinder und Erwerbsquote sind nahezu identisch. Ein Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland (vgl. Dathe 1998) zeigt jedoch signifikante Unterschiede auf.

wie vor schwierigen Vereinbarkeit von Familien- und Berufstätigkeit⁴⁸. Besonders häufig sind jene Familien von Armut betroffen, die dem immer noch vorherrschenden Leitbild der sogenannten „Normalfamilie“ entsprechen: Ein voll erwerbstätiger Vater, eine Hausfrau-Mutter und zwei oder mehr Kinder.

Ein unzulänglicher Familienlastenausgleich und die (infolge faktisch fehlender institutioneller Kleinkindbetreuung in NRW) nicht gegebene Vereinbarkeit von Familien und Beruf sind auch Bestimmungsgründe der Einkommensarmut der Familien alleinerziehender Mütter, die gegenüber den zuletzt betrachteten „Normalfamilien“ an Zahl erheblich zugenommen haben.

4.3.3 Armutspotentiale der Alleinerziehenden

Der Begriff des **Alleinerziehenden-Haushaltes** ist problematisch. Nach amtlicher Definition können auch **nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern** zu dieser Haushaltsform gezählt werden Selbst dann, wenn der Lebenspartner im Haushalt der leibliche Vater der Kinder ist, handelt es sich nach amtlicher Definition um einen Alleinerziehenden-Haushalt. Der Mikrozensus, der als eine der Hauptdatenquellen zur Erfassung der Haushalts- und Familienformen gilt (vgl. Gruber 1998), konnte bis zum Jahr 1995 nicht trennscharf zwischen Alleinerziehenden-Haushalten und Eineltern-Haushalten unterscheiden. Dieses wurde mehrfach übersehen⁴⁹.

Mit der Verabschiedung des Mikrozensusgesetzes im Jahre 1996 wurde auch eine gesonderte Frage aufgenommen, die Eineltern-Haushalte von nichtehelichen Lebensgemeinschaften unterscheidet. Laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes waren bundesweit rund 500 Tausend der 3,3 Millionen Alleinerziehenden-Haushalte (15%) faktisch **nichteheliche Lebensgemeinschaften** mit Kindern. Nach eigenen Schätzungen mit dem Mikrozensus lag 1995 die Quote der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern zwischen 15% und 17% in Nordrhein-Westfalen⁵⁰.

Wegen der defizitären Datengrundlage ist es schwierig, Analysen für Nordrhein-Westfalen über nichteheliche Lebensgemeinschaften durchzuführen. Wir greifen diesbezüglich auf bundesweite Auswertungen zurück (vgl. Gruber 1998). In nur 20% der 1,438 Millionen deutschen Haushalte mit nichtehelichen Lebensgemeinschaften leben auch Kinder. In Zweidrittel der Fälle sind es alleine die leiblichen **Kinder der Frau**, in 26% der Fälle die leibliche **Kinder des Mannes** und in nur 4,3% die leiblichen **Kinder beider Partner**. Die-

⁴⁸ Differenziertere Analysen des Umfangs der Erwerbstätigkeit erwerbstätiger Mütter müßten diese These unterstützen.

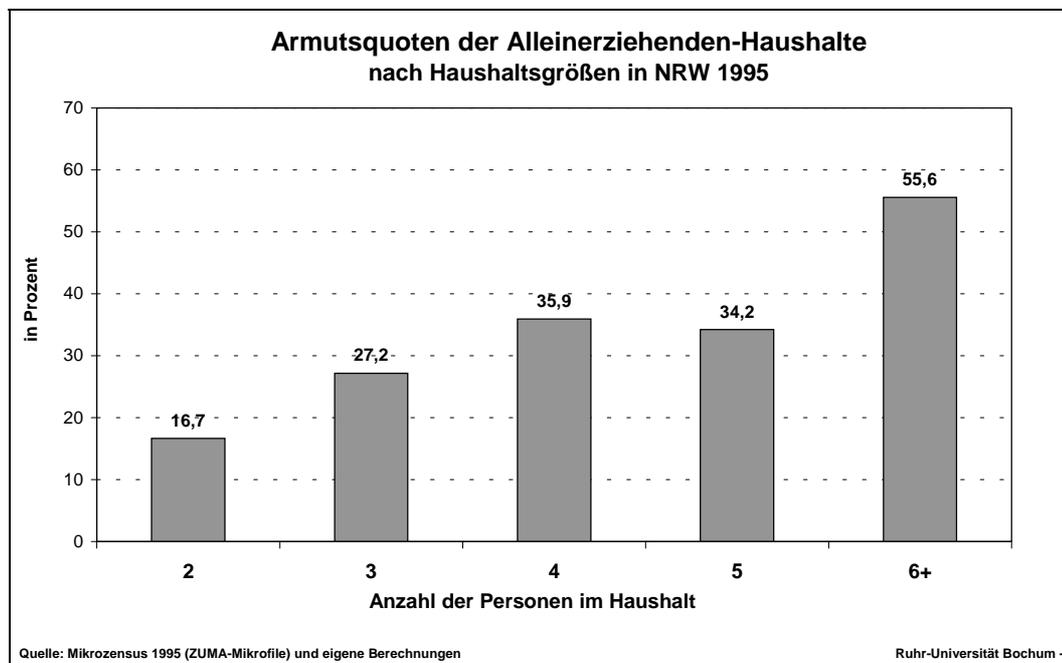
⁴⁹ Vgl. auch Landessozialbericht „Alleinerziehende – Lebenslagen und Lebensformen“ (vgl. MAGS 1993).

⁵⁰ Eine genaue Identifizierung von Alleinerziehenden-Haushalten kann nur mit den Mikrozensusen ab 1996 erfolgen. In diesem Berichtsteil, der sich auf die Mikrozensusdaten 1995 stützt, müssen wir uns auf die alte Definition von Alleinerziehenden-Haushalten beschränken, unter der auch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften fallen. Erst mit der Herausgabe des Mikrofiles 1996 im Frühjahr 1999 können diese Verzerrung behoben werden.

ser niedrige Prozentsatz impliziert, daß viele junge Paare (spätestens) mit der Geburt des ersten Kindes heiraten.

Wie aus Abbildung 4.4 zu erkennen ist, ist das Armutsrisiko von Personen in Alleinerziehenden-Haushalten (inkl. nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit Kindern) mit 24,3% außerordentlich hoch.

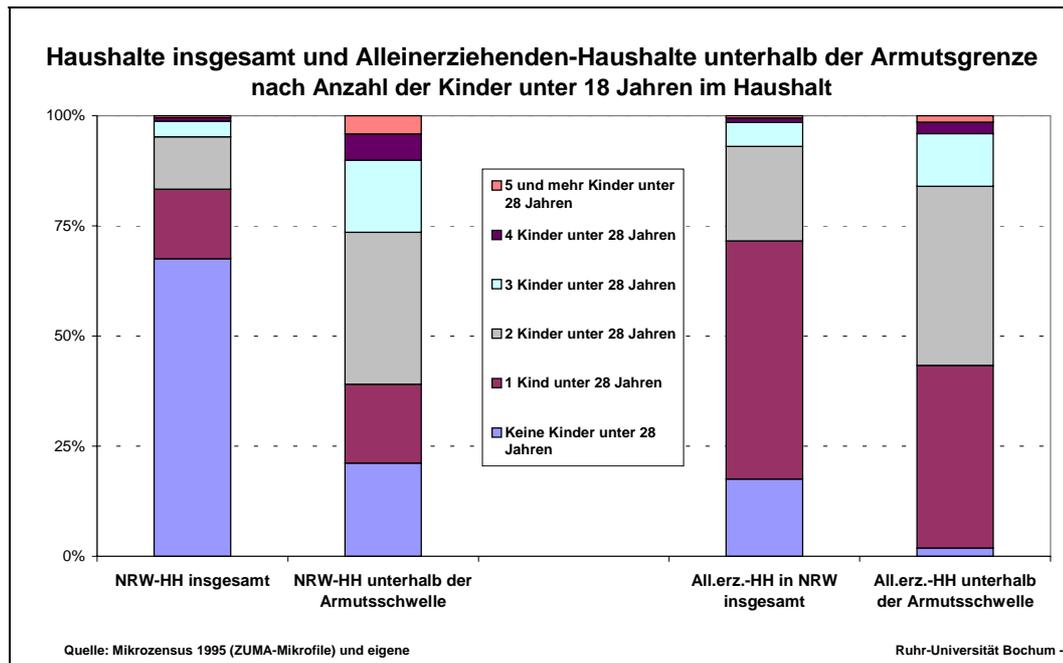
Abbildung 4.17:



Eine Differenzierung nach der Größe des Haushaltes zeigt, daß das Armutsrisiko nahezu linear ansteigt. Mit 16,7% weisen die **Zwei-Personen-Haushalte**⁵¹ das niedrigste Armutsrisiko auf. Das Armutsrisiko lag damit rund 5 Prozentpunkte über dem Gesamtdurchschnitt des Landes (11,5%). Vergleichen wir die Quote mit dem Armutsrisiko aller Zwei-Personen-Haushalte in Nordrhein-Westfalen (4,2%; vgl. Abbildung 4.4), so stellen wir fest, daß sie fast vier mal so hoch ausfällt. Die Armutsquoten für Alleinerziehenden-Haushalte (und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern) steigen bei drei bis fünf Personen-Haushalte auf über 30% an. Haushalte mit 6 und mehr Personen haben mit einer Quote von 55,6% das höchste Armutsrisiko. Hier haben mehr als die Hälfte der Haushalte ein Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsschwelle. Wie folgende Grafik verdeutlicht, sind „große“ Alleinerziehenden-Haushalte aber relativ selten in Nordrhein-Westfalen vertreten (vgl. Abbildung 4.18).

⁵¹ Es handelt sich hierbei um einen Haushalt mit einem Elternteil und einem Kind.

Abbildung 4.18:



In der Abbildung 4.18 werden die Haushaltsstrukturen⁵² der Alleinerziehenden-Haushalte und der Haushalte in Nordrhein-Westfalen insgesamt und unterhalb der Armutsgrenze gegenüber gestellt. Deutlich zeigt sich der überproportionale Anteil der großen Haushalte unterhalb der Armutsgrenze: Große Haushalte sind besonders von Armut bedroht.

Aber nicht nur die Anzahl der Kinder, sondern auch das Alter der Kinder spielt für das Armutsrisiko eine entscheidende Rolle. Durch **altersdifferenzierte Auswertungen**⁵³ wird eine weitere Problematik der Begrifflichkeit „alleinerziehend“ offensichtlich. Da der Mikrozensus „Alleinerziehenden-Haushalte“ unabhängig vom Alter der Kinder ausweist, werden **alle erwachsenen ‘Kinder’ im Haushalt** mitgezählt. So sind in fast der Hälfte (44,0%) der 518.000 ausgewiesenen Alleinerziehenden-Haushalte keine Kinder mehr im minderjährigen Alter zu finden.

In mehr als jedem sechsten Alleinerziehenden-Haushalt (17,5%) ist das jüngste Kinder sogar über 28 Jahre alt (vgl. Abb. 4.18). Der Terminus Allein-’Erziehend’ ist hier aufgrund des Alters der Kinder unangebracht. Ein Teil der veröffentlichten amtlichen Statistiken begegnet in gewisser Hinsicht dieser Problematik, indem sich die Auswertungen auf Haushalte mit ledigen Kindern beziehen⁵⁴. Im folgenden wollen wir die **Alleinerziehenden-Haushalte** weiter einschränken, in denen wir uns auf Haushalte mit mindestens einem **Kind unter 18 Jahre alt** konzentrieren.

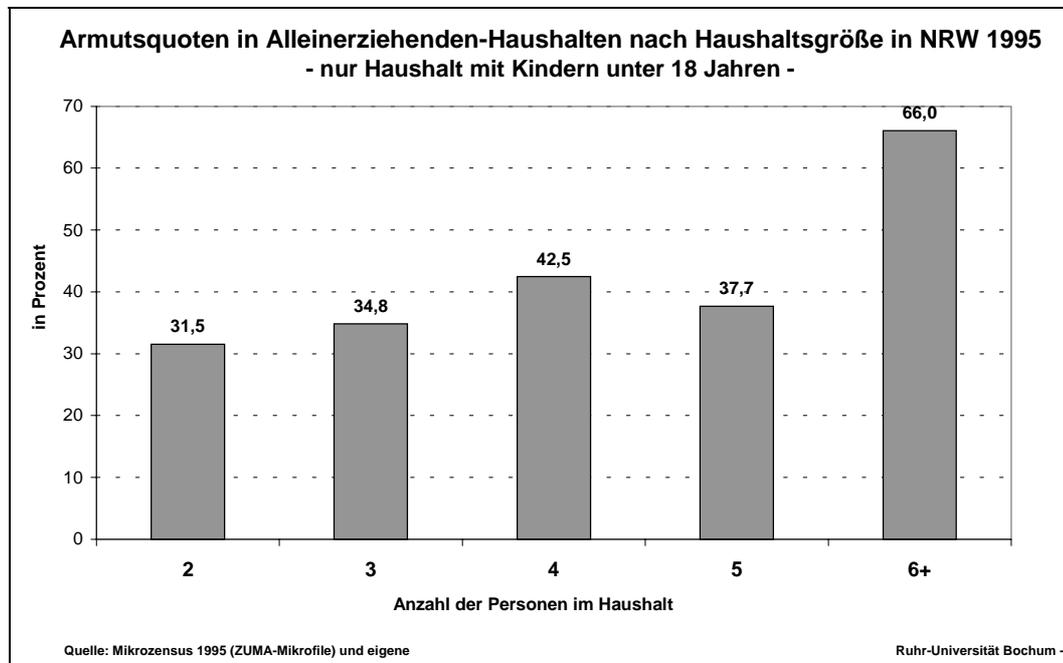
⁵² Die Haushaltsgrößen werden über die Anzahl der Kinder unter 28 Jahre im Haushalt bestimmt.

⁵³ Aus der Abbildung 4.18 ist erkennbar, daß in einem nicht geringen Teil der (Alleinerziehenden-) Haushalte die Kinder über 28 Jahre alt sind.

⁵⁴ Auch hier ist nicht auszuschließen, daß die Kinder 18 Jahre und älter sind.

Nach Angaben des Mikrozensus gab es 1995 rund 290.000 Alleinerziehenden-Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen. Hier hinter verbergen sich ca. 736 Tausend Personen, d.h. es lebten durchschnittlich 2,54 Personen in einem Haushalt. 44% der Eltern und Kinder bildeten Drei-Personen-Haushalte, während 33,2% in Zwei-Personen-Haushalten⁵⁵ lebten.

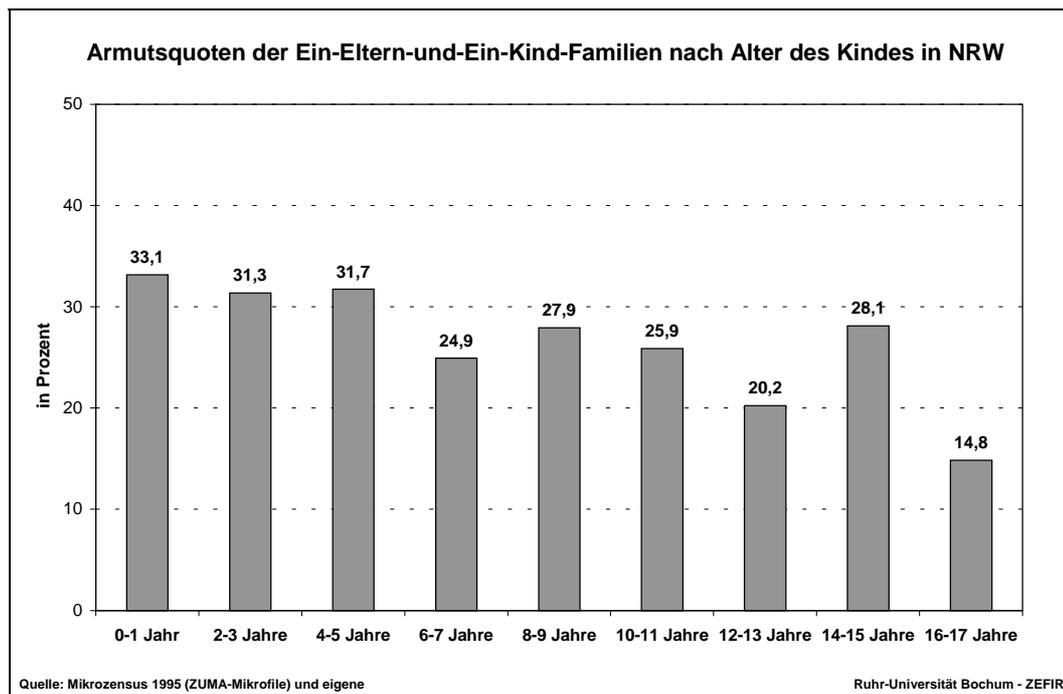
Abbildung 4.19:



Die Einschränkung auf Alleinerziehenden-Haushalte mit minderjährigen Kindern schlägt sich auch in den Armutsquoten nieder. Die Armutsrisiken sind im Vergleich zu den in Abbildung 4.17 dargestellten angestiegen. In Haushalten mit 3 bis 5 Personen fallen die Veränderungen noch am geringsten aus. In Zwei-Personen-Haushalten hat sich das Armutsrisiko mit einem Wert von 31,5% nahezu verdoppelt. Diese relativ hohe Armutsquote der kleinen Haushalte (ein Elternteil und ein Kind) verdeutlicht, daß auch hier in vielen Fällen wirtschaftliche Notlagen anzutreffen sind.

⁵⁵ Dieses entspricht genau einem Haushalt mit einem Elternteil und einem Kind unter 18 Jahren

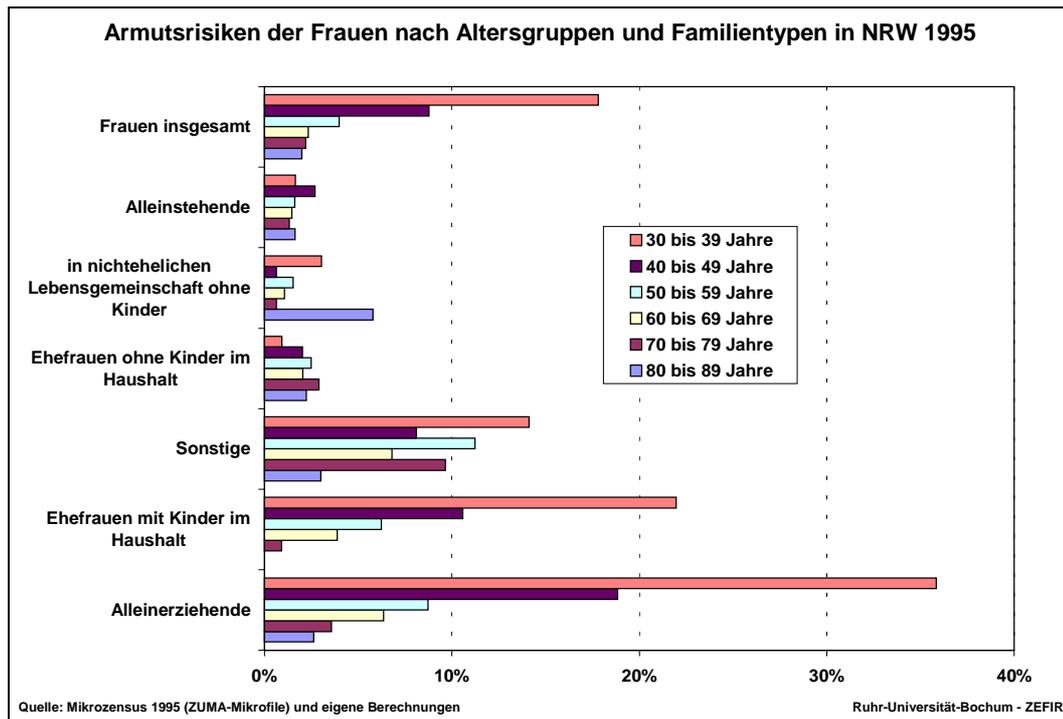
Abbildung 4.20:



Die Abbildung 4.20 zeigt in Abhängigkeit des Alters des Kindes den Verlauf der Armutsquoten. Mit zunehmendem Alter der Kinder sinken in Haushalten mit einem Elternteil und einem Kind fast durchgehend die Armutsquoten. Während im Vorschulalter fast jeder dritte Haushalt ein Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsschwelle hat, geht mit dem Grundschulalter das Armutsrisiko auf ein Viertel zurück. Größere Rückgänge sind neben dem Einschulalter (6 bis 7 Jahre) auch nach dem Übergang in die Sekundarstufe (12 bis 13 Jahre) und mit den Ausbildungsjahren (über 16 Jahre) zu erkennen. In dieser Phase sind rund ein Siebtel der Haushalte einkommensarm. Mit dem Beginn einer Ausbildung und dem zusätzlichen Verdienst können viele Haushalte offensichtlich ihre bisherige Armutssituation besser überwinden. Die zwischenzeitlichen Anstiege der Armutsquoten (8/9 Jahre und 14/15 Jahre) sind mit den altersbedingten erhöhten Bedarfsätzen für die Kinder zu erklären. Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) geht davon aus, daß die Bedarfsätze der Kinder nach Altersgruppen zu differenzieren sind (vgl. Kapitel 2).

Das Gesamtbild der Abbildung 4.20 ist von sinkenden Armutsquoten geprägt. Das Gefälle zeigt jedoch bis auf die letzte Altersgruppe keine merklichen Rückgänge der Armutsrisiken. Es wird offensichtlich, daß bis zum Erwachsenenalter der Kinder die Alleinerziehenden-Haushalte oftmals unterhalb der Armutsgrenze bleiben. Für die Alleinerziehenden, die zu über 90 Prozent Frauen sind, kann dieses eine langandauernde Phase mit ökonomischen Schwierigkeiten bedeuten. Im folgenden gehen wir der Frage nach, wie im Wechselspiel zwischen Lebensphase (Alter) und Lebenslage (Haushalts- und Familienstatus) sich die Armutsrisiken der Frauen darstellen.

Abbildung 4.21:



Die Abbildung 4.21 spiegelt das hohe Armutsrisiko **der alleinerziehenden Frauen** wider. Die Armutsquote fällt in der **Altersgruppe zwischen 30 und 39 Jahren** mit einem Wert von 35,8% am höchsten aus. Es ist verständlich, daß das besonders hohe Armutsrisiko durch eine Wechselwirkung zwischen Anzahl und Alter der Kinder bedingt ist. Wie Abbildung 4.20 aufzeigte, kann sich die Armutsphase bis zum Erwachsenenalter der Kinder hinziehen. Dadurch erklärt sich die noch relativ hohe Armutsquote von 18,9% der **alleinerziehenden Frauen im Alter von 40 bis 49 Jahren**.

Neben den alleinerziehenden Frauen **weisen in (Ehe-)Partnerschaft lebende Mütter der Altersjahrgänge zwischen 30 und 39 Jahren** die höchsten Armutsrisiken auf. Für Frauen ohne Kinder im Haushalt (Alleinstehende, Frauen mit (Ehe-)Partnern) liegen die Armutsquoten am niedrigsten. Mit den Altersjahren steigen jedoch auch hier die Risiken.

Sozialhilfe

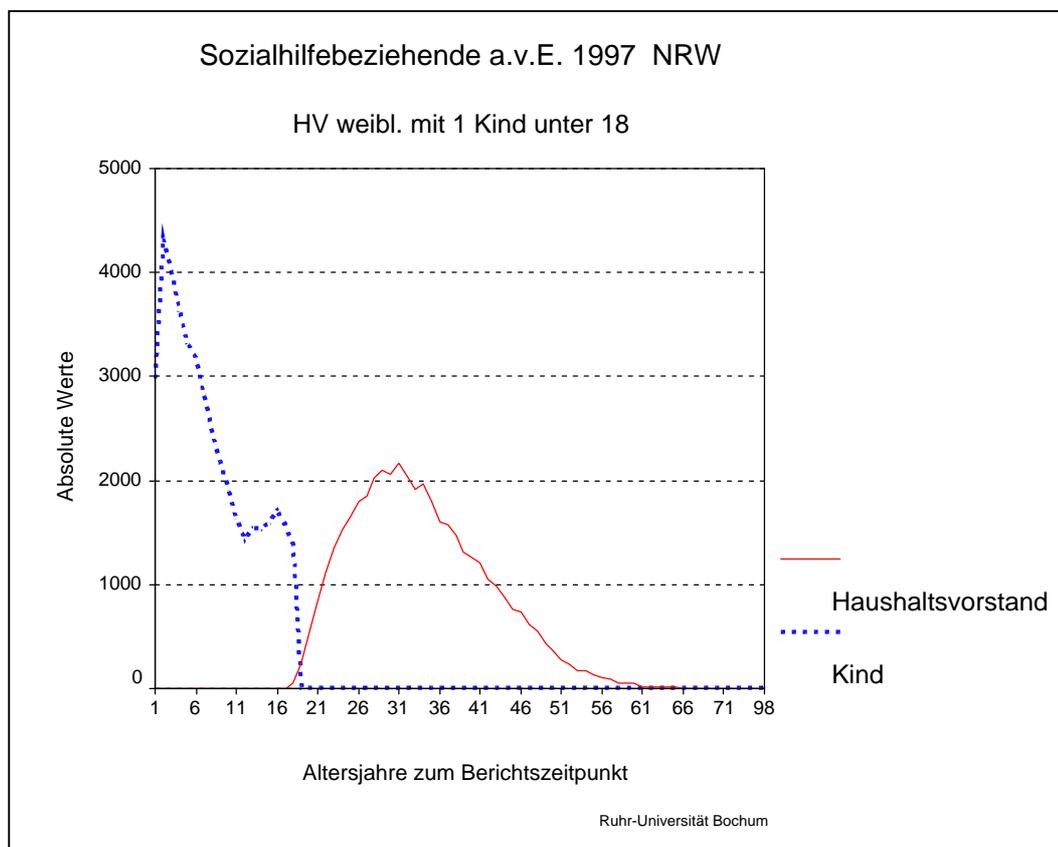
Schon an anderer Stelle war darauf verwiesen worden, daß der Bedarfsgemeinschaftstyp „alleinerziehende Frau“ die dominierende Haushaltsform in der Sozialhilfe darstellte. Mehr als ein Fünftel aller Bedarfsgemeinschaften waren diesem Typus zuzurechnen. Von den Sozialhilfebeziehenden lebten 30%, von den Minderjährigen gar die Hälfte in Haushalten Alleinerziehender.

Differenziert man nach der Zahl der Kinder, war der Haushalt der alleinerziehenden Mutter mit einem Kind der häufigste. In ihm lebte – ebenso wie bei den Alleinerziehenden mit zwei Kindern - jede sechste noch nicht volljährige und von Sozialhilfe abhängige Person.

Recht häufig waren auch Alleinerziehenden-Haushalte mit drei und mehr Kindern. Von den sozialhilfeabhängigen Minderjährigen lebte jede(r) Achte in einem solchen Haushalt.

Das Durchschnittsalter der alleinerziehenden Mütter mit einem Kind lag bei 33 Jahren, das der Alleinerziehenden mit drei und mehr Kindern bei 35 Jahren. Im letztgenannten Haushaltstyp waren lediglich 16% der Alleinerziehenden keine 30 Jahre alt. Das mitunter bestehende Vorurteil, bei den sozialhilfeabhängigen Alleinerziehenden handele es sich um besonders junge Frauen, trifft selbst für die Hilfeempfängerinnen mit einem Kind nicht zu: Lediglich knapp 17% der Mütter waren keine 25 Jahre alt. Bei den Alleinerziehenden mit 2 Kindern lag der Anteil junger Mütter bei nur 6%, bei den Alleinerziehenden mit 3 und mehr Kindern war er mit 2% verschwindend gering (vgl. Abbildung 4.22).

Abbildung 4.22:



Von den in Haushalten Alleinerziehender lebenden Minderjährigen war fast die Hälfte (44%) unter sieben Jahre alt und damit i.d.R. auf verlässliche und ständige Betreuung angewiesen.

Um so bemerkenswerter ist, daß nahezu 30% der Alleinerziehenden einer **Erwerbstätigkeit**⁵⁶ nachgehen oder eine solche suchen, folglich dem Personenkreis der Erwerbsperso-

⁵⁶ Hierzu zählen voll- und teilzeitbeschäftigte sowie arbeitslos gemeldete Frauen unabhängig davon, ob sie Leistungen nach dem AFG beziehen oder nicht.

nen zuzurechnen war. Tatsächlich erwerbstätig war allerdings lediglich rd. ein Zehntel der alleinerziehenden Frauen. Von diesen war jedoch nur eine von sechs vollzeitbeschäftigt.

Je mehr Kinder in der Bedarfsgemeinschaft lebten, um so geringer war der Anteil der Erwerbspersonen an den Alleinerziehenden. Mit steigender Kinderzahl zählte ein wachsender Anteil der Frauen 'wegen häuslicher Bindung' nicht mehr zur Gruppe der Erwerbstätigen oder arbeitslos Gemeldeten: Die Alleinerziehenden mit einem Kind waren zu 36%, die mit drei und mehr Kindern im Haushalt zu mehr als der Hälfte (53%) 'häuslich gebunden' und damit daran gehindert, eine Arbeit aufzunehmen.

Unbefriedigend ist die hohe Quote von – z.Z. fast 30% - Fällen, bei denen 'sonstige Gründe' für die Nichterwerbstätigkeit genannt wurden. Analysiert man diese Fälle gesondert im Hinblick auf die dahinter stehende 'besondere soziale Situation', so läßt sich aus den Daten für etwa jeweils ein Zehntel 'Trennung/Scheidung' bzw. der 'Tod eines Familienmitglieds' errechnen. Hierbei handelt es sich aber wahrscheinlich um Mindestwerte, da von einer starken Untererfassung ausgegangen werden muß.

4.3.4 Armutspotentiale der kinderreichen Familien

Aus den bisherigen Ergebnissen wurde ersichtlich, daß mit der **Kinderzahl** das Armutsrisiko überproportional steigt. Dieses gilt sowohl für Ein- als auch für Zwei-Elternfamilien. Die folgenden Analysen sollen die bisherigen Ergebnisse zur Armut von Familien ergänzen. Das Augenmerk wird speziell auf die „kinderreichen“ Familien gerichtet. Oftmals werden fälschlicher Weise große Haushalte mit kinderreichen Familien gleichgesetzt. Wir bezeichnen im folgenden Haushalte als kinderreich, wenn drei Kindern oder mehr Kinder unter 18 Jahren im Haushalt leben.

Nach Angaben des Mikrozensus zählte Nordrhein-Westfalen 1995 ca. 288 Tausend Haushalten mit **mindestens drei Kindern unter 18 Jahren**. Insgesamt rund 1,484 Millionen Menschen und damit ein Zwölftel der Bevölkerung lebten 1995 in kinderreichen Familien. Diese Bevölkerungsgruppe unterlag einem sehr hohen Armutsrisiko.

Tabelle 4.7:

Armutsquoten nach Familien- und Haushaltstypen in NRW 1997 (Personen in Privathaushalten)							
Zahl der Kinder unter 18 Jahren	Mit Kindern			Ohne Kinder			Gesamt
	Ehepaare*	Alleiner- ziehende*	Sonstige*	Alleinste- hende	Ehepaare	Nichtehel. Lebens- gem.	
0	3,5	5,7	7,3	10,4	2,3	4,9	5,2
1	8,0	26,1	14,8				10,5
2	13,7	44,3	26,0				16,2
3	33,4	59,5	28,4				35,2
4	58,7	(60,8)	(58,8)				58,8
5	79,8	(71,2)	(100,0)				79,6
6+	82,8	(76,8)	(71,6)				82,1
Insgesamt	14,3	24,2	12,3	9,0	2,0	4,2	11,8

Quelle: Mikrozensus 1995 und eigene Berechnungen
Ruhr-Universität Bochum – ZEFIR

* Kinder insgesamt (auch über 18 Jahre)

() kleine Fallzahlen

Bei Ehepaaren mit Kindern steigt mit dem **dritten Kind** das Armutsrisiko erheblich. Jede dritte Familie (33,4%) lebt hier von einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. Bei Ehepaaren mit einem Kind unter 18 Jahren liegt die Armutsquote lediglich bei 6,9%. In Familien mit zwei Kindern unter 18 Jahren verdoppelt sich das Armutsrisiko nahezu. Mit einem Wert von 13,7% liegt die Quote geringfügig über dem Gesamtdurchschnitt. Das dritte Kind läßt das Armutsrisiko exponentiell ansteigen. Denn neben den höheren Haushaltsausgaben fällt i.d.R. das zweite Erwerbseinkommen (zumeist das der Frau) aus. Nur wenige Frauen mit drei minderjährigen Kindern im Haushalt gehen einer Erwerbsarbeit nach (vgl. MAGS 1994).

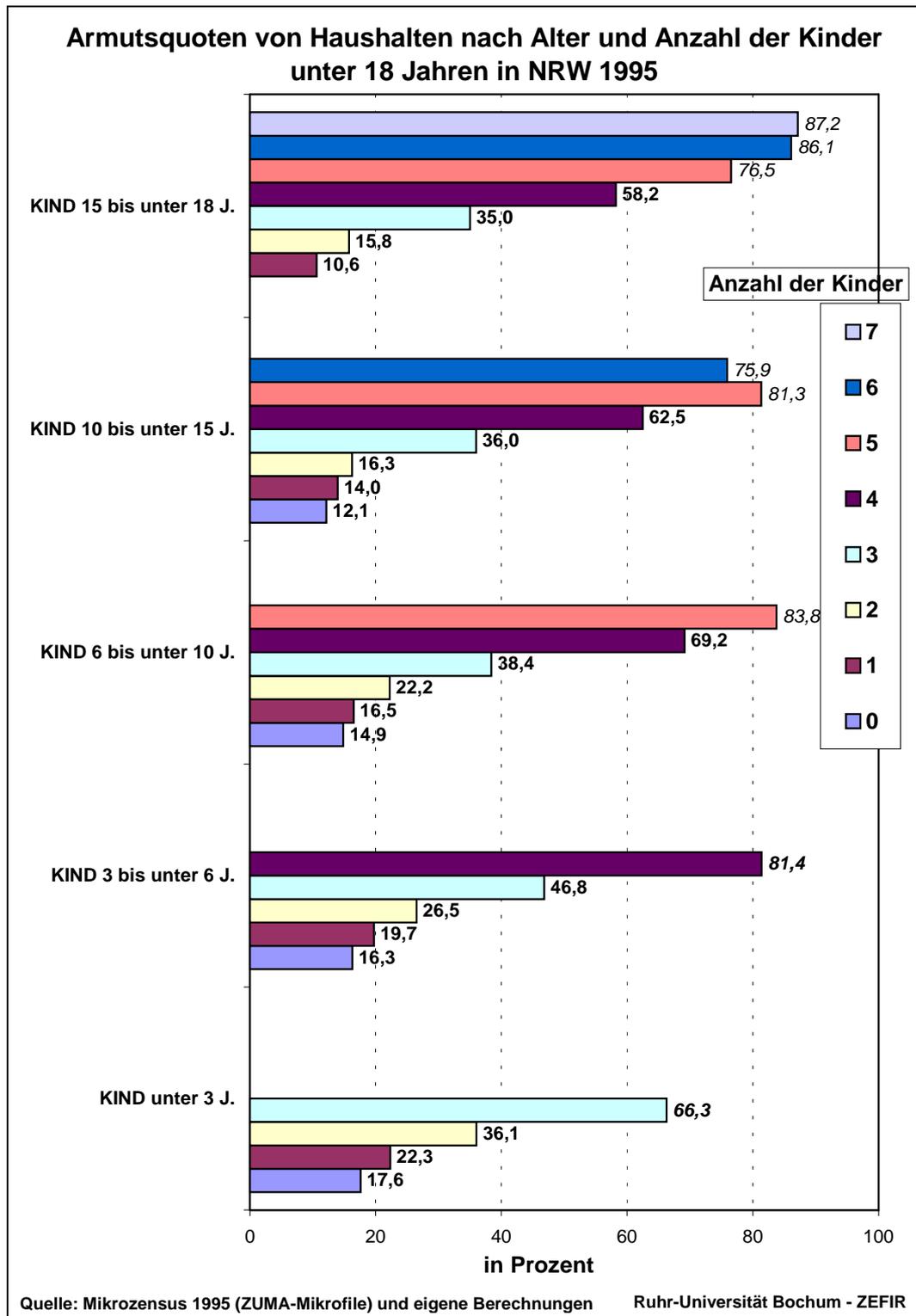
Bei **vier und mehr minderjährigen Kinder im Haushalt** fallen die Armutsquoten noch dramatischer aus. Hier befindet sich mehr als die Hälfte unterhalb der Armutsgrenze. Es gibt nur noch wenige Haushalte, die sich finanziell derart viele Kindern leisten könnten. Der ökonomischen Benachteiligung der Großfamilien steht oftmals der **soziale Vorteile**, die sich in Form von „Familienverbänden“ ergeben können, gegenüber. Die prekäre materielle Mangellage kann dadurch gemildert werden.

Aus der Tabelle 4.7 wird erkenntlich, daß die Armutsrisiken zwischen Ehepaaren mit Kindern und „sonstigen Haushalten mit Kindern“ nahezu parallel verlaufen. Bei „sonstigen Haushalten mit Kindern“ handelt es sich mehrheitlich um Haushalte, in denen die Großmutter und/oder der Großvater mitwohnen. Das Armutsrisiko bleibt im Vergleich zur Zwei-Generationen-Haushalten offensichtlich unbeeinflußt.

Für Alleinerziehenden-Haushalte ergibt sich eine eigene Risikostruktur. Schon Allein Alleinerziehenden-Haushalte mit einem Kind unter 18 Jahren haben eine Armutsquote von 26,1% (vgl. auch Abb. 4.20). Die Quote ist damit 26,1% etwa dreieinhalb mal so hoch wie bei Zwei-Eltern-Familien mit einem Kind. Bei zwei Kindern unter 18 Jahren steigt das Armutsrisiko der Alleinerziehenden-Haushalte auf 44,3% an. Kinderreiche Alleinerziehenden-Haushalte haben mehrheitlich ein Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze.

Für kinderreichen Familien stellt sich nun die Frage, inwiefern das Armutsrisiko vom Alter der Kinder abhängig ist.

Abbildung 4.23:



Eine **Differenzierung nach dem Alter der Kinder** zeigt, daß bei gleicher Kinderzahl die Familien mit jungen Kindern das höchste Armutsrisiko tragen. Bei drei Kinder verdoppeln sich nahezu die Armutsanteile von 35,0% bei Familien mit älteren Kindern auf 66,3% bei jungen Familien.

Die einzelnen Altersklassen zeigen ähnliche Muster auf: Mit der **Anzahl der Kinder** steigen die Quoten in gleichen Relationen an: Der relativ stärkste Anstieg der Armutsquoten ergibt sich in jeder Altersklasse mit dem dritten Kind. Obwohl das Alter der Kinder einen merklichen Einfluß auf die Armutsquote hat, ist die Kinderzahl für das Armutsrisiko entscheidender. So liegen fast durchgehend die Armutsrisiken von Familien mit drei Kindern über denen mit zwei Kindern, d.h., daß auch ältere Familien mit drei Kindern ökonomisch schlechter gestellt sind. Dieser Sachverhalt gilt auch für Familien mit drei und vier Kindern. Schließlich treten bei Familien mit fünf und mehr Kindern derart hohe Armutsquoten⁵⁷ auf, daß eine weitere Differenzierung nach dem Alter der Kinder nicht mehr sinnvoll erscheint.

Sozialhilfe

Auf der Basis der Sozialhilfestatistik läßt sich das Thema des 'Kinderreichtums' über das Konzept der 'Bedarfsgemeinschaft' erschließen.⁵⁸ Als kinderreich sollen Ehepaare und Alleinerziehende mit 3 und mehr Kindern gelten.

Knapp 24.000 solcher Bedarfsgemeinschaften erfaßte die Statistik am Jahresende 1997 für NRW. Demnach waren 7% aller Bedarfsgemeinschaften und fast 20% derer mit Kindern als kinderreich zu bezeichnen. In diesen Haushalten lebten 18% aller Sozialhilfebeziehenden, annähernd 123.000 Personen.

Bei mehr als der Hälfte der kinderreichen Bedarfsgemeinschaften handelte es sich um Ehepaare mit Kindern (56%); in 42% der Fälle standen alleinerziehende Frauen den Haushalten vor; alleinerziehende Männer waren selten (400 Fälle).

Meist waren in kinderreichen Bedarfsgemeinschaften drei Kinder anzutreffen. Bei den Ehepaaren trifft dies in 58% und bei den alleinerziehenden Frauen in 74% der Fälle zu. Sehr hohe Kinderzahlen von 6 und mehr waren bei 8% der kinderreichen Ehepaare, aber nur bei 2% den kinderreichen Alleinerziehenden zu verzeichnen.

Das Durchschnittsalter der kinderreichen Haushaltsvorstände betrug bei den alleinerziehenden Frauen 35 Jahre und bei den Ehepaaren 39 Jahre.

Sozialhilferisiken und Haushaltsformen

Durch die Kombination der Informationen über die Haushalts- bzw. Bedarfsgemeinschaftsformen in der Sozialhilfestatistik und im Mikrozensus wurde versucht, **Risikoabschätzung**

⁵⁷ In der altersdifferenzierten Auswertung sollten die Quoten aufgrund der z.T. geringen Fallzahlen jedoch lediglich als Anhaltspunkte gesehen werden.

⁵⁸ Der Begriff der 'Familie' kann, wird er im Zusammenhang mit der Sozialhilfe gebraucht, zu Mißverständnissen führen. Wie schon an anderer Stelle dargestellt, geht die Sozialhilfestatistik von Bedarfsgemeinschaften, nicht von 'Familien' aus. Auch der Begriff des Haushalts findet nur mittelbar Verwendung. Bedarfsgemeinschaften können mit Familien oder Haushalten identisch sein, müssen dies aber nicht. Es können durchaus mehr Kinder, auch mehr leibliche Kinder, im Haushalt leben, als in der Bedarfsgemein-

gen (Modellrechnungen) für unterschiedliche Typen von Sozialhilfehaushalten mit Kindern vorzunehmen.⁵⁹

Die Ergebnisse dieser Modellrechnungen lassen klar erkennen, daß es vor allem Haushalte von Alleinerziehenden, d. h. Alleinerziehende und ihre Kinder, sind, die in extrem hohem Maße auf Sozialhilfe angewiesen sind: Die Gefahr, den Lebensunterhalt nur mit der Unterstützung von Sozialhilfeleistungen bestreiten zu müssen, liegt bei Ehepaaren mit Kindern im Bereich von 3 Prozent und ist bei Alleinerziehenden mehr als zehnmal (!) so hoch. Nach unseren Berechnungen sind ca. 4 von 10 Alleinerziehenden-Haushalten auf die finanzielle Unterstützung des Sozialamtes angewiesen. Dabei gilt, daß das Risiko um so höher wird, je mehr Kinder im Haushalt leben. Bei drei und mehr Kindern liegt die Wahrscheinlichkeit, Sozialhilfe zu benötigen, bei 60%. Dabei sind die in verdeckter Armut lebenden Alleinerziehenden-Haushalte in dieser Quote nicht berücksichtigt.

4.3.5 Armutspotentiale in der ausländischen Bevölkerung

Die **ausländische Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland** trägt ein außerordentliches hohes Armutsrisiko. Jeder dritte ausländische Einwohner hat ein Äquivalenzeinkommen unterhalb der 50%-Armutsgrenze (vgl. Statistisches Bundesamt 1997). In Nordrhein-Westfalen lebten 1995 ca. 687 Tausend der insgesamt 1,913 Millionen Ausländer Migranten (35,8%) unterhalb der Armutsgrenze. Das Armutsrisiko ist gegenüber der deutschen Bevölkerung rund dreimal so hoch.

Primäre Ursache für die hohe Betroffenheit ist eine **geringere Integration** der Ausländer in den hiesigen **Arbeitsmarkt** mit merklich höheren Arbeitslosenquoten und deutlich **niedrigeren Erwerbseinkünften**. Überdurchschnittlich viele Ausländer arbeiten in Berufen mit geringer Qualifikation und schlechter Bezahlung. Hierzu zählen vor allem Arbeitsplätze mit un- und angelernten Tätigkeiten im produzierenden Gewerbe und Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, wie sie beispielsweise im Reinigungsgewerbe zu finden sind (vgl. MAGS 1994, MAGS 1998c).

Nicht nur die Armutsquoten, auch der Anteil der **Erwerbslosen**⁶⁰ an den Erwerbspersonen ist im Vergleich zur deutschen Bevölkerung ungefähr dreimal so hoch. Während bei den

schaft erfaßt sind. Unsere Auswertungen zeigen, daß bei etwa 10% der kinderreichen Bedarfsgemeinschaften die Zahl der Haushaltsmitglieder die der Personen in der Bedarfsgemeinschaft übersteigt.

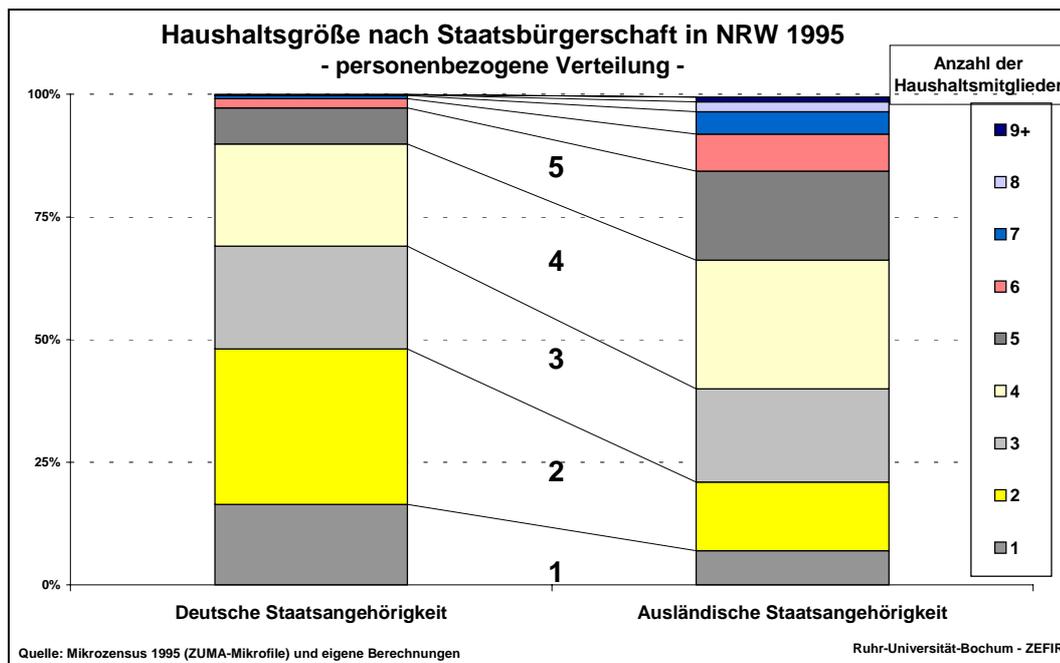
⁵⁹ Mit dem Begriff der 'Risikoabschätzung' soll deutlich werden, daß die hier gemachten Angaben nicht zu vernachlässigenden statistischen und methodischen Unsicherheiten - insbesondere auf Seiten der Sozialhilfestatistik- unterliegen. Das Problem unterschiedlicher Haushaltskonzepte im Mikrozensus und in der Sozialhilfestatistik, das auch in anderen Untersuchungen auftrat (vgl. Eggen 1998), haben wir umgangen, indem wir nur Sozialhilfehaushalte berücksichtigten, in denen die Zahl der Personen in der Bedarfsgemeinschaft der Zahl der Personen im Haushalt entsprach und wo ferner die Kinder in den Bedarfsgemeinschaften noch nicht volljährig waren. Die uns zugänglichen Datenquellen ermöglichten eine solche Selektion.

Ein weiteres Problem ergab sich durch die unterschiedlichen Bezugszeitpunkte (Sozialhilfestatistik: Jahresende 1997; Mikrozensus: April 1995). Da jedoch nicht der Anspruch der Ermittlung exakter Quoten bestand, sondern lediglich die Darstellung unterschiedlicher Ausmaße von Risiken beabsichtigt war, halten wir die eingegangenen Kompromisse in diesem Zusammenhang für vertretbar.

deutschen Frauen und Männern diese Anteile bei 9,1% bzw. 7,6% liegen, betragen die entsprechenden Werte bei den ausländischen Frauen 20,8% und bei den Männern 22,2%.

Die Anteile der **Nichterwerbspersonen** unterscheiden sich zwischen deutschen und ausländischen Männern unterscheiden sich kaum. Jedoch liegt die Quote mit 58% bei den **ausländischen Frauen** außerordentlich hoch und übersteigt jene der weiblichen deutschen Bevölkerung um 12 Prozentpunkte.

Abbildung 4.24:

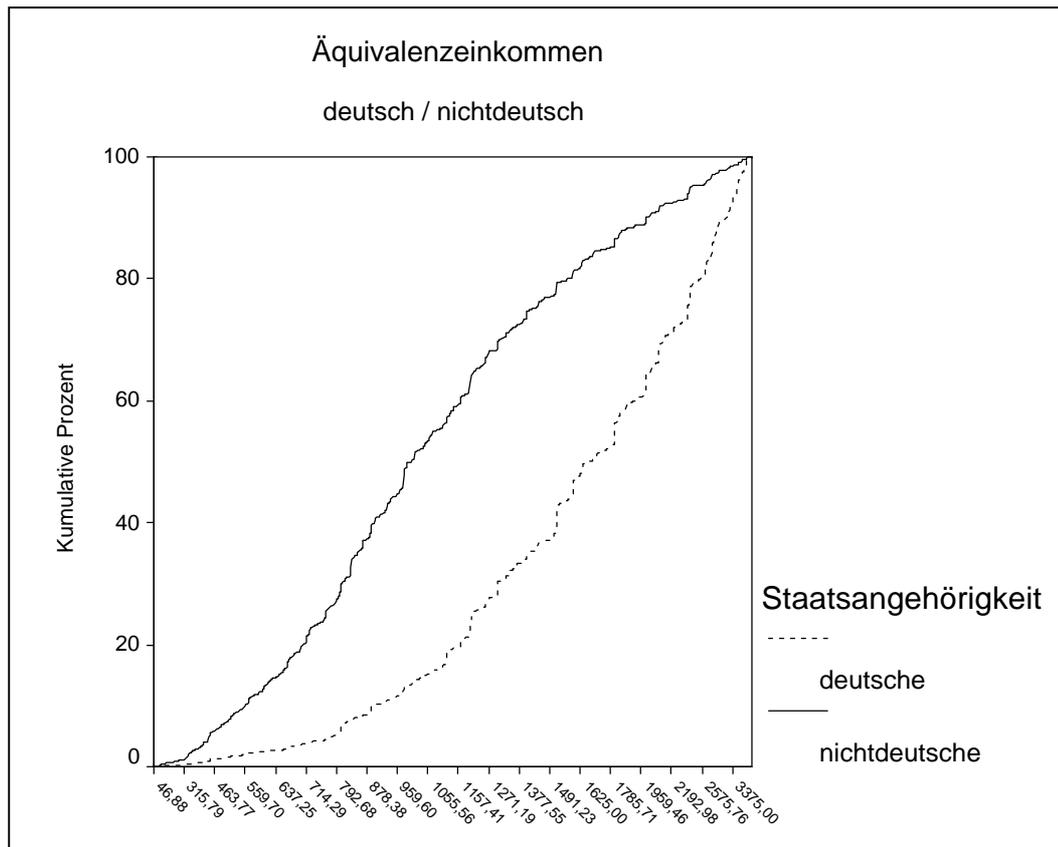


Neben den niedrigeren Erwerbsquoten in der ausländischen Bevölkerung gibt es auch sozial-strukturelle Unterschiede. So leben insgesamt deutlich mehr Ausländer in **großen Haushalten**. Während fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung (48,1%) in Ein- oder Zwei-Personen-Haushalten leben, liegt der entsprechende Anteil in der ausländischen Bevölkerung lediglich bei 20,9%. Durchschnittlich leben in deutschen Haushalten 2,2 Personen und in ausländischen 3,1 Personen. Dies wirkt sich mittelbar auch auf die Äquivalenzeinkommen aus⁶¹, die in der ausländischen Bevölkerung wesentlich niedriger ausfallen als bei den Deutschen.

⁶⁰ Die Zahl der Erwerbslosen, die durch den Mikrozensus ermittelt wird, ist nicht mehr der Zahl der Arbeitslosen gleich zu setzen.

⁶¹ Die durchschnittlichen Äquivalenzgewichte liegen bei 2,51 Punkten für ausländische und bei 1,87 Punkten für deutsche Haushalte (zur Äquivalenzgewichtung vgl. Kapitel 2)

Abbildung 4.25:

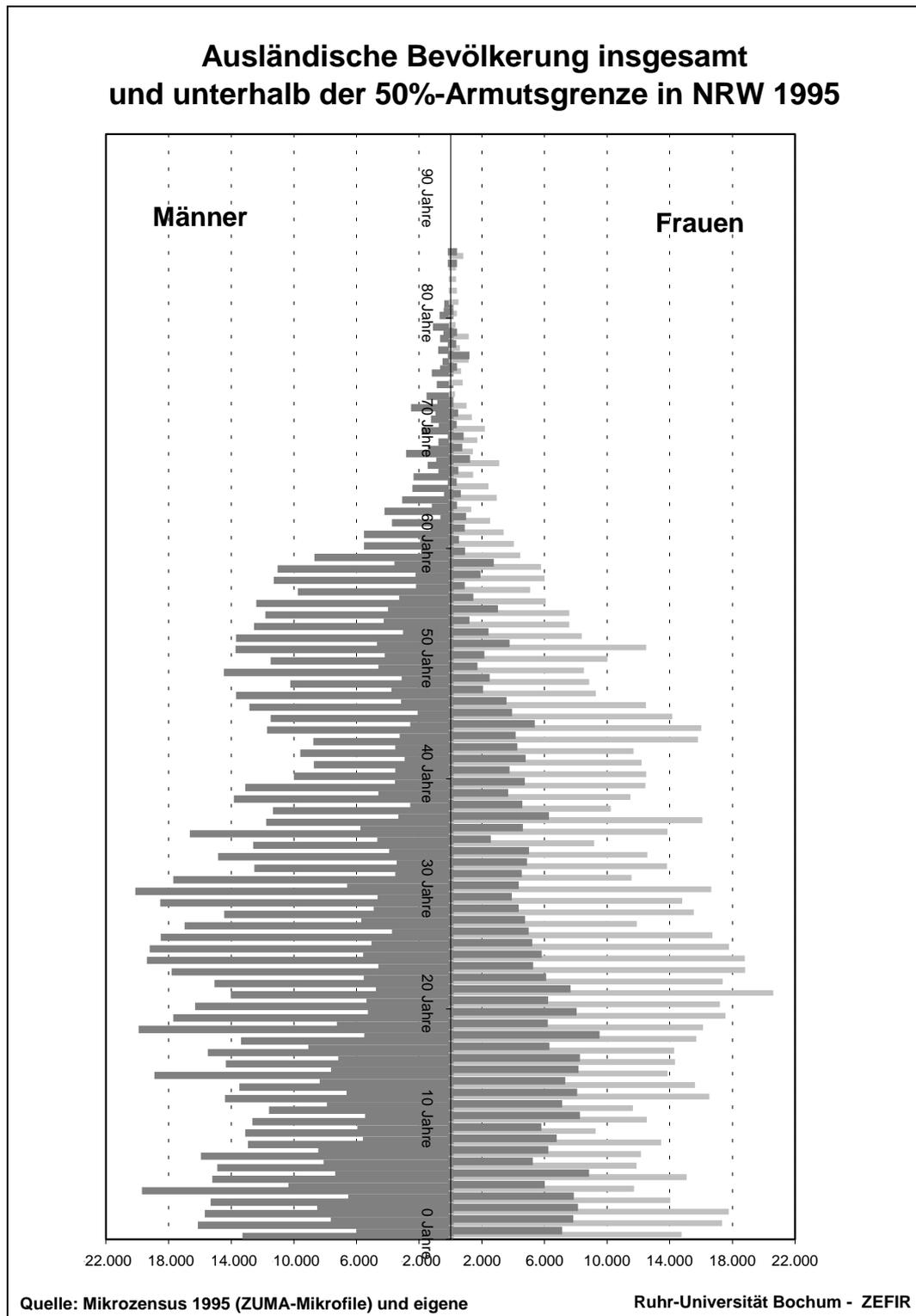


Quelle: Mikrozensus 1995 und eigene Berechnungen
Ruhr-Universität Bochum – ZEFIR

Es wäre aber ein Trugschluß, das höhere Armutsrisiko der Ausländer allein über die Haushaltsgrößen zu erklären. Denn auch **ausländischen Haushalten oberhalb der Armuts-grenze** sind mit durchschnittlich 2,7 Personen relativ groß. So finden wir auch oberhalb der Armutsgrenze viele große ausländische Haushalte. Ein Vergleich zu **deutschen Haushalten unterhalb der Armutsgrenze**, in denen durchschnittlich nur 2,3 Personen leben, zeigt, daß arme Haushalte nicht mit großen Haushalten gleich zu setzen ist.

Wie in der Gesamtbevölkerung sind es auch bei den Ausländern die **Frauen**, die stärker von Armut betroffen sind (37,4% zu 35,5%). Differenziert nach Altersjahren, zeigen sich ähnliche Armutsrisikostrukturen zwischen Geschlecht und Alter wie in der Gesamtbevölkerung. Allerdings liegen die Armutsquoten in der ausländischen Bevölkerung auf wesentlich höherem Niveau.

Abbildung 4.26:



Die höchsten Armutsquoten sind auch in der ausländischen Bevölkerung in den jüngsten Altersjahrgängen zu finden. Fast jedes zweite ausländische Kind im Vorschulalter (unter 7 Jahren) wächst in einem Haushalt mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze auf (49,3%). Bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres reduziert sich das Armutsrisiko der ausländischen Kinder nur geringfügig auf 47,3%. Im Brennpunkt der ökonomischen, aber auch sozialen Not- und Mangellagen der ausländischen Bevölkerung ste-

hen die Kinder und Jugendlichen. Im Vergleich zu den deutschen Kindern steht ihnen deutlich weniger Geld für Ernährung, Kleidung, Wohnen, aber auch für die Freizeitgestaltung zur Verfügung. Dieses gilt auch für ausländische Kinder, die in Deutschland geboren sind.

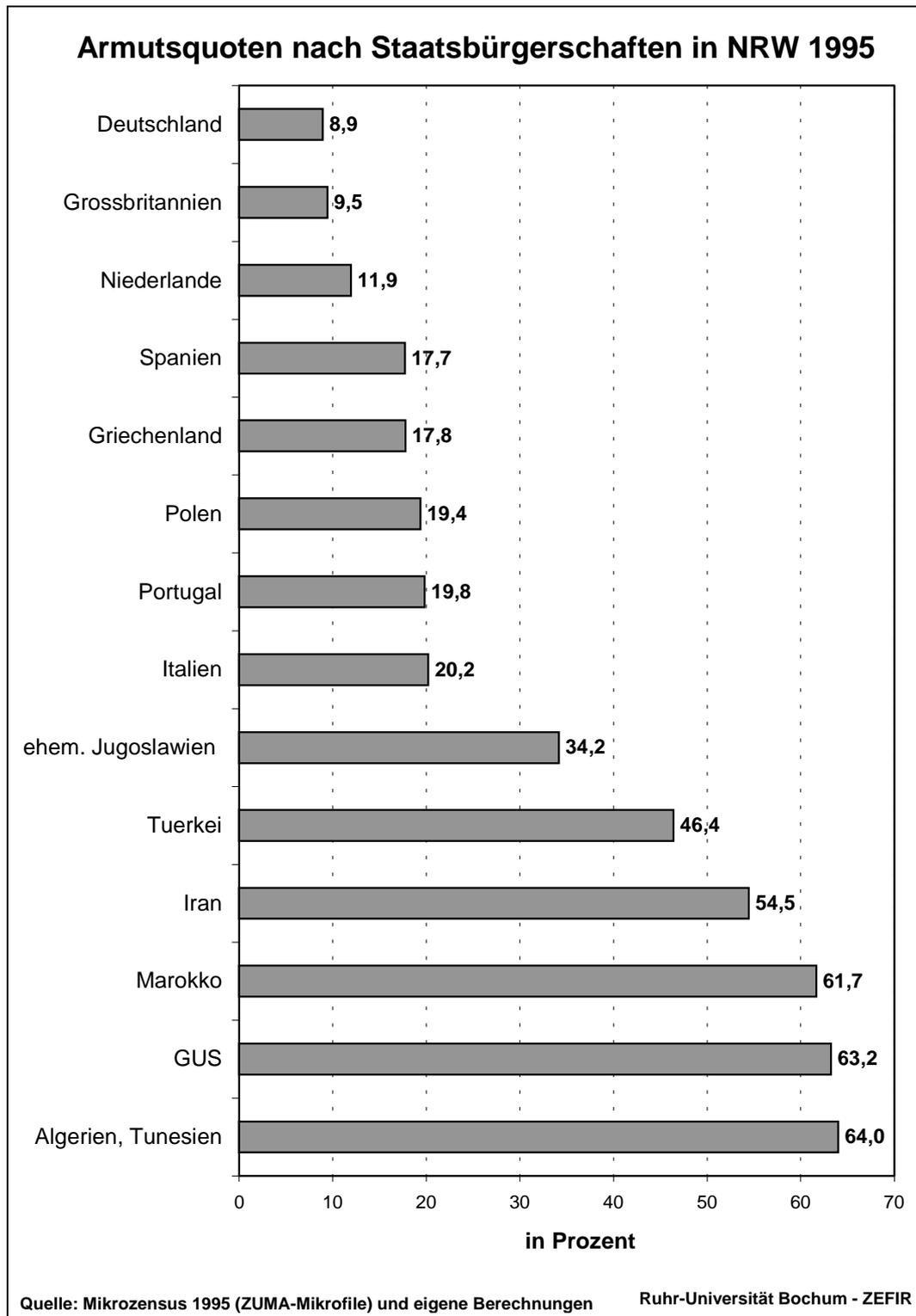
Eine Untersuchung der Zuzugsjahre zeigt, daß insgesamt ein Drittel der Ausländer und Ausländerinnen vor und ein weiteres Drittel nach 1980 immigrierte. Allein 20% der ausländischen Bevölkerung sind zwischen 1989 und 1995 nach Deutschland gekommen, während 1995 lediglich 5% länger als 30 Jahre hier lebten. Das verbleibende Drittel der ausländischen Bevölkerung ist bereits in Deutschland geboren. Bei den ausländischen Kindern im Vorschulalter liegt der Anteil erwartungsgemäß hoch bei 77,1%. In der Gruppe der Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren ist immerhin noch mehr als die Hälfte (58,2%) in der Bundesrepublik geboren.

Das Zuzugsjahr steht nur in einem mittelbaren Zusammenhang mit dem Armutsrisiko. Mit längerer Aufenthaltsdauer fallen zwar generell die Armutsquoten niedriger aus. Aber selbst für die ausländische Bevölkerung, die 20, 30 oder gar 40 Jahre hier lebt, gehen die Armutsrisiken nur geringfügig zurück. Sie liegen im Vergleich zur gleichaltrigen deutschen Bevölkerung immer noch um 20 bis 30 Prozentpunkte höher.

Der Begriff 'Ausländer' bezeichnet keine homogene Gruppe, sondern faßt mehr als 180 verschiedene Staatsbürgerschaften zusammen, von denen viele im Mikrozensus erfaßt sind⁶². Eine Gegenüberstellung der Armutsquoten nach Nationalitäten zeigt deutliche Unterschiede in den Armutsrisiken auf (vgl. Abbildung 4.27).

⁶² Aus Datenschutzgründen werden die Staatsbürgerschaften teilweise zusammengefaßt.

Abbildung 4.27:



Die deutsche Bevölkerung trägt mit 8,9% das niedrigste Armutsrisiko. Selbst westeuropäische Bevölkerungsgruppen, die oftmals aus beruflichen Gründen nach Deutschland gekommen sind, haben höhere Armutsrisiken⁶³. So liegt die Armutsquote bei den Briten um 0,6 und bei den Niederländern um 2 Prozentpunkte über der deutschen Bevölkerung.

Mit Werten zwischen 17% und 21% weisen Migranten aus den traditionellen Gastarbeiterländern der Europäischen Gemeinschaft im Vergleich zur deutschen Bevölkerung ungefähr doppelt so hohe Armutsquoten auf.

Das ehemalige Jugoslawien zählte zu den traditionellen Gastarbeiterländern Südeuropas. Nach Ausbruch des Bürgerkrieges Anfang der 90er Jahre sind zu den eingewanderten Gastarbeitern auch viele Flüchtlinge hinzu gekommen. Entsprechend hoch liegt die Quote der Haushalte und Familien, die ein Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenzen haben (34,2%). Noch höhere Quoten hat die türkischen Bevölkerung. Hier lebt fast jeder Zweite (46,4%) unterhalb der Armutsgrenze. Das Zusammenspiel von geringerer Integration im Arbeitsmarkt, niedrigen Haushaltseinkommen und oftmals großen Haushalten erhält hier einen besonderen Effekt. Mit durchschnittlich 4,4 Personen sind die türkischen Haushalte relativ groß. Dieser Wert wird nur noch von den marokkanischen Haushalten übertroffen (5,2 Personen pro Haushalt), die mit 61,7% besonders hohe Armutsrisiken aufweisen. Diese Quote wird von Personen aus der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) sowie aus den nordafrikanischen Länder Algerien und Tunesien übertroffen. Hier leben rund zwei Drittel der Personen unterhalb der Armutsgrenze⁶⁴.

Sozialhilfe

Jede vierte von Sozialhilfe lebende Person in Nordrhein-Westfalen war Ende 1997 nicht-deutscher Nationalität.

An anderer Stelle wurde bereits erwähnt, daß die Sozialhilfedichte der ausländischen Bevölkerung mit 7,9% weitaus höher war als die der deutschen.

Neben den Altersstrukturen⁶⁵ unterscheiden sich aber vor allem die Lebensformen der ausländischen und deutschen Sozialhilfeempfänger:

Hilfebedürftige Ausländerinnen und Ausländer lebten sehr viel häufiger in Ehen als Deutsche. Dies gilt für alle in der Sozialhilfestatistik beschriebenen Ehe-Formen und unabhängig von der Kinderzahl.

Von den Ausländern lebten sechs von zehn Personen in Haushalten von Ehepaaren, von den Deutschen weniger als drei von zehn Personen. Bei den deutschen Hilfebeziehenden hatte hingegen der Alleinerziehenden-Haushalt eine hervorstechende Bedeutung: In Bedarfsgemeinschaften deutscher Alleinerziehender lebten mehr als ein Drittel aller Sozialhilfebeziehenden. Bei den Nichtdeutschen lag der Anteil 'nur' halb so hoch (16%).

⁶⁵ Differenzierte Angaben zu den altersspezifischen Strukturen der Personen wurden in Kapitel 4.2 gemacht.

Dies mag als Indiz dafür gewertet werden, daß unter ausländischen Familien die soziale Erosion noch nicht so weit fortgeschritten ist. Dennoch sollte die Zahl aufmerksam machen, bedeutet sie doch, daß mittlerweile auch unter ausländischen Sozialhilfebeziehenden jede sechste Person einer Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft zuzurechnen ist. Man muß in diesem Zusammenhang wohl auch davon ausgehen, daß die Integrationsprobleme ausländischer Alleinerziehender die der deutschen noch übertreffen.

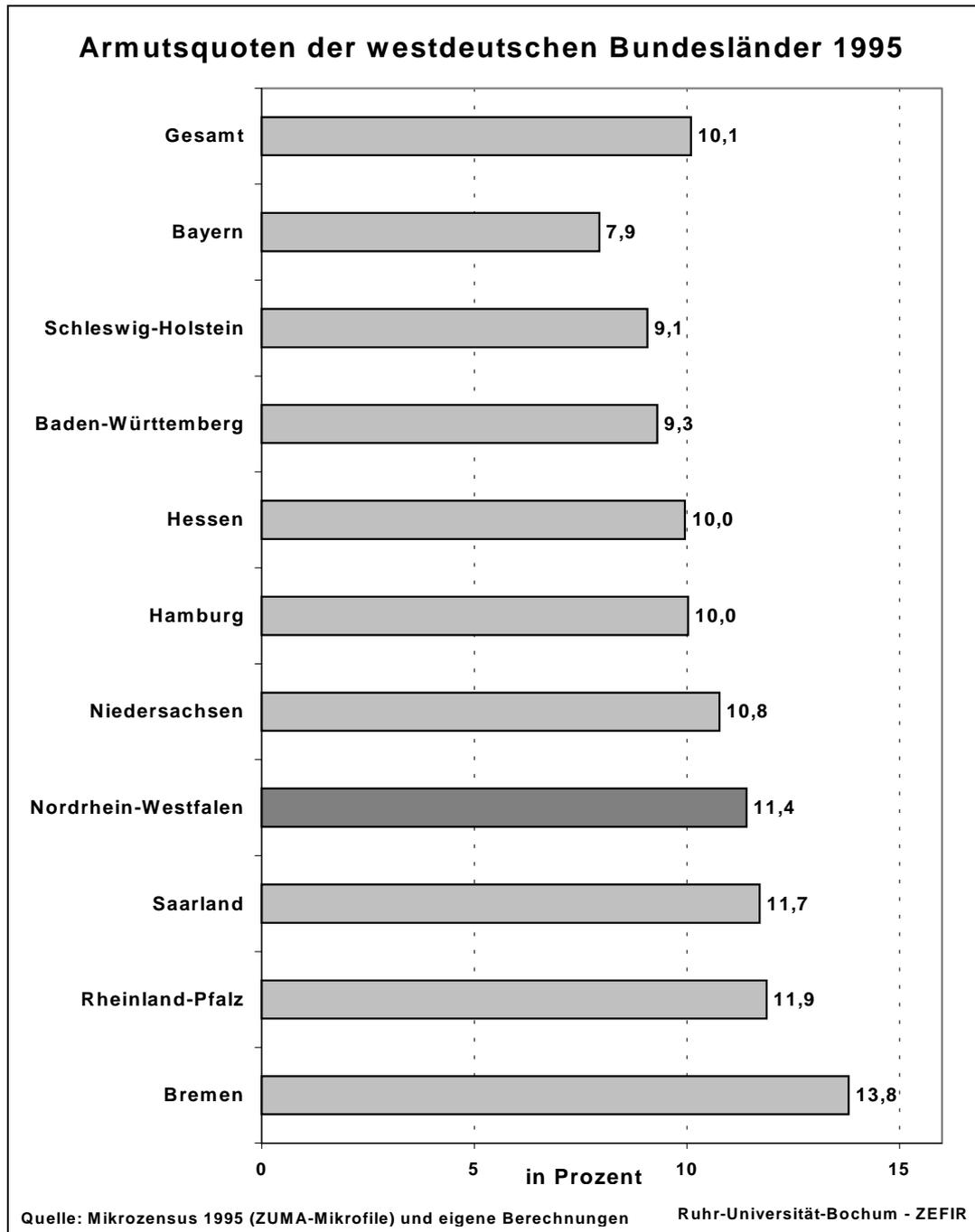
Zu bedenken ist, daß beim Vergleich der Haushaltsformen partiell Altersstruktureffekte durchschlugen, da der Anteil der älteren Ausländer an den Sozialhilfeempfängern niedriger und der der ausländischen Kinder höher war als bei den Deutschen. Ältere Menschen aber leben vornehmlich in Einzelhaushalten und Kinder in Familienverbänden.

5 Regionalanalysen zur Armut

5.1 Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich

Im folgenden gehen wir der Frage nach, inwiefern sich regionale Disparitäten feststellen lassen. Im ersten Teil der Regionalanalysen werden die Armutsquoten und Sozialhilfedichten zwischen den Bundesländern verglichen. Im zweiten Teil werden Analysen auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte für Nordrhein-Westfalen durchgeführt.

Abbildung 5.1:



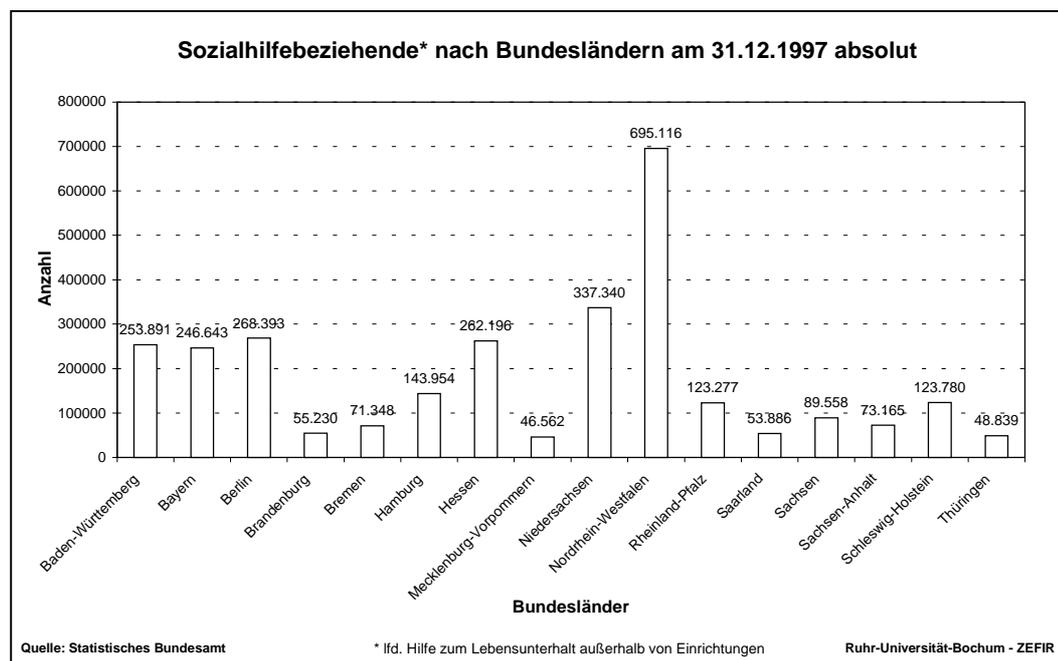
Die gesamte Armutsquote lag 1995 in **Westdeutschland**⁶⁶ bei 10,1%⁶⁷. Die Armutsquote von 11,5% für das Land **Nordrhein-Westfalen** lag damit über dem westdeutschen Gesamtdurchschnitt. Die süddeutschen Flächenstaaten Bayern und Baden-Württemberg sowie das nördlichste Bundesland Schleswig-Holstein wiesen mit Armutsquoten unter 10% die niedrigsten Werte auf. Die höchsten Quoten fanden sich im Stadtstaat Bremen sowie in den beiden südwestlichen Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland.

Sozialhilfe

Von den insgesamt knapp 2,9 Millionen Personen, die Ende 1997 im Bundesgebiet auf 'laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen' angewiesen waren, lebten fast 700.000 Personen, mithin nahezu ein Viertel, in Nordrhein-Westfalen.

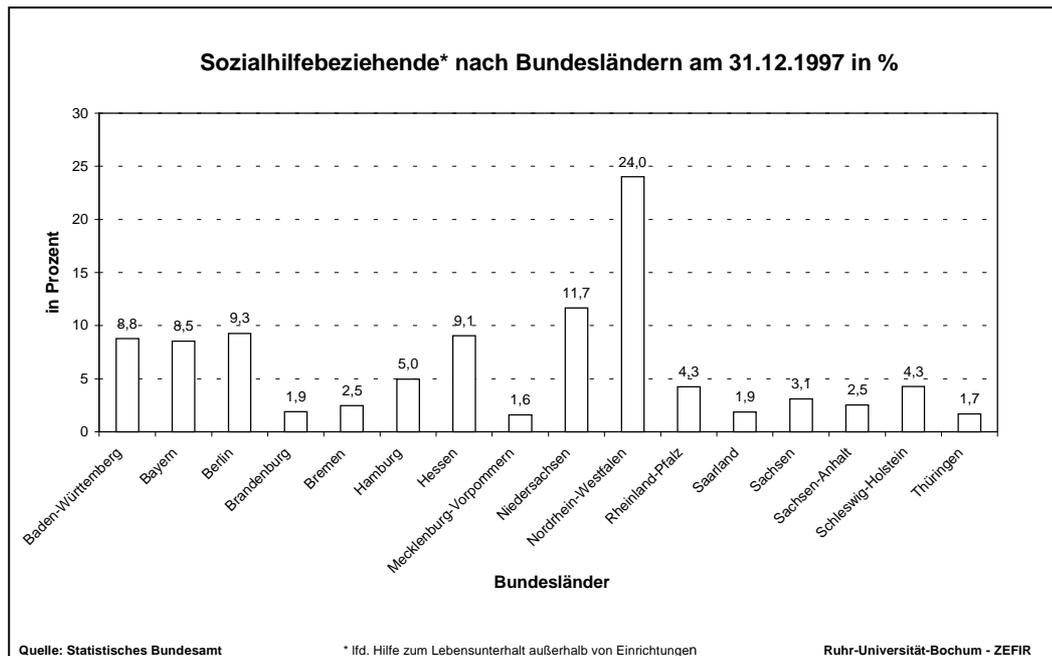
Als größtes von allen Bundesländern verzeichnete das Land damit auch den mit Abstand größten Anteil an allen in Deutschland lebenden Sozialhilfebeziehenden. In Niedersachsen, dem Land mit der nach NRW höchsten Anzahl Sozialhilfebeziehender, waren nicht einmal halb so viele Menschen auf die Unterstützung durch das Sozialamt angewiesen. Gegenüber Flächenländern wie Bayern und Baden-Württemberg weist NRW dreimal so viele Hilfebezieher auf (vgl. Abbildung 5.2 und Abbildung 5.3).

Abbildung 5.2:



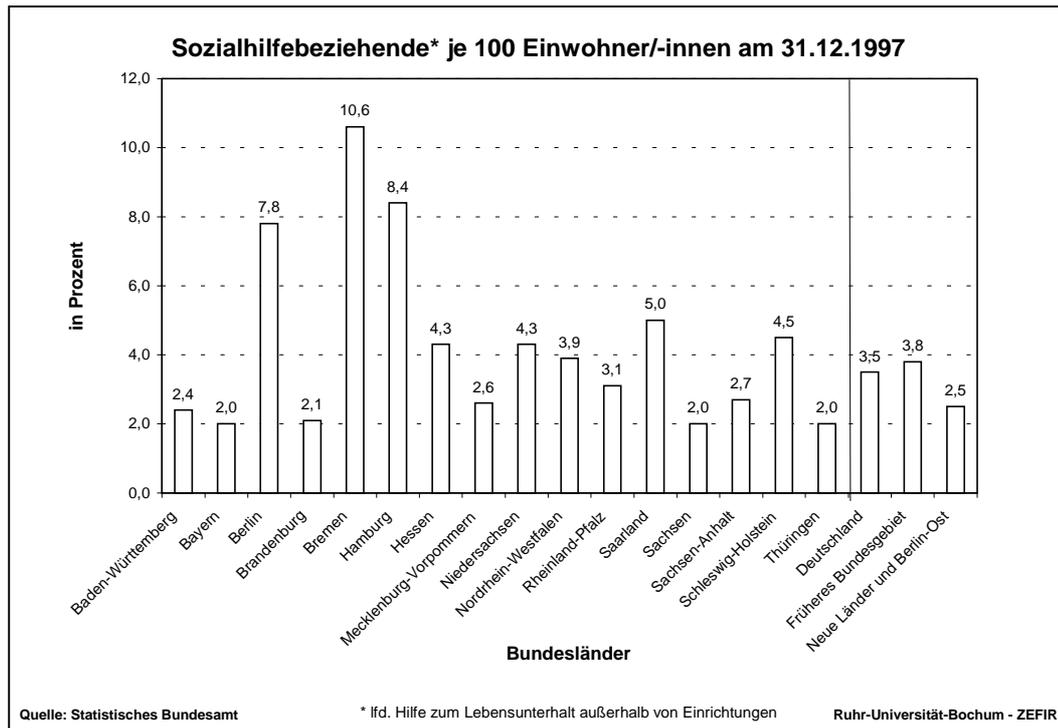
⁶⁷ Die Armutsquoten wurden entsprechend den bisherigen Auswertungen auf Basis des westdeutschen Durchschnittseinkommens mit der Äquivalenzgewichtung nach dem BSHG berechnet.

Abbildung 5.3:



Die **Sozialhilfedichte** in Nordrhein-Westfalen – gemessen als die Zahl der Sozialhilfebeziehenden pro 100 Einwohner – entsprach mit 3,9% annähernd dem Durchschnitt der 'alten Bundesländer' (3,8%). Im früheren Bundesgebiet hatten lediglich die süddeutschen Länder Bayern (2,0%), Baden-Württemberg (2,4%) und Rheinland-Pfalz (3,1%) eine geringere Quote. Die neuen Bundesländer kamen auf Werte zwischen 2% und 3%. Insgesamt waren in Deutschland 3,5% der Bevölkerung von Sozialhilfe abhängig (vgl. Abbildung 5.4).

Abbildung 5.4:



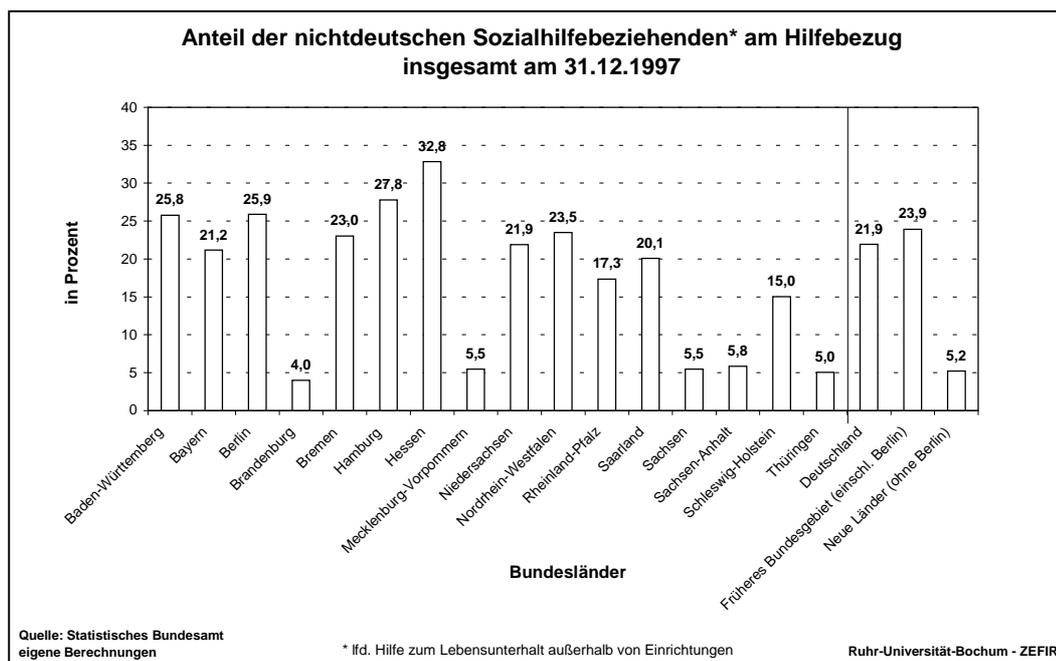
Nordrhein-Westfalen wies 1997 den höchsten Anteil **weiblicher** Hilfebeziehender (58%) unter den 16 Bundesländern auf. Die Hilfedichte⁶⁸ der weiblichen Bevölkerung lag hingegen (1996) bei 4,2% und war im Westen (4,0%) nur in Baden-Württemberg (2,6%), Bayern (2,1%) und Rheinland-Pfalz (3,4%) geringer. Die östlichen Länder wiesen durchweg niedrigere, die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie Berlin West wesentlich höhere Werte als Nordrhein-Westfalen aus.

Nichtdeutscher Nationalität waren in Nordrhein - Westfalen 1997 24% der Hilfebeziehenden. Damit entsprach der Anteil dem Durchschnittswert des früheren Bundesgebietes (einschließlich Berlin)⁶⁹ (vgl. Abbildung 5.5).

⁶⁸ Die geschlechts- und altersspezifischen Sozialhilfequoten lagen nur für 1996 vor (Statistisches Bundesamt: 1998a).

⁶⁹ Der Wert ergibt sich nach der Berichtigung der falschen Angaben für Dortmund in der Sozialhilfestatistik (vgl. u.a. Statistisches Bundesamt 1998). Ohne diese Korrektur würde sich die Bedeutung von ausländischen Sozialhilfebeziehenden – bei einem Anteil von 28% - wesentlich erhöhen. NRW hätte dann, nach Hessen, den zweithöchsten Wert von allen 16 Bundesländern. Hieran wird einmal mehr die Dringlichkeit der angemahnten Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der Sozialhilfestatistik deutlich.

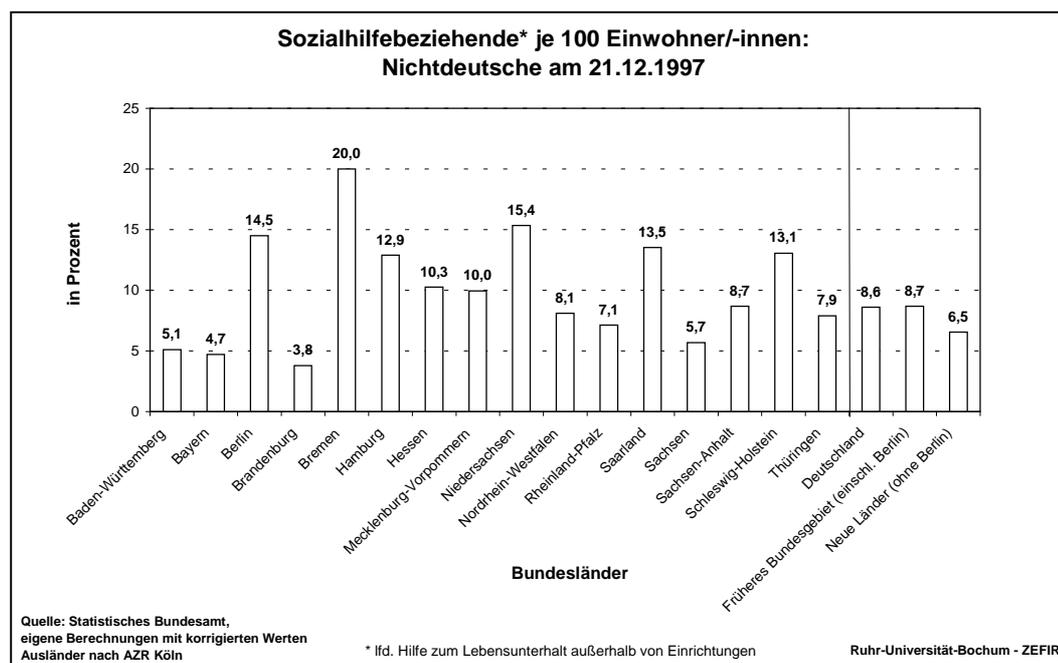
Abbildung 5.5:



Die Sozialhilfedichten der Ausländer lagen in Nordrhein-Westfalen mit 8,1% klar unter dem Mittelwert für die westdeutschen Länder (8,7%) und Deutschland insgesamt (vgl. Abbildung 5.6).⁷⁰

⁷⁰ Dem Ländervergleich liegen die Bevölkerungszahlen des Ausländerzentralregisters in Köln zugrunde. Ansonsten wurden wegen des höheren Differenzierungsgrades Daten der 'Bevölkerungsfortschreibung' der Einwohnermeldeämter, die nicht veröffentlicht, aber über die Landesdatenbank abrufbar sind, verwendet. Hierdurch erklärt sich die geringe Abweichung der Sozialhilfedichte für Ausländer in diesem Kapitel gegenüber den Angaben in Kapitel 4.

Abbildung 5.6:



Beim Vergleich⁷¹ der **altersspezifischen** Sozialhilfedichten auf der Grundlage der vom Statistischen Bundesamt gebildeten sehr groben Altersklassen lag Nordrhein-Westfalen jeweils nah am Durchschnitt der alten Bundesländer (einschl. Berlin-West) und wesentlich über dem Mittelwert für die neuen Länder. Wiederum fallen die Stadtstaaten und Berlin West mit hohen Dichten und die südlichen Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz mit relativ niedrigen altersspezifischen Dichten auf.

Der Strukturvergleich der **Bedarfsgemeinschaften** zwischen Nordrhein-Westfalen und den übrigen alten Bundesländern läßt erkennen, daß in Nordrhein-Westfalen der Anteil von Ehepaaren mit und ohne Kinder relativ hoch war, wohingegen es weniger Alleinstehende gab. Beim Vergleich der Haushaltsgrößen zeigten sich keine markanten Abweichungen von den Durchschnittswerten für das frühere Bundesgebiet.

5.2 Regionale Disparitäten innerhalb Nordrhein-Westfalens

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur das bevölkerungsreichste Bundesland, sondern weist auch mit **großen Ballungszentren an Rhein und Ruhr** hohe Bevölkerungsdichten auf. Die Zahl der Großstädte (100.000 und mehr Einwohner) ist beträchtlich. Nahezu die Hälfte der Bevölkerung in NRW (47,4%) lebt in einer Großstadt⁷². Ein Anteil von 39,4% lebt in

⁷¹ Wir beziehen uns im Weiteren auf die Eckdaten für das Jahr 1996 wie sie vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Form, da aktuellere Länderergebnisse im Dezember 1998 noch nicht vorlagen (vgl. Statistisches Bundesamt 1998a)

⁷² 28,9% der Bevölkerung lebte 1995 in Städten mit 100 bis 500 Tausend Einwohnern und 18,5% in Städten über 500 Tausend Einwohnern.

mittelgroßen Städten (20.000 bis 100.000 Einwohner), während in kleineren Städten und Gemeinden (bis 20.000 Einwohner) lediglich 13,2% der Bevölkerung wohnen.

Die **Großstädte** in Nordrhein-Westfalen hatten im Durchschnitt die höchsten Armutsquoten. Insgesamt 13,1% der Bevölkerung in **Städten über 500.000 Einwohnern** fielen unter die Armutsgrenze (vgl. Abbildung 4.2). In Großstädten zwischen 100 und 500 Tausend Einwohner lag der Anteil bei 12,2%. Die niedrigsten Quoten waren mit einem Durchschnittswert von 9,5% in den kleinen Städten und in Gemeinden bis 20.000 Einwohnern zu finden, während in mittelgroßen Städten (20.000 bis 100.000 Einwohner) die Armutsquote durchschnittlich bei 10,3% lag.

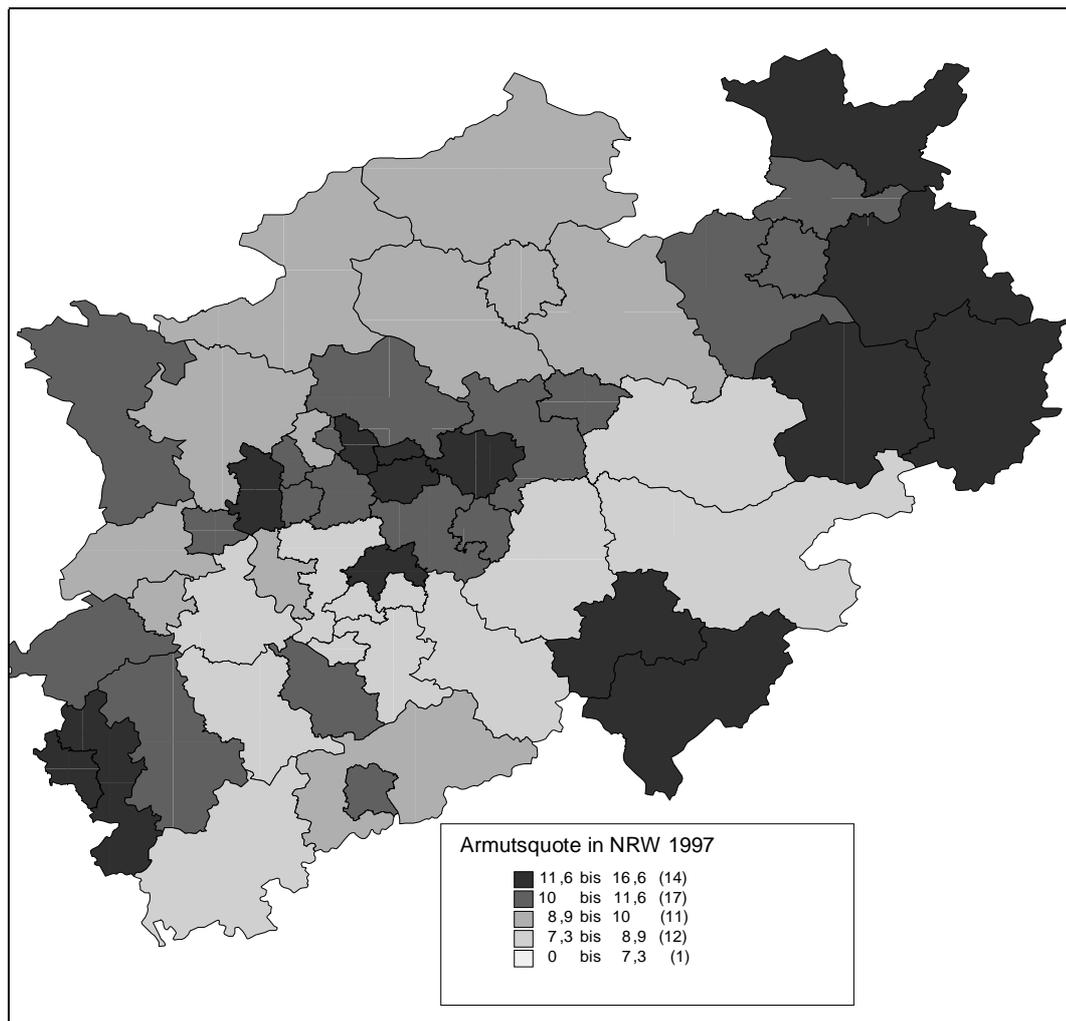
Wie stellen sich nun die einzelnen Armutsquoten für die Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen dar?

Es ist zu beachten, daß unterhalb der Landesebene keine weiteren regionalen Aufschlüsselungen im ZUMA-Mikrofile vorhanden sind. Erst in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen⁷³ konnten regionale Armutsquoten berechnet werden. Die Armutsquoten beziehen sich dabei auf das Berichtsjahr 1997. Da der Mikrozensus nur statistisch gesicherte Aussagen auf der Ebene von Aggregationen von Kreisen und kreisfreien Städten leisten kann, beziehen sich im folgenden die Auswertungen auf die sogenannten ‚regionalen Anpassungsschichten‘.

⁷³ Unser Dank für die gute, freundliche Zusammenarbeit gilt dem LDS, insbesondere Herrn Abraham und Herrn Berlin

Abbildung 5.6.1:

Armutsquoten nach regionalen Anpassungsschichten in NRW 1997



Es deutet sich an, daß die regionalen Armutsquoten nicht über einfache Zusammenhänge zu Sozialhilfedichte, Arbeitslosigkeit oder sozio-demographischen Risikostrukturen zu erklären sind. Vielmehr handelt es sich um ein komplexeres Wechselspiel zwischen den Faktoren.

Die höchsten Armutsquoten finden sich zum einem im Ruhrgebiet und in Kreisen am Rande des Landes Nordrhein-Westfalen. Während im Ruhrgebiet hohe Sozialhilfedichten und Arbeitslosenquoten maßgeblich für hohe Armutsrisiken sind, handelt es sich bei den ländlichen Kreisen mit hohen Armutsquoten um Gebiete, in denen auch die überdurchschnittlichen Haushaltsgößen einerseits und die niedrigere Erwerbsbeteiligung andererseits mit entscheidend sind. Deutlich zeigt sich, daß ländliche Regionen in der Nähe von Ballungszentren und Großstädten hier besser abschneiden.

Die niedrigsten Armutsquoten sind in den ländlichen Kreisen um die beiden Rhein-Metropolen Düsseldorf und Köln sowie südlich des Ruhrgebietes anzutreffen. Die positiven Effekte der Arbeitsplatzangebote der Metropolen und die Attraktivität des naturnahen

Wohnens wirken sich hier aus. Während die Kreise des Rheinlandes, des Bergischen Landes und des Sauerlandes die niedrigsten Armutsquoten aufweisen, liegen die Quoten für die Kreise des Münsterlandes im mittleren Bereich. Der Grund ist auf die Risiko- und Zielgruppe der kinderreiche Familien zurückzuführen, die in diesen Kreisen überdurchschnittlich stark vertreten sind.

Die **kreisfreien Städte** des Landes Nordrhein-Westfalen weisen im Vergleich zu den Kreisen überdurchschnittliche Armutsrisiken aus. Hier sind es wiederum die Risiko- und Zielgruppen der Alten, Alleinerziehenden und Ausländer, die überproportional vertreten sind.

Sozialhilfe

Die strukturellen Gegebenheiten wie auch Entwicklungen des Sozialhilfebezuges, wie sie sich auf Landesebene darstellen, sind Durchschnittswerte, die wenig von der Heterogenität der Strukturen in Teilräumen von Nordrhein-Westfalen erkennen lassen.

Um die unterschiedlichen Dimensionen und Strukturen der Armut in unterschiedlichen Regionen oder Siedlungstypen zu erkennen, müssen die Längs- oder Querschnittuntersuchungen, die die Situation für Nordrhein-Westfalen erfassen, auf andere räumliche Ebenen disaggregiert werden. Dies soll nachfolgend auf der Grundlage der Ergebnisse einer von uns für das Jahre 1993 durchgeführten Regionalanalyse verdeutlicht werden, deren Zusammenfassung wir im folgenden wiedergeben.⁷⁴ Deutlich werden erhebliche regionale Disparitäten zwischen der einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten. Die Ergebnisse unterstreichen die oben angesprochene Notwendigkeit und Bedeutung vertiefender regionaler Analysen.

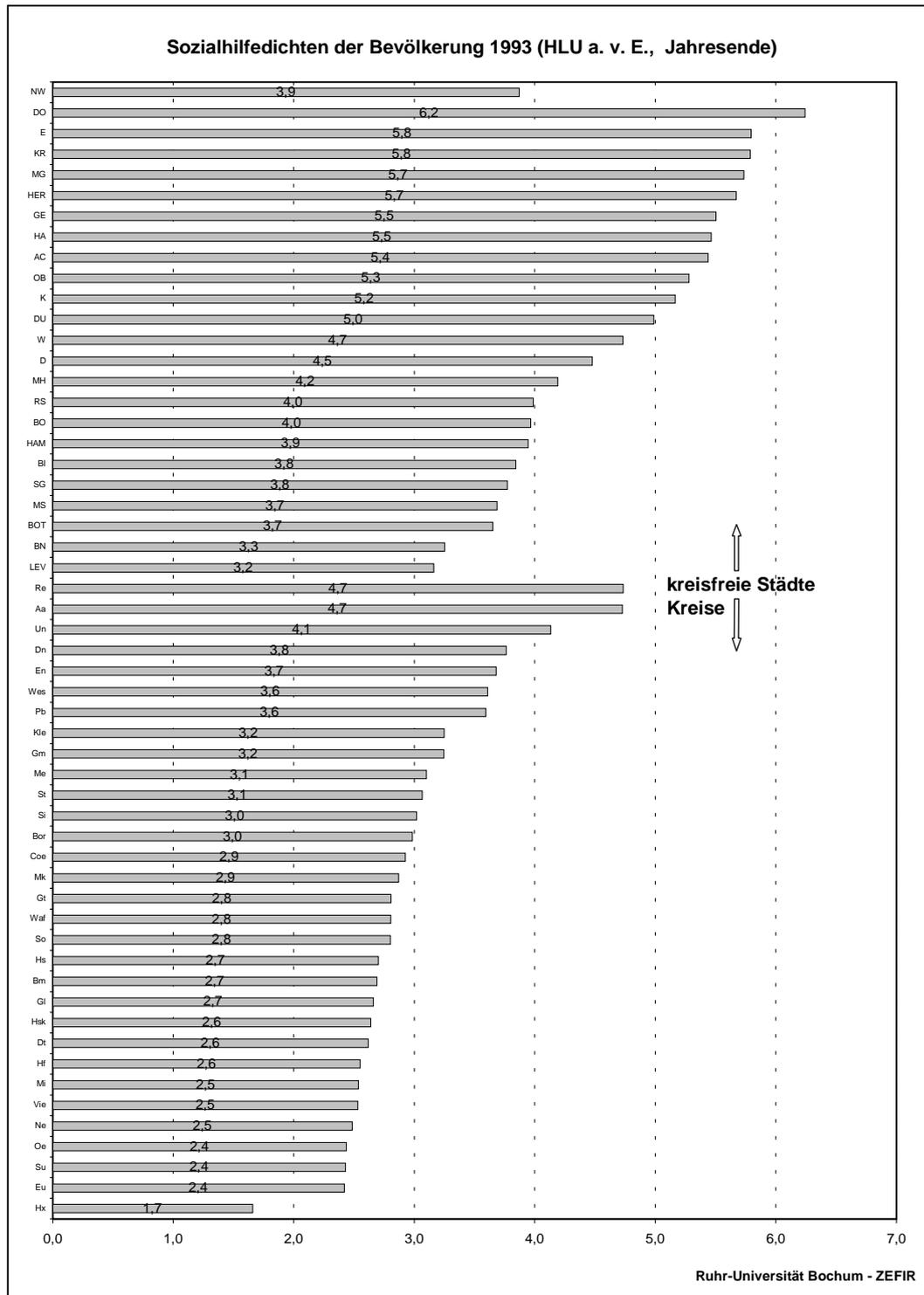
In der **Zusammenfassung** zum ersten Teil der Analyse, die sich mit den **Strukturen der Sozialhilfeabhängigkeiten in Nordrhein-Westfalen** befaßt, heißt es:

„Folgende Ergebnisse sind festzuhalten:

- Es gibt **extreme Unterschiede** im Umfang und in den Ausprägungen von Armut, vergleicht man die kreisfreien Städte und Kreise Nordrhein-Westfalens miteinander. Die Entwicklungstrends folgen keinem eindeutigen Muster.
- Die Mehrzahl der **Kreise** weist **niedrigere Sozialhilfedichten** als die Städte auf. In der Regel sind die Dichtewerte in den Kernstädten der Regionen mit großen Verdichtungsräumen und ihrem hochverdichteten Umland höher als in den übrigen Städten und Regionen (vgl. Abbildung 5.7).

⁷⁴ Es handelt sich um die Zusammenfassung von Ergebnissen einer Studie, die im Auftrag der Städte Mülheim an der Ruhr, Essen und Oberhausen erstellt wurde und 1998 erschienen ist (vgl. Kersting / Strohmeier 1998b). Eine Auswertung auf der Basis aktuellerer Daten war aus verschiedenen Gründen nicht möglich (hierzu vgl. Kapitel 2.2.3).

Abbildung 5.7:



- Die **geschlechtsspezifischen Dichten** sind in den Städten in der Regel ebenfalls höher als in den Kreisen. Aber nirgendwo ist das Ausmaß der Betroffenheit in der männlichen Bevölkerung höher als in der weiblichen. Das Risiko, von Sozialhilfeleistungen abhängig zu sein, ist für die weibliche Bevölkerung in einigen Regionen bis zu einem Drittel höher als für die männliche.

- Unter den Sozialhilfebeziehenden finden sich, legt man den Anteil der Nichtdeutschen an der Bevölkerung als Bewertungsmaßstab zugrunde, viele nichtdeutscher Nationalität. So ist denn auch das Ausmaß der Sozialhilfebedürftigkeit in der **ausländischen Bevölkerung** beträchtlich höher als in der deutschen. Die von Armut betroffene ausländische Bevölkerung konzentriert sich aber nicht in den Großstädten, wo - gemessen an der Gesamtbevölkerung - die meisten Ausländer leben. Folglich sind die Sozialhilfedichten der nichtdeutschen Bevölkerung in den Kreisen höher als in den Städten.

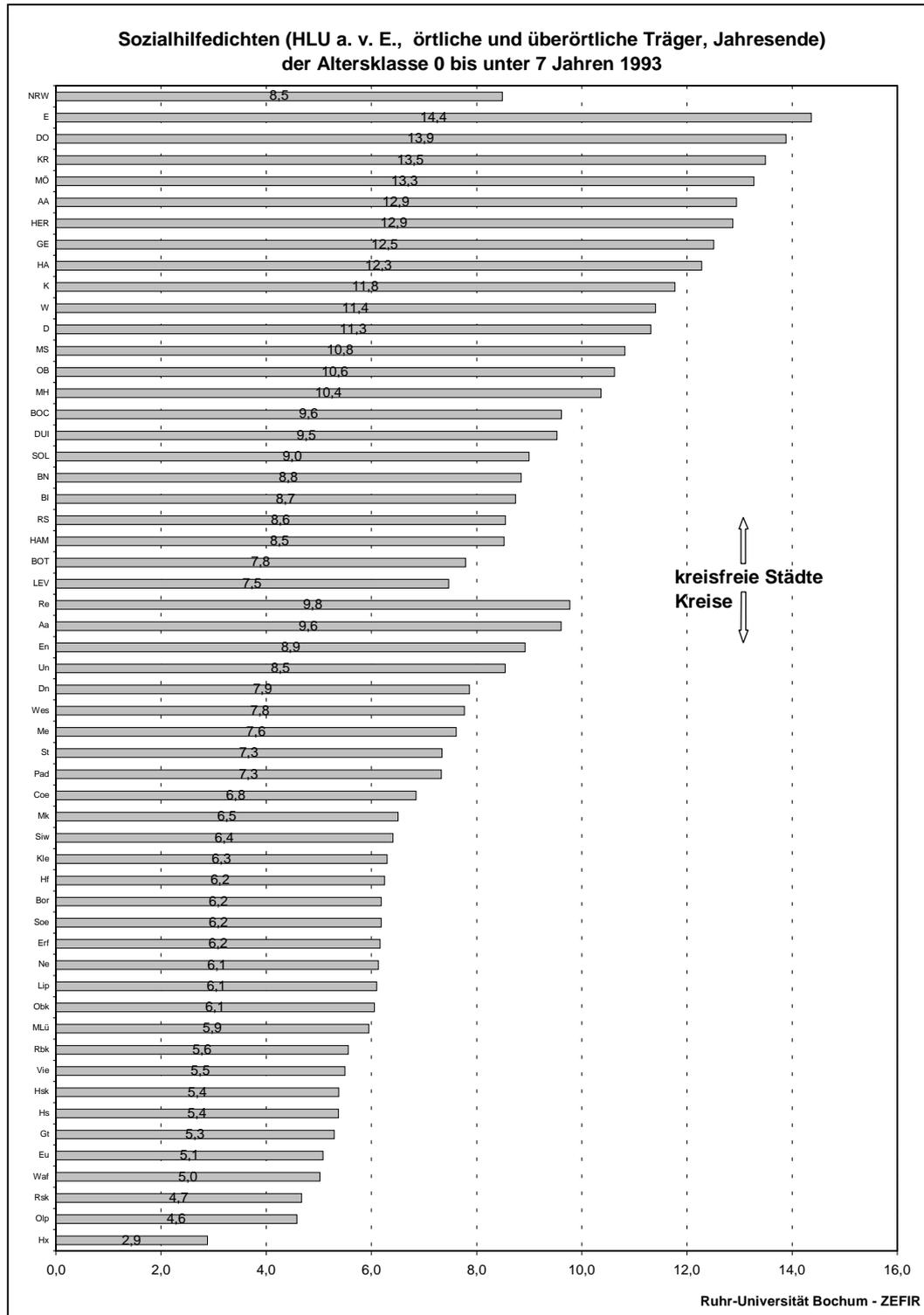
Umgekehrt sind, bezogen auf die deutsche Bevölkerung, in den Kreisen unterdurchschnittliche Dichtewerte auszumachen, in den Städten hingegen überdurchschnittlich hohe.

Generell ist festzustellen, daß das Verarmungsrisiko der ausländischen Bevölkerung in allen kreisfreien Städten wie auch Kreisen immer höher ist als das der deutschen Bevölkerung.

- Das Gros der Armen sind ..., anders als zu Beginn der achtziger Jahre, **Kinder und Jugendliche**. Die altersspezifischen Sozialhilfedichten lassen erkennen, daß ihr Armutsrisiko wesentlich höher ist als das der Erwachsenen, wobei die Jüngsten am stärksten betroffen sind. Junge Erwachsene bis Mitte dreißig haben ein erheblich geringeres Verarmungsrisiko als Minderjährige. Mit zunehmendem Alter verringert sich das Risiko weiter.

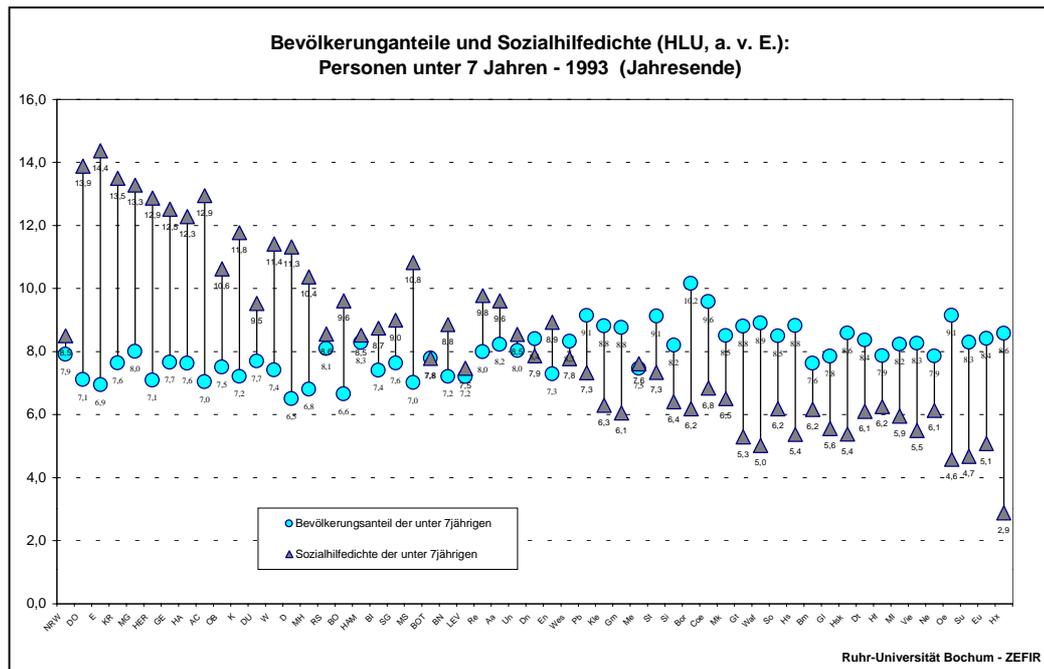
In den kreisfreien Städten ist das Sozialhilferisiko für Kinder besonders hoch. Bezogen auf Erwachsene sind hingegen nur geringfügige und mit zunehmendem Alter sich verkleinernde Dichteunterschiede zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten auszumachen (vgl. Abbildung 5.8).

Abbildung 5.8:



Daß dort, wo der Anteil der Kinder an der Bevölkerung niedriger ist, überproportional viele Kinder von Armut betroffen sind, deutet auf eine **Abwanderung** besser situerter Familien **in sub-urbane Zonen** hin und den Verbleib armer Familien und Alleinerziehender in den industriellen Ballungsräumen“ (vgl. Abbildung 5.9).

Abbildung 5.9:



In der Zusammenfassung für den Teil 2, der sich mit den Bedingungsfaktoren unterschiedlicher Sozialhilfedichten und unterschiedlich hoher Sozialhilfeaufwendungen befaßt, heißt es:

„ ... In der Regel wird als Bedingungsfaktor für die zunehmende Verarmung großer Teile der Bevölkerung der Anstieg der Arbeitslosigkeit genannt. Beim Vergleich aller Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen kommt dieser Zusammenhang darin zum Ausdruck, daß mit wachsender Arbeitslosigkeit auch der Anteil der von Sozialhilfe betroffenen Bevölkerung steigt.

Beim Vergleich der kreisfreien Städte verschwindet dieser statistisch signifikante Zusammenhang von Arbeitslosenquote und Sozialhilfedichte, beim Vergleich der elf kreisfreien Ruhrgebietsstädte ist er nicht mehr gegeben. Im großstädtischen Milieu gibt es demnach weitere Faktoren, die die Sozialhilfedichte beeinflussen: Regionale Differenzierungen von Lebenschancen, Lebenslagen und Lebensformen der Bevölkerung sind für die Unterschiede der Armutsniveaus von erheblicher Bedeutung.

Zusätzliche Erklärungsfaktoren sind - neben der Verstädterung (Urbanität, gemessen durch die Bevölkerungsdichte), die eher indirekte Effekte aufweist - das Ausmaß der familialen Desintegration (gemessen durch die Scheidungsrate) und das der lokalen Integration (indirekt durch Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen erfaßt) sowie die soziale Spaltung der Städte, gemessen durch die Verbreitung von extremem Reichtum (Rate der Einkommensmillionäre pro 10.000 Einwohner) und von prekären Lebenslagen (Rate der Wohngeldempfänger auf 1000 Einwohner).

Einige der Zusammenhänge seien hier benannt:

- Arbeitslosigkeit, vor allem unter städtischen Lebensbedingungen, löst den Zusammenhalt von Familien. Familiäre Desintegration in den Städten aber führt zu höheren Sozialhilfedichten.
- In Städten mit hoher Arbeitslosigkeit ist das Ausmaß der lokalen Integration besonders niedrig. Geringe lokale Identifikation und soziale Vernetzung der Bevölkerung führen zu höheren Armutsniveaus. Andererseits sind sie, wie die Scheidungsraten, auch die Folge von Armut.
- Es gibt einen Zusammenhang zwischen steigender Armut und der Erosion informeller Solidarpotentiale in Familie und Nachbarschaft in den Städten. Diese Veränderungen betreffen in erster Linie die großen Städte und sind Begleiterscheinungen und Folgewirkungen der Arbeitslosigkeit.
- Zudem ist eine erhebliche soziale Spaltung der Städte zu beobachten.
- Man hat es nicht mit einseitigen Kausalbeziehungen zu tun, sondern mit Prozessen einer zirkulären Verursachung in der Art einer Abwärtsspirale.“

6 Zusammenfassung und Ausblick

Die empirischen Untersuchungen, über die hier berichtet wurde, haben **in methodischer Hinsicht** gezeigt, daß die amtliche Statistik in Kombination mit den großen Repräsentativstichproben der Umfrageforschung, in erster Linie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), ein effizient einsetzbares und aussagekräftiges Instrument für eine in der Zeit periodisch aktualisierbare und in regionaler Gliederung aussagekräftige Sozialberichterstattung sein kann. Diese Aussage gilt unbeschadet notwendiger Qualitätsverbesserungen der Sozialhilfedaten in den Sozialämtern der Gemeinden und sie gilt unbeschadet der für diesen Zweck wenig hilfreichen Einkommenserfassung im Mikrozensus, der nach wie vor Einkommensklassen statt exakter Beträge erfragt. Indem wir die Armutsschwellen über die hier relativ genauen Daten des SOEP bestimmt, die Armutspopulation dann aber unter Ausnutzung der größeren Fallzahlen und der regionalen Differenzierungsmöglichkeiten des Mikrozensus beschrieben haben, haben wir gezeigt, wie man in Kombination unterschiedlicher Datenquellen solche Probleme quasi umgehen kann. Auf der anderen Seite ist deutlich geworden, wo Verbesserungen der amtlichen Statistik nötig und (mit relativ geringem Aufwand) möglich sind.

Die **inhaltlichen Ergebnisse** zum Armutspotential in NRW zeigen, und diese Diagnose ist keineswegs neu, daß Armut das Ergebnis von Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit ist. Regionale Vergleiche zeigen jedoch darüber hinaus, daß besonders in den Städten dieser direkte Zusammenhang: Arbeitslosigkeit erklärt das Armutsniveau nicht mehr gilt. Gleichzeitig mit diesem ökonomischen Prozeß beobachten wir eine zunehmende soziale (und sozialräumliche) Spaltung unserer Gesellschaft, in der es immer mehr zu einer **Kumulation von benachteiligten Lebenslagen und benachteiligenden Lebensformen** kommt. Besonders von Armut betroffen, dies zeigen die Auswertungen aller drei Datenquellen, SOEP, Mikrozensus und Sozialhilfestatistik, sind Kinder, Jugendliche und Frauen in Nordrhein-Westfalen. Dies ist nur ein Teil der Diagnose, freilich der, der nach unseren Erfahrungen in der Öffentlichkeit und in den Medien die meiste Aufmerksamkeit erfährt.

Die Reaktion der Bundesfamilienministerin der christlich-liberalen Bundesregierung, die im September 1998 den Befund wachsender Kinderarmut im Bundesjugendbericht der Sachverständigenkommission „mit Entschiedenheit“ zurückgewiesen hat, hat gezeigt, daß arme Kinder in einem reichen Land nicht sein dürfen.

Armut der Kinder ist aber nicht anderes als die Armut der Familien. Diese Aussage nun ist, wie z.B. die ausgebliebene öffentliche und politische Reaktion auf die letzten Familienberichte der Landes- und der Bundesregierung gezeigt hat, eine, die schon weitaus weniger Menschen und auch weitaus weniger Politiker noch aufregend finden. Die Vorstellung, Familien seien so gut wie unbegrenzt belastbar, ist tief im öffentlichen und politischen Bewußtsein verankert. Sie ist Teil jener „strukturellen Rücksichtslosigkeit“, mit

⁷⁵ Kersting / Strohmeier (1998b)

schen Bewußtsein verankert. Sie ist Teil jener „strukturellen Rücksichtslosigkeit“, mit der Politik und Gesellschaft in Deutschland der Lebensform Familie begegnen.

Familien sind arm, obwohl es in Deutschland im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern ein ausgebautes System des Familienlastenausgleichs gibt. Eine Funktion der damit gewährten Einkommenstransfers (vor allem Kindergeld und das Ehegattensplitting im Einkommenssteuerrecht) soll sein, daß mindestens ein Elternteil wegen der Kinder auf Erwerbstätigkeit verzichtet oder sie zumindest einschränkt. Tatsächlich haben wir gesehen, daß – auch bei eingeschränkter Erwerbstätigkeit der Mütter – die (früher „vollständige“ Familien genannten) Ehepaare mit Kindern in der „Stabilisierungsphase“ aufgrund ihrer größeren Kinderzahlen ein besonders hohes Armutsrisiko haben. Diese „Normalfamilien“, die in besonderem Maße dem impliziten Familienleitbild bundesdeutscher Familienpolitik entsprechen⁷⁶, sind arm, weil eben diese Familienpolitik ihre Armut nicht verhindert.

Besonders hohe Armutsquoten finden wir auf der Grundlage aller ausgewerteten Datenquellen bei relativ jungen alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern. Auch hier ist „Familienpolitikversagen“ zu konstatieren. Die Armutsquoten alleinerziehender Frauen mit einem Kind (das ist die Mehrheit) liegen im ersten Lebensjahr und in den folgenden Jahren bei etwa einem Drittel. Diese Armut besteht trotz Erziehungsgeld und trotz Kindergeld. Nach Auslaufen des Erziehungsgeldes (das ja eigentlich einem Elternteil, faktisch fast immer der Mutter, den Verzicht auf Erwerbstätigkeit zugunsten der intensiveren Betreuung des kleinen Kindes ermöglichen soll) ändert sich diese Armutsquote nicht. In einer Lebensphase, in der diese Mütter wieder einer Erwerbstätigkeit nachgehen müßten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, fehlen Einrichtungen der Kleinkindbetreuung.

Dieses Defizit ist lange bekannt. Schon in den achtziger Jahren hat eine Studie im Auftrag des Ministerpräsidenten des Landes NRW (Buhr / Strack / Strohmeier, 1987) ergeben, daß über 40 Prozent der Kleinkinder berufstätiger Mütter in NRW von den Großeltern betreut worden. An dieser Situation hat sich nichts geändert. Die Erwerbsquote der Frauen mit Kindern unter drei Jahren ist insgesamt (angesichts dieser Betreuungsprobleme) besonders niedrig. Noch niedriger ist sie bei den Alleinerziehenden. Das besondere Problem alleinerziehender armer Frauen ist vielfach ihre soziale Isolation und das Fehlen verwandtschaftlicher und nachbarschaftlicher Unterstützung.

Das besondere Armutsrisiko der traditionellen Familien (und die weitaus meisten Familien in NRW sind solche traditionellen Familien) einschließlich der abnehmenden Zahl von kinderreichen Familien und der zunehmenden Zahl der Eineltern-Familien ist ein fatales Zusammenwirken eines defizitären Familienlastenausgleichs (in der Verantwortung des Bundes) und einer unzureichenden Infrastruktur zur Vereinbarung von Familienpflichten und Berufsarbeit (in der Zuständigkeit von Land und Kommunen).

⁷⁶ Vgl. hierzu ausführlich Kaufmann et al. (1998).

Besonders hohe Armutsquoten haben wir auch in der ausländischen Bevölkerung gefunden, auch wenn man hier nach Nationalitäten durchaus differenzieren muß. Armut ist besonders verbreitet bei jenen Nationalitäten, wie z.B. Türken oder Einwanderern aus Ost- oder Südosteuropa, bei denen die Merkmale der traditionellen Familienform, Einverdienerhaushalte und Kinderreichtum, zusammen auftreten.

Das relativ hohe Armutsrisiko von Alleinlebenden (die einen großen Teil der Sozialhilfeempfänger in NRW stellen) ist einerseits ein Indiz für das Fortbestehen des Phänomens der Altersarmut, das noch in den siebziger Jahren die armutspolitische Diskussion dominiert hatte. Andererseits ist sie, ebenso wie die wachsende Zahl der „Restfamilien“ Alleinerziehender (nach Scheidung und Trennung) und die zunehmende Anzahl immer jüngerer lediger Mütter in den Städten ein Zeichen für die Auflösung traditioneller Formen der sozialen Solidarität in Ehe, Familie und Nachbarschaft. In Gestalt steigender Sozialhilfeaufwendungen tragen hier vor allem die Kommunen die finanziellen Konsequenzen der Überlastung der familialen Lebensformen und die Lasten des immer häufigeren Scheiterns privater Lebensentscheidungen, die in einer „individualisierten“ modernen Gesellschaft für den Einzelnen zunehmend riskant geworden sind.

Literatur

- Andrefß, Hans-Jürgen u.a.* (1996): Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Endbericht des DFG-Projektes 'Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommenbereich (VuE)', Bielefeld.
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit* (Hg.) (1997): Bericht zur sozialen Lage in Bayern, München.
- Becker, Ulli / Eggen, Bernd / Suffner, Andreas* (1996): Einkommenslagen und wirtschaftlich schwierige Situationen von Ehepaaren mit und ohne Kinder, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4, Stuttgart, S. 153-157.
- Bedau, K.D.* (1988): Einkommensverteilung, in: Krupp, H.J. u.a. (Hg.): Lebenslagen im Wandel: Daten 1987, Frankfurt a. M., S. 61ff..
- Buhr, Petra / Strack, Paul / Strohmeier, Klaus Peter* (1987): Lebenslage und Alltagsorganisation junger Familien in Nordrhein-Westfalen - regionale Differenzierungen und Veränderungen im Zeitablauf, IBS-Materialien, Bd. 25, Bielefeld.
- Dathe, Dietmar* (1998): Der Familienzyklus als Bestimmungsfaktor für das Familieneinkommen und das Arbeitsangebot. Untersuchung auf Grundlage des Mikrozensus. Unterlagen zur ZUMA-Konferenz "Forschung mit dem Mikrozensus" am 8.-9. Oktober 1998 in Mannheim.
- Deininger, Dieter* (1997): Sozialhilfestatistik, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.), Fachlexikon der sozialen Arbeit, S.874-876, Frankfurt a. Main
- Eggen, Bernd* (1998): Privathaushalte mit Niedrigeinkommen; hrsg. von der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, veröffentlicht in der Schriftenreihe des Bundesministers für Gesundheit, Band 100, Baden-Baden.
- Erler, Michael* (1998): Armut im Wandel – Eine Untersuchung über die Empfänger von Sozialhilfe mit Hilfe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) (Vorläufiger Bericht), Frankfurt a. M.
- Esser, H. / Grohmann, H. / Müller, W. / Schäffer, K.A.* (1989): Mikrozensus im Wandel. Untersuchungen und Empfehlungen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Band 11, Stuttgart.
- Eurostat* (1995): Armutsstatistik Ende der 80er Jahre. Untersuchung auf Basis von Mikrodaten, Luxemburg.
- Faik, Jürgen* (1997): Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen – Eine Modifizierung der Sozialhilfeskala, in: Irene Becker / Richard Hauser (Hg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Wege zur Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt a. M./ New York.
- Greiner, Ulrich / Schimpl-Neimanns, Bernhard* (1997): Mikrozensus 1995 für die Forschung leichter nutzbar, in: Zuma-Nachrichten, 40, S. 96-98.
- Hanesch, Walter* (Hg.) (1993): Lebenslagenforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern, Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

- Hanesch, Walter / Bäcker, Gerhard* (1993): Datenquellen und empirische Befunde zur Einkommenslage der Bevölkerung. Vorstudie für das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Typoskript), Düsseldorf.
- Hanesch, Walter u.a.* (1994): Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Reinbek bei Hamburg.
- Hank, Karsten / Kersting, Volker / Langenhoff, Georg* (1998): Zwischenbericht für den empirischen Teil des Landesarmutsberichts Nordrhein-Westfalen. Ruhr-Universität Bochum – ZEFIR.
- Hartmann, Peter H. / Schimpl-Neimanns, Bernhard* (1992): Sind Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten möglich? Analysen zur Repräsentativität einer Sozialforschungsumfrage, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2, S. 315-340.
- Hauser, Richard* (1989): Zur Bedeutung des Mikrozensus für die Sozialpolitikforschung, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): Inhaltliche Fragen bevölkerungstatistischer Stichproben am Beispiel des Mikrozensus. Bericht zur Konferenz vom 21. und 22. Oktober 1988, Wiesbaden.
- Hauser, Richard* (1997): Armutsberichterstattung, in: Noll, Heinz-Herbert (Hg.): Sozialberichterstattung in Deutschland: Konzept, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen, S. 19-46.
- Hauser, Richard / Cremer-Schäfer, H. / Nouvertné, U.* (1981): Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und sozialpolitische Perspektiven, Frankfurt a. M. / New York.
- Hauser, Richard / Hübinger, Werner* (Hg. Deutscher Caritas-Verband) (1993): Arme unter uns, Teil 1, Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung, Freiburg i. B.
- Heuser, Uwe Jean* (1997): Wohlstand für wenige, Der soziale Zusammenhalt schwindet, der Republik droht die Zerreißprobe, und niemand tut etwas dagegen, Eine Studie des DIW im Auftrag der Zeit, in: Die Zeit vom 24.10.1997.
- Hoffmann, Ulrich / Beck, Martin* (1994): Die neue Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik, Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1994, S.116-127.
- Kaufmann, Franz-Xaver / Kuijsten, A.C. / Schulze, H.J. / Strohmeier, K.P.* (Hg.) (1998): Family Life and Family Policies in Europe, Volume I, Structures and Trends in the 1980s, Clarendon Press, Oxford
- Kersting, Volker / Langenhoff, Georg* (1998): Machbarkeitsstudie für den Armutsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen, Bochum / Düsseldorf, Veröffentlichung in Vorbereitung.
- Kersting, Volker / Strohmeier, Peter* (1998): Sozialhilfe in Nordrhein-Westfalen und seinen Teilräumen - unter besonderer Berücksichtigung der Städte Mülheim an der Ruhr, Essen und Oberhausen (MEO); hrsg. von der Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen in der Reihe Beiträge zur Regionalentwicklung, Band 15, Essen.
- Krause, Peter* (1992): Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 49/1992, S. 3-17.
- Krause, Peter* (1993): Einkommensarmut im vereinigten Deutschland, Diskussionspapier aus der Fakultät für Sozialwissenschaft 93-09, Ruhr-Universität Bochum.

- Krause, Peter* (1994): Armut im Wohlstand: Betroffenheit und Folgen, DIW-Diskussionspapier, Nr.88, Berlin.
- Krause, Peter* (1995): Zur Messung von Einkommensarmut am Beispiel des vereinigten Deutschlands - Theoretische Ansätze und empirische Analysen auf der Grundlage der Daten des sozioökonomischen Panels (SOEP), Berlin.
- Landeshauptstadt Hannover* (Hg.) (1994): Sozialbericht 1993. Zur Lage der Kinder, Jugendlichen und Familien in Hannover, in: Schriftenreihe zur kommunalen Sozial-, Jugend- und Gesundheitspolitik, Band 13, Hannover.
- Landeshauptstadt München* (Hg.) (1996): Münchener Armutsbericht '95. Umfang, Struktur und Entwicklungstendenzen wirtschaftlicher Benachteiligung, Armutsrisiko, Arbeitslosigkeit, in: Beiträge zur Sozialplanung 014, Landeshauptstadt München, Sozialreferat, München.
- Leibfried, Stephan / Leisering, Lutz u.a.* (Hg.) (1995): Zeit der Armut - Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt a. M..
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW* (Hg.) (1992): Landessozialbericht Band 1: Armut im Alter. Untersuchung zur Lebenslage ökonomisch unterversorgter älterer Frauen in Nordrhein-Westfalen, in: Landessozialbericht Band 1, Düsseldorf.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW* (Hg.) (1992): Landessozialbericht Band 2: Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, Düsseldorf.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW* (Hg.) (1993): Landessozialbericht Band 3: Alleinerziehende - Lebenslagen und Lebensformen, Düsseldorf.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW* (Hg.) (1993): Landessozialbericht Band 4: Verschuldung, Überschuldung und Schuldnerberatung in Nordrhein-Westfalen., Düsseldorf.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW* (Hg.) (1994): Landessozialbericht Band 5: Soziale Situation kinderreicher Familien. Untersuchung zur Situation kinderreicher Familien in Nordrhein-Westfalen., Düsseldorf.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW* (Hg.) (1994): Landessozialbericht Band 6: Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Die Lebenslage der Menschen aus den ehemaligen Anwerbeländern und die Handlungsmöglichkeiten der Politik., Düsseldorf.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW* (Hg.) (1998a): Landessozialbericht Band 7: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerhaushalte mit Niedrigeinkommen in Nordrhein-Westfalen. Eine Untersuchung für die Landessozialberichterstattung Nordrhein-Westfalen im Auftrage des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW* (Hg.) (1998b): Landessozialbericht Band 8: Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und ihre Familien, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW* (Hg.) (1998c): Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Zahlenspiegel 1997, Düsseldorf.

- Neumann, Udo / Hertz, Markus* (1998): Verdeckte Armut in Deutschland, Forschungsbericht im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Frankfurt a. M.
- Projektgruppe Panel* (1993): Zehn Jahre Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2, S. 27-43.
- Projektgruppe Panel* (1995): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1995, S. 5-15.
- Rendtel, Ulrich* (1995): Lebenslagen im Wandel: Panelausfälle und Panelrepräsentativität, Frankfurt/M., New York.
- Riede, Thomas* (1997): 40 Jahre Mikrozensus, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 3, S. 160-174.
- Schupp, Jürgen / Wagner, Gert* (1995): Die Zuwanderer-Stichprobe des sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Jahre 1994, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1995, S. 16-25.
- Schwarz, Norbert / Schimpl-Neimanns, Bernhard* (1998): Weitere Mikrozensen für die Forschung leichter nutzbar, in: ZUMA-Nachrichten, 43, S. 145-147.
- Sozialministerium Baden-Württemberg* (Hg.) (1998): Familien in Baden-Württemberg . Familienbericht 1998, Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt* (Hg.) (1997): Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Statistisches Bundesamt* (Hg.) (1998): Statistik der Sozialhilfe. Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12.1997. Deutschland. Arbeitsunterlage, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt* (Hg.) (1998a): Sozialhilfe im Ländervergleich 1996. Hilfe zum Lebensunterhalt – Arbeitsunterlage. Wiesbaden.
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang* (1998): Armutsanalysen mit dem Mikrozensus. Erste vorläufige Fassung vom August 1998. Unterlagen zur ZUMA-Konferenz "Forschung mit dem Mikrozensus" am 8.-9. Oktober 1998 in Mannheim.
- Strohmeier, Klaus Peter / Kersting, Volker* (1998a): Immer weniger Kinder, aber immer mehr arme Kinder. Armutsbekämpfung in Großstädten - eine gesellschaftspolitische Herausforderung ersten Ranges, in: Kommunalverband Ruhrgebiet - KVR: Standorte. Jahrbuch Ruhrgebiet 1997/98, Essen, S. 292-301.
- Strohmeier, Klaus Peter / Kersting, Volker* (1998b): Sozialraum NRW. Regionale Disparitäten der Lebensbedingungen von Familien und Kindern in Nordrhein-Westfalen. Projektbericht im Auftrage des MAGS NRW, Düsseldorf (im Erscheinen).
- Stutzer, Erich / Schwartz, Wolfgang und Max Wingen* (1992): Ein Familienkonzept auf Basis der amtlichen Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Jg. 76, Heft 2, S. 152-174.
- Vollmer, Hans / Langenhoff, Georg u.a.* (1996): Bericht zur sozialen Lage in Dortmund, Münster.
- Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen* (1998): ZUMA-Tagungsprogramm zur Konferenz „Forschung mit dem Mikrozensus“, Mannheim.